

Die Politische Meinung

NRW

—
Im Westen was Neues?

ZUM SCHWERPUNKT Guido Hitze, Im Westen die Besten?;
Christina Schulze Föcking, „Operation Marriage“; Kurt Biedenkopf, Erinnerungen
und Betrachtungen; Matthias Burchardt, Bildung in Nordrhein-Westfalen

INTERVIEW Serap Güler über die Integration in NRW; Armin Laschet, „Sanierung West“

KOMMENTIERT Fritz Eckenga, Hinterm Bindestrich geht's weiter

RÜCKBLICK: ZERFALL DES SOWJETIMPERIUMS Markus Wehner,
Was geschah mit den russischen Reformern?

9 €, Nr. 541, November/Dezember 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de

MARTIN LUTHER – STREITBAR UND UMSTRITTEN

SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG

DEBATTEN ZU 500 JAHREN REFORMATION

MIT BEITRÄGEN U. A. VON PETRA BAHR, HEINRICH BEDFORD-STROHM,
GÜNTHER BECKSTEIN, WOLFGANG BÖHMER, UDO DI FABIO,
UTE GAUSE, CHRISTOPH KÄHLER, THOMAS KAUFMANN, WOLF KRÖTKE,
CHRISTINE LIEBERKNECHT, ANGELA MERKEL, HANS MAIER,
CHARLOTTE KNOBLOCH, JERRY PILLAY, KLÁRA TARR CSELOVSZKY,
DOROTHEA WENDEBOURG, JOACHIM WANKE, MUNIB A. YOUNAN



ERHÄLTlich
IM ZEITSCHRIFTEN-
HANDEL, PER E-MAIL
ODER PER POST *

Katholiken und Protestanten stehen vor der Aufgabe, ausgerechnet dort nach Gemeinsamkeiten zu suchen, wo ihre Trennung vor 500 Jahren begann. Noch dazu bleibt die Gestalt Martin Luthers ein Stein des Anstoßes. Gediogene Festtagsroutine darf beim Reformationsjubiläum 2017 nicht aufkommen, die wunden Punkte bedürfen einer kritischen Auseinandersetzung.

November 2016
5 Euro

* Bestellung per Mail: cornelia.wurm@kas.de

Bestellung per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Prinz William bewältigte den zungenbrecherischen Landesnamen bravourös, als er im August 2016 der Festversammlung in der Düsseldorfer Tonhalle zurief: „I am pleased to wish North Rhine-Westphalia, on its 70th anniversary: Alles Gute!“ Es lag nicht an ihm, dass das runde Landesjubiläum kaum Aufsehen erregte. Selbst an den meisten Nordrhein-Westfalen, falls es derartige Bindestrich-Einwohner überhaupt gibt, gingen die Feierlichkeiten weitgehend unbeachtet vorüber. An das Land an Rhein und Ruhr hat man sich gewöhnt, aber inspiriert es noch irgendwen? Im Westen nichts Neues.

Einst stand NRW im Zentrum des Geschehens: „Die Entscheidung über das zukünftige Geschick Deutschlands fällt ... in dem Lande Nordrhein-Westfalen“, konstatierte Konrad Adenauer. Sieben Jahrzehnte später glaubt die Journalistin Carmen Thomas, die unermüdlich mit dem Übertragungswagen durch das Land tourte, in einer „Art Zonenrandgebiet“ angekommen zu sein. Andere sprechen von einer „Spirale der Provinzialisierung“ (*Die Zeit*). Schleichend ist das industrielle Herzland der Bundesrepublik zur Wachstumsbremse für ganz Deutschland geworden: sechzehntes von sechzehn Ländern.

Das Land ist nicht mehr das, was es einmal war, weil alles so bleiben sollte, wie es gewesen ist. Nicht der schwierige Strukturwandel im Ruhrgebiet selbst, sondern eine Helikopter-Politik, die mehr auf Vermeidungs- als auf Zukunftsstrategien setzt, führte dazu, dass andere Länder vorbeiziehen konnten. Auch die gesellschaftlichen Folgen dieses Politikansatzes, der den Landeskindern nur Schonung statt auch Anstrengung verspricht, sind inzwischen unübersehbar: das Islamistenproblem in Dinslaken, die Parallelgesellschaften in Duisburg-Marxloh – selbst im einstigen Diplomaten-Wohnort Bad Godesberg scheint teilweise nicht mehr klar zu sein, welche grundlegenden Erwartungen an das Zusammenleben gelten. So liegen Betulichkeit und Vernachlässigung nahe beieinander. Denn ab einem gewissen Punkt lassen sich aufgestaute Konflikte – wenn überhaupt – nur noch durch ohnmächtiges Wegsehen überbrücken.

NRW und seine Bewohner tragen das Gen des Malochertums, des Zupackens und des Aufbruchs in sich. Man muss nichts und niemanden „betüddeln“. Noch fehlt es vor allem an einer neuen, zündenden Idee. Wie wäre es, wenn sich dieses Land, für das ein Bindestrich eigentlich viel zu wenig ist, vornehmen würde, Vorbild für ein noch heterogeneres Europa zu sein, indem es sich gemeinsam aufrafft und den Stillstand überwindet? Dann müsste es die Zukunft nicht mehr im Gestern suchen und könnte die ausrangierten Bergmannsstiefel weniger wehmütig an den Nagel hängen.



INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

NRW – im Westen was Neues?

14 IM WESTEN DIE BESTEN?

Guido Hitze

Anmerkungen zu siebzig Jahren
Nordrhein-Westfalen

22 INTERVIEW: „SANIERUNG WEST“

Armin Laschet über die Rolle NRW in
der Bundesrepublik, den Strukturwandel
und die Voraussetzungen sozialer
Gerechtigkeit

29 WANDEL ALS CHANCE

Klaus Engel

Die Perspektiven der Strukturpolitik
im Ruhrgebiet

38 „OPERATION MARRIAGE“

Christina Schulze Föcking

Ländliche Räume im Industrieland

47 DAS SOZIALE GEWISSEN DER BUNDESREPUBLIK?

Karl-Josef Laumann

Über Anspruch und Wirklichkeit

52 TUMMELPLATZ FÜR KRIMINELLE?

Peter Biesenbach

Die innere Sicherheit nach der
Kölner Silvesternacht

58 INTERVIEW: NEUE LEITKULTUR

Serap Güler über Integration,
Großdemonstrationen und DITIB

70 ZAHLENSALAT STATT URTEILSKRAFT

Matthias Burchardt

Bildung in Nordrhein-Westfalen

75 INTERVIEW: „THEATER FÜR ALLE“

Johan Simons, künstlerischer Leiter
der Ruhrtriennale, über das Ruhrgebiet
als Laboratorium der Zukunft

78 VOLKSPARTEIEN UNTER DRUCK

Hans Jörg Hennecke

Der Parteienwettbewerb vor der
Landtagswahl 2017

89 EIN LAND MIT ZUKUNFT?

Kurt Biedenkopf

Erinnerungen und Betrachtungen

Das Land und die ...

43 KOMMUNEN

Thomas Hunsteger-Petermann

Der Oberbürgermeister der Stadt Hamm:
„Wir brauchen mehr Mitbestimmung“

65 MEDIEN

Tobias Blasius

Über den Rückzug ins Regionale

83 KIRCHEN

Antonius Hamers,

Thomas Weckelmann

Bewahrer, Gestalter und Mahner

Kommentiert

35 **HINTERM BINDESTRICH
GEHT'S WEITER**

Fritz Eckenga

Über eine verhältnismäßig
unfallfreie Zwangsehe

Rückblick: Zerfall des Sowjetimperiums

95 **EIN HISTORISCHER ZUFALL?**

Hanns Jürgen Küsters

Zum Untergang des sowjetischen
Imperiums

100 **UNGELIEBT, GESPALTEN,
KALTGESTELLT**

Markus Wehner

Was geschah mit den russischen
Reformern?

106 **„DIE GRÖSSTE GEOPOLI-
TISCHE KATASTROPHE“?**

Alexander Brakel

Eine ambivalente Zwischenbilanz
nach 25 Jahren

Würdigung

112 **DER GRÜNDUNGSVATER**

Bernhard Vogel

Bruno Heck zum 100. Geburtstag

122 **NACHRUF:
MEISTERDENKER
DER DEMOKRATIE**

Wolfgang Bergsdorf

Zum Tod von Karl Dietrich Bracher

Gelesen

115 **NEUE ANMERKUNGEN
ZU HITLER**

Bastian Matteo Scianna

Zwei aktuelle Biographien von
Wolfram Pyta und Peter Longerich

Aus der Stiftung

125 **DAS POLITISCHE
BILDUNGSFORUM NRW**

Ludger Gruber

Strukturen – Aufgaben – Projekte

126 **PERSONALIA UND
NEUERSCHEINUNGEN**



NRW auf der Couch

Psychogramme eines vielschichtigen Landes

Mit einem roten Sofa tourte der Fotokünstler Horst Wackerbarth monatelang durch Nordrhein-Westfalen. Auf ihm setzte er – an markanten Orten – Menschen in Szene, die dort ihre Heimat haben oder suchen. Das Sofa ist der „gemeinsame Nenner“ der Fotoarbeiten. Darüber hinaus ist alles Vielfalt. Es passt zusammen, was sich zusammengehörig fühlen will.

Das Fotoprojekt entstand anlässlich des 70. Landesjubiläums und wurde von der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege ermöglicht.

Cover

20.04.2013

Bottrop

Abbau-Team in der „Schwarzkaue“

Das Bergwerk Prosper-Haniel ist das letzte aktive Steinkohlen-Bergwerk im Ruhrgebiet.

Alle Fotos: © Horst Wackerbarth, Düsseldorf,
siehe <https://heimat.nrw/>

NRW

—

Im Westen was Neues?



12.03.2009

Mündung der Ruhr in den Rhein

Der in Duisburg-Meiderich geborene Journalist Fritz Pleitgen
mit Flüchtlingen aus dem Kaukasus



07.06.1999
Rheinisches Braunkohlerevier zwischen
Aachen, Köln und Mönchengladbach
Tagebau Garzweiler



19.03.2016
Bornheim-Hersel
Kioskbesitzer Jürgen Rausch vor dem „Bonner Bundesbüdchen“,
in dem sich Adenauer seine Tageszeitungen besorgte.
Der Pavillon soll, restauriert, an seinen historischen Standort
zurückkehren.



17.04.2016
Dortmund, BVB vs. HSV 3:0
Die „gute Seele“ der „Süd“, Elisabeth „Elli“ Krukowka;
die „Süd“ ist die größte Stehplatztribüne Europas.



11.08.2003

Kessel, Ortsteil der Stadt Goch

Mutter Adele und Sohn Johannes Ophey, Landwirte



11.01.2010
Marxloh, Duisburg
Óscar Andrés Kardinal Rodríguez Maradiaga, Erzbischof
von Tegucigalpa, Honduras, in der DITIB-Merkez-Moschee



06.07.2016
Hamm-Uentrop
Familie Paskaran vor Kulisse des Industriegebietes, in dem
sich der Hindu Shankarar Sri Kamadchi Ampal Tempel,
der zweitgrößte hinduistische Tempel Europas, befindet.



11.08.2015
Ostwestfalen-Lippe, Truppenübungsplatz Senne
Schützenpanzerbesatzung des Princess of Wales Royal Regiment,
1992 gegründet und zu Ehren von „Lady Diana“ so benannt.

Im Westen die Besten?

Anmerkungen zu siebzig Jahren Nordrhein-Westfalen

GUIDO HITZE

Geboren 1967 in Düsseldorf, Historiker mit den Schwerpunkten Landes- und Parlamentsgeschichte, seit 2013 Leiter des Bereichs Politik und Strategie des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

Genau betrachtet handelt es sich bei Nordrhein-Westfalen um eines der „neuen Bundesländer“, auch wenn es eindeutig im tiefen Westen unserer Republik liegt und nicht im Osten. Aber Nordrhein-Westfalen ist genauso wie Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Niedersachsen in seiner Eigenschaft als

deutscher Gliedstaat jünger als beispielsweise Sachsen oder Thüringen, von Bayern ganz zu schweigen. Denn bei Nordrhein-Westfalen handelte es sich 1946 um eine eindeutige *Neugründung* durch die britische Besatzungsmacht und nicht um eine *Wiedergründung* als eigenständiges Land.

Nordrhein-Westfalen ist nicht das einzige „Bindestrich-Land“ der Bundesrepublik und auch nicht das einzige aus Überresten früherer Territorien neu zusammengefügte. Gleichzeitig konnte das von den Briten künstlich,

aber aus konkreten politischen Überlegungen gebildete neue Land trotz des zweifellos vorhandenen rheinisch-westfälischen Gegensatzes durchaus an historische Verbindungen anknüpfen. Denn das Rheinland und Westfalen waren nach 1815, wenn auch in anderen geografischen Grenzen, in Gestalt von Provinzen integrale Bestandteile des gemeinsamen preußischen Staates gewesen, woraus sich zahlreiche institutionelle Beziehungen und Übergänge ergaben. Die „Künstlichkeit“ des neuen Landes war demnach evident, aber weder singulär noch extrem problematisch.

Überhaupt steht Nordrhein-Westfalen hinsichtlich Tradition und historischen Erbes anderen deutschen Ländern in nichts nach. Doch diese Traditionen bleiben bis heute mehr oder weniger unverbunden, ja separiert, und verdichten sich nicht zu einer sinnstiftenden Einheit. NRW ist polyzentrisch, nicht nur von der Zahl und Bedeutung seiner Städte her, sondern auch bezüglich seiner Landschaften. Eine der wichtigsten war und ist das Ruhrgebiet, das „Revier“, der „Kohlenpott“, mit der Industrialisierung als einziger, die beiden großen Landesteile seit 150 Jahren wirklich miteinander verbindenden Traditionslinie. Aber das damit verbundene Image von rauchenden Schloten, Malochertum, von Staub und Ruß konnte kaum als besonders positiv oder attraktiv bezeichnet werden, ganz abgesehen davon, dass es der Wirklichkeit nie ganz entsprach.

URFORM „RHEINISCHEN KLÜNGELS“

Außer dem kleinen Lippe mit seiner Residenzstadt Detmold, das sich erst 1947 per Volksentscheid dem bereits existierenden Nordrhein-Westfalen angeschlossen hatte (die Lipper sind demzufolge der einzige nordrhein-westfälische Volksstamm, der freiwillig Bestandteil dieses Landes geworden ist), verfügten weder das nördliche Rheinland noch Westfalen über eine längere, ungebrochene Tradition der Eigenstaatlichkeit. Seit dem Mittelalter hatten sich die Herrschaften hier ständig geändert, standen sich geistliche und ständische Ansprüche gegenüber, pochten Bürger und Städte auf ihre Freiheiten. Dies begünstigte die Herausbildung horizontaler Machtstrukturen unter meist nur widerwillig ertragenem Fortbestand vertikal organisierter Herrschaftssysteme. Jene horizontale politische Verfasstheit, Urform und historische Bedingung des berühmten „rheinischen Klüngels“, beförderte den Interessenausgleich untereinander, aber auch Eigensinn, Kirchturmdenken und Lokalpatriotismus. Die latente innere Auflehnung gegen Untertanentum und Uniformismus verhinderte jedoch zugleich die Entstehung eines „Staatsvolkbewusstseins“, das – zunächst verbunden mit meist dynastischen Herrschaftsformen – auch in späteren Zeiten republikanischer Freiheit zu einer eigenen, umfassenden Identität hätte ausgebaut werden können.

In den ersten beiden Jahrzehnten seines Bestehens bedurfte Nordrhein-Westfalen auch kaum so etwas wie einer eigenen Landesidentität. Während in anderen Ländern wie Rheinland-Pfalz zunächst von einem durch den Willen der Besatzungsmächte geschaffenen „Provisorium“ ausgegangen wurde, das bei einer „Neuordnung“ Deutschlands irgendwann wieder zur Disposition stehen würde, genügte Nordrhein-Westfalen sich selbst. In einer Zeit, in welcher Kohle und Stahl, die Großindustrie insgesamt als Indikatoren für die Bedeutung, Stärke und Prosperität eines Staatswesens angesehen wurden, erfüllte NRW diese Voraussetzungen in hervorragender Weise, vor allem in der Phase des Wiederaufbaus der Republik und des „Wirtschaftswunders“. Das einwohner- und wirtschaftsstärkste Land, zugleich größter Zahler im Länderfinanzausgleich, war nicht *ein*, sondern *der* Machtfaktor in der jungen Bundesrepublik, ihr Zentrum und ihr ökonomischer Antriebsmotor. Hinzu kam der Umstand, dass Nordrhein-Westfalen zusätzlich auch Sitz der (provisorischen) Bundeshauptstadt und damit der wichtigsten Verfassungsorgane war. All das reichte dafür aus, sich in dem „Land aus der Retorte“ einigermaßen komfortabel einzurichten, seinen Wohlstand zu genießen und ansonsten seine kleinen, regionalen, ja lokalen Identitäten und Rivalitäten zu pflegen.

KEIN „STAMMLAND“ EINER PARTEI

Entgegen anderslautenden Behauptungen hat das Land niemals eine „partei-politische Identität“ besessen. Es wurde zwanzig Jahre lang geprägt von der CDU und inzwischen mehr als doppelt so lange von der SPD, wurde jedoch nie zum „Stammland“ einer der beiden Volksparteien. Dazu waren beide jeweils kommunalpolitisch zu stark verankert, und auf der Landesebene war die CDU 37 Jahre lang stärkste politische Kraft, die SPD 33 Jahre. Die unzureichende parteipolitische Homogenität trug also lange Zeit dazu bei, die Herausbildung eines nachhaltigen Landesbewusstseins oder wenigstens einer Art unbestimmten „Landesgefühls“ zu verhindern. Andererseits haben SPD, CDU, FDP und Grüne jeweils auf ihre Weise das Land geprägt und für das Land politische Verantwortung übernommen. Nordrhein-Westfalen mit seinen Stärken und Schwächen, Vorzügen, Eigenheiten und Defiziten ist und bleibt somit Erbe und Auftrag aller demokratischen Parteien in diesem Land. Keine steht außen vor, keine vermag sich aber auch auf eine bloße Zuschauerrolle zurückzuziehen. Darin liegt vielleicht ein Stück weit die spezifische „politische Kultur“ begründet, die man Nordrhein-Westfalen gerne zuschreibt. Gemeint sind damit die sogenannte „Konkordanzdemokratie“ und die Tradition der „Akkommodierung“, also das Erzielen eines grundsätzlichen politischen Konsenses beziehungsweise die Einbeziehung möglichst vieler Akteure in bestimmte Entscheidungsprozesse, durchaus gern auch Vertreter der Opposition und Gruppierungen beziehungsweise Institutionen jenseits des

Parteienstaates. Aber Vorsicht: Ähnlich dem Mythos vom „sozialdemokratischen Stammland“ haben wir es bei dieser oft beschworenen „typisch nordrhein-westfälischen“ politischen Kultur nicht durchweg mit der Abbildung historischer oder politischer Realität zu tun, mindestens aber mit einer Übertreibung.

Doch nicht nur die Parteien als anonyme Institutionen haben das Land und seine Geschichte gestaltet. Ein Gesicht hat die Landespolitik vor allem durch die Mitglieder der jeweiligen Kabinette, in erster Linie jedoch durch die Ministerpräsidenten und ihre zentralen Botschaften erhalten. Karl Arnold formulierte das Selbstverständnis Nordrhein-Westfalens als das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“ und gestaltete den Aufbau des Landes maßgeblich mit. Franz Meyers erkannte nicht nur die Notwendigkeit eines langfristigen und durchgreifenden ökonomischen Strukturwandels und der Akademisierung des Ruhrgebiets, sondern auch das Desiderat eines selbst durch Rückschläge und Krisen tragenden Identifikations- und Zusammengehörigkeitsgefühls der Bevölkerung. Heinz Kühn wiederum trug zu Beginn der von ihm geführten sozialliberalen Koalition eine regelrechte „Reform-euphorie“ in das Land, die mithalf, aus dem „Trennungsstrichland“ zumindest ein „Bindestrichland“ zu machen. Sein Nachfolger Johannes Rau setzte diese Tradition bewusst fort und legte einen Schwerpunkt seines politischen Wirkens auf die Förderung von Heimatverwurzelung und Bodenständigkeit. Sein „Wir in Nordrhein-Westfalen“ wurde zum unverwechselbaren Markenzeichen seiner Ministerpräsidentenschaft und eines ganz spezifischen Politikstils.

ZWEISCHNEIDIGES MOTTO: „WIR IN NRW“

Die Image-Kampagne „Wir in NRW“ war ohne Zweifel erfolgreich. Sie war es deshalb, weil ihre einfache Aussage die in einem „Bindestrich-Land“ unvermeidlichen Gegensätze nicht aussparte oder gar übertünchte, sondern der unterschiedlichen Herkunft und Geschichte seiner Bewohner bewusst Raum ließ, regionale Besonder- und landsmannschaftliche Eigenheiten implizierte, keinen unveränderlichen Status quo beschwor, sich vielmehr in jeder Hinsicht offen und flexibel zeigte für neue Entwicklungen und dabei niemanden ausschloss, ein „Land für alle Bürger“ beschrieb und insgesamt die offensichtlichen Probleme eines landsmannschaftlichen, kulturellen und regionalen „Gemischtwarenladens“ geschickt umwandelte in die Vorzüge einer sich in Vitalität und Optimismus ausdrückenden, positiven, weil aus Vielfalt und produktivem Gegensatz herrührenden inneren Spannung.

Aber die Erfolgsgeschichte des Slogans, der bald zu einer Art „Corporate Identity“ von Land und Landesregierung avancieren sollte, vermochte nicht zu verdecken, dass „Wir in Nordrhein-Westfalen“ zuallererst eine negative

Abgrenzung zum Ausdruck brachte und erst danach die eigenen, positiv-schöpferischen Eigenschaften betonte. Als – neben Hessen – einziges SPD-regiertes Flächenland der Bundesrepublik ging man seitens der Landesregierung Nordrhein-Westfalens nach dem Bonner Machtwechsel im Herbst 1982 offiziell auf strikten Abgrenzungs- und Oppositionskurs zur neuen christlich-liberalen Bundesregierung. Man kultivierte das „Anderssein“ im Kontrast zur angeblich spießig-konservativ-nationalen Ausrichtung der Bundespolitik. Mit dem „Wir in Nordrhein-Westfalen“ versuchte die Regierung Rau gleichzeitig, zum einen das Gefühl der Solidarität gegen eine äußere, übelwollende „Macht“ zu befördern, zum anderen aber auch das Unterlegenheitsgefühl zu kompensieren, das daher rührte, von eben dieser „Macht“ existenziell abhängig zu sein und auf sie weiterhin in sogar steigendem Maße angewiesen zu bleiben, wollte man die Trendwende zum Besseren schaffen.

„Wir in Nordrhein-Westfalen“ versuchte schließlich, in einer Art Trotzreaktion den Eindruck zu revidieren, das Land falle in praktisch allen Feldern im Kreis der großen Bundesländer immer weiter zurück, bleibe hoffnungslos in einem unvollendeten Strukturwandel stecken und entspräche doch noch immer dem Zerrbild der verschmutzten, monotonen Industrieinöde. Das dem Slogan inhärente Aufbegehren gegen die Rolle des „ewigen Verlierers“ beziehungsweise des „Schmuddelkindes“ der Republik mag mitentscheidend dafür gewesen sein, ihn weit über die Klientel der Regierungspartei hinaus zu popularisieren.

INKONSEQUENTE „GESCHICHTSPOLITIK“

„Wir in Nordrhein-Westfalen“ war ein Anfang. Aber er reichte nicht aus, war auf Dauer nicht tragfähig genug. Die von diesem Motto ausgehende Botschaft erwies sich im Langzeittest als merkwürdig substanzlos. Das lag nicht zuletzt daran, dass die mit diesem Erfolgsslogan verbundene „Geschichtspolitik“ der sozialdemokratischen Landesregierung inkonsequent war. Die Übertragung der „Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets“ auf das gesamte Land misslang. Sie misslang auch deshalb, weil der aus parteipolitischen Motiven heraus erfolgte Versuch der Kreierung eines „Volkes von Nordrhein-Westfalen“ auf das Revier und das dortige sozialistisch geprägte Arbeitermilieu bei weitgehender Unterschlagung der starken katholischen und bürgerlichen Milieus beschränkt blieb. Das war allzu selektiv und durchsichtig und stand überdies in eklatantem Widerspruch zur polyzentrischen, multiperspektivischen und vielfältigen Grundidee des Mottos „Wir in Nordrhein-Westfalen“. Es blieb jedenfalls bei dem Desiderat einer tatsächlichen nordrhein-westfälischen Kernidentität.

REICHLICH MYTHEN UND LEBENSLÜGEN

Diese nicht vorhandene Kernidentität ist einer der Hauptgründe dafür, dass das Land bis heute kein rationales Verhältnis zu sich selbst und seiner Geschichte aufgebaut hat. Die Selbstwahrnehmung ist vielmehr in weiten Teilen neurotisch gestört, wie das diesjährige Landesjubiläum eindrucksvoll gezeigt hat. Alles ist entweder schwarz oder weiß, himmelhochjauchzend oder zu Tode betrübt. Auf Katastrophen und Skandale folgen mit Sicherheit immer neue Erfolge und Rekorde. Es gibt keine Grautöne und Differenzierungen, dafür aber reichlich Mythen, Legenden und Lebenslügen. Zum Beispiel dass Nordrhein-Westfalen nie etwas für seine Probleme gekonnt hat, sich dafür aber auch nie hat unterkriegen lassen, sondern immer aus eigener Kraft und dank großer Solidarität den Aufstieg schaffte, dass im Rheinland und im Ruhrgebiet Integration stets vorbildlich gelungen ist, dass hier das Herz des wissenschaftlichen Fortschritts geschlagen hat und noch immer schlägt, dass Bildung nirgendwo so gut funktioniert (inklusive des Aufstiegsversprechens) wie an Rhein und Ruhr, dass es in der Landespolitik stets vorbildlich harmonisch zugegangen ist, dass der soziale Zusammenhalt hier traditionell stärker und größer ist als anderswo, dass nordrhein-westfälische Fußballclubs gewohnheitsmäßig am erfolgreichsten sind und so weiter und so fort. Überall nur Superlative und Selbstbeweihräucherung nach dem Motto: Wir im Westen sind die Besten!

AUFREIZEND UNVERBUNDEN

Zu den gern betonten nordrhein-westfälischen Alleinstellungsmerkmalen gehört auch die üppige dezentrale kulturelle Buntheit zwischen Rhein und Weser. Gewiss kann man Mannigfaltigkeit als Stärke definieren und den ausgeprägten nordrhein-westfälischen Polyzentrismus als Vorzug. Aber sicher nur dann, wenn diese bunte Mannigfaltigkeit und dieser Polyzentrismus sinnvoll mit- und untereinander verbunden werden, wenn sie eingebettet sind in eine harmonische Ordnung und nach dem Prinzip kommunizierender Röhren funktionieren. Ansonsten bleiben es bloße Versatzstücke, hübsche Leerformeln.

Die Folgen kann man in der Zwischenbilanz des Landes nach siebzig Jahren ablesen, die in keinem Verhältnis zum betriebenen Aufwand und zu den günstigen Ausgangsbedingungen steht. NRW ist beinahe überall im Ländervergleich bestenfalls Durchschnitt, wenn nicht gar Schlusslicht: beim Wirtschaftswachstum, im Bildungsbereich, in der wissenschaftlichen Leistungskraft, in der Staatsverschuldung, in der Kriminalitätsbekämpfung oder beim Erhalt der einstmals so vorbildlichen Infrastruktur. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Viel zu selten kommt es zu Verzahnungen und der Erzielung von

möglichen Synergieeffekten, manches wirkt sogar aufreizend unverbunden, und oft genug wurde – wie im Hochschulbereich – Quantität mit Qualität verwechselt.

KEIMZELLE DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Dennoch hat Nordrhein-Westfalen genügend reale Vorzüge aufzuweisen: seine schiere Größe als mit Abstand bevölkerungsreichstes Bundesland, seine günstige geografische Lage, seine Tradition als Keimzelle der Europäischen Integration (mit Karl Arnold als einem der Gründerväter der Montanunion), die mittlerweile auf das ganze Land verteilten Zentren industrieller Produktion, die großen Ballungsräume als Magneten des modernen Dienstleistungssektors, den kulturellen Reichtum seiner Regionen oder die Vergangenheit des Rheinlandes und des Ruhrgebietes als ethnische „Schmelztiegel“. Trotz aller historischen Hypotheken und aktuellen Probleme kommt Nordrhein-Westfalen deshalb im deutschen wie im europäischen Maßstab durchaus eine Spitzenstellung zu. Doch keiner der genannten Vorzüge des Landes, auch sein Charakter als „Integrationsmagnet“ nicht, kommt einem Naturgesetz gleich oder ist auf ewig gesichert. Jeder Wettbewerbsvorteil des Landes muss immer wieder aufs Neue erarbeitet und bestätigt werden.

Auf lange Sicht kann Nordrhein-Westfalen jedenfalls weder sich selbst genügen noch von einer „negativen Profilierung“ profitieren, welche sich zwangsläufig aus seiner Randlage im größer gewordenen Deutschland sowie aus dem Kontrast zur Bundeshauptstadt Berlin ergibt. Aufgrund seiner Größe und ökonomischen Bedeutung ist NRW mehr als jedes andere Land dazu berufen, unabhängig von den jeweils vorherrschenden parteipolitischen Konstellationen ein Korrektiv zum „Berliner Zentralismus“ zu bilden; nicht als sture Opposition, aber als gesundes Gegengewicht. Vor allem jedoch muss es eine eigene, zeitgemäße politische Botschaft formulieren. Johannes Rau hat in seiner Regierungserklärung vom 10. Juni 1985 gesagt: „Wir in Nordrhein-Westfalen wissen: Wir leben in einem schönen und starken Land. Unsere Herkunft ist unterschiedlich, unsere Zukunft ist gemeinsam. Wir leben gerne hier. Vielfalt ist unsere Stärke. Wir sind stolz auf unsere Heimat.“ Das ist ohne Zweifel auch heute noch alles richtig. Aber es ist eben nicht mehr hinreichend. NRW muss konkreter werden. Präziser. Selbstbewusster. So vermag das Kriterium „Vielfalt“ nur dann etwas Positives auszudrücken, wenn aus einem unverbundenen, durchaus duldsamen *Nebeneinander* ein produktives *Miteinander* wird; wenn Reibungen zugelassen, die dabei entstehenden Energien aber bewusst auf ein gemeinsames Ziel ausgerichtet werden. Nicht Harmonie lautet das Zauberwort, sondern Aufbruch, Bewegung und eine in diesem Sinne verstandene produktive Unruhe.

Deutlich wird dieser Sachverhalt am Beispiel des Strukturwandels: Die notwendige ökonomische Anpassung an veränderte Gegebenheiten ist nicht nur aufgrund objektiv schwieriger Umstände zu spät und zu zögerlich erfolgt, immer wieder ins Stocken geraten und bis heute unvollendet geblieben, sondern insbesondere auch deshalb, weil Parteien und Politiker die betroffenen Menschen auf den vor ihnen liegenden beschwerlichen Weg psychologisch nur unzureichend vorbereitet haben. Die Konservierung überkommener mentaler und gesellschaftlicher Strukturen mag das Land vor sozialen Erschütterungen bewahrt haben, die darin enthaltene Botschaft „Eigentlich könnt ihr bleiben, wie ihr seid“ hat jedoch zu einer fatalen Wahrnehmungsstörung und damit zu einer handfesten Identitätskrise geführt, zusätzlich ergänzt durch die weit verbreitete Erwartung, ein „betreuender“, „fürsorgender“ Staat werde das Schlimmste schon verhüten und den sozialen Ausgleich garantieren. Eigeninitiative, unternehmerisches Engagement und gesunde mittelständische Strukturen hatten es unter diesen Bedingungen hier lange Zeit schwerer als anderswo. Umgekehrt bleiben regional beziehungsweise lokal durchaus zu verzeichnende Erfolge merkwürdig unbeachtet, werden viel zu selten als eine Angelegenheit *aller* empfunden, ja wecken schlimmstenfalls sogar noch Neidgefühle.

„WIR KÖNNEN ALLES, SOGAR HOCHDEUTSCH“

Dabei ist und bleibt der ökonomische (Wieder-)Aufstieg Nordrhein-Westfalens zusammen mit der damit verbundenen sozialen Stabilität der größte und wichtigste Integrationsfaktor des Landes. Eben ein solcher Erfolg ist daher zugleich sowohl Bedingung als auch Katalysator einer wie auch immer gearteten Landesidentität, weil er in jeder Beziehung die aktuelle Botschaft eines Landes verkörpert. Verbinden sich ökonomische Spitzenstellung, sozialer Friede und spezifisch nordrhein-westfälische Traditionen und Prägungen endlich zu einer zeitgemäßen, glücklichen und vor allem dauerhaften Kombination, dann erübrigen sich auch alle Fragen und Zweifel hinsichtlich der Größe und inneren Bindekraft dieses nach wie vor politisch wie ökonomisch bedeutendsten aller sechzehn Bundesländer. Vielleicht heißt es ja dann wirklich einmal in Nordrhein-Westfalen selbstbewusst, aber auch mit einem verschmitzten Augenzwinkern in Richtung Baden-Württemberg: „Wir können alles, sogar Hochdeutsch!“

„Sanierung West“

Armin Laschet über die Rolle NRWs in der Bundesrepublik,
den Strukturwandel und die Voraussetzungen sozialer Gerechtigkeit

ARMIN LASCHET

Geboren 1961 in Aachen, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen.

Herr Laschet, Nordrhein-Westfalen hat 2016 sein siebzigjähriges Gründungsjubiläum begangen. Wie fällt Ihre Zwischenbilanz für das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik Deutschland aus?

Armin Laschet: Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland spiegelt sich in der des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen wider. Die Gründungszeit des Landes mit dem CDU-Fraktions- und Landesvorsitzenden Konrad Adenauer prägte die Grundlegung der Bundesrepublik drei Jahre später in vieler Hinsicht vor. Wesentliche Gedanken des neu entstehenden westdeutschen Staates wie die Soziale Marktwirtschaft, die europäische Orientierung oder die Westbindung wurden hier politisch vorgedacht. Der erste Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Karl Arnold,



© picture alliance / dpa, Foto: Maja Hitij

verstand Nordrhein-Westfalen als „das soziale Gewissen der Bundesrepublik“. So ist die Mitbestimmung als Kooperation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern hier ins Werk gesetzt worden. Nordrhein-Westfalen war der Motor des deutschen Wirtschaftswunders.

Jahre später begann hier mit dem Anwerbeabkommen ganz wesentlich auch die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmer, die zunächst als sogenannte „Gastarbeiter“ in der Kohle-, der Stahl- und der Automobilindustrie eine Beschäftigung fanden. Deshalb wurde in Nordrhein-Westfalen sehr früh das Zusammenleben unterschiedlicher Religionen und Kulturen eingeübt. Auch die „Akademisierung der Industrielandschaft“ durch Ministerpräsident Franz Meyers und seinen Kultusminister Paul Mikat hatte beispielgebenden Charakter. Sie gründeten die Univer-

sitäten in Bochum, Dortmund, Bielefeld und Düsseldorf und gestalteten somit sehr früh den Übergang von der Industrie zur Wissensgesellschaft.

Heute ist Nordrhein-Westfalen immer noch das größte Bundesland, aber es hat an Dynamik und Prägekraft verloren und nimmt beim Wirtschaftswachstum den bedauerlichen sechzehnten Platz unter den sechzehn Bundesländern ein.

Sind die aktuellen Schwierigkeiten auf den Strukturwandel vor allem im Ruhrgebiet zurückzuführen?

Armin Laschet: Der Strukturwandel feiert bald auch sein „goldenes Jubiläum“. Seit Schließung der ersten Zechen in den 1960er-Jahren begründen sozialdemokratische Regierungen die aktuellen Probleme mit dem Strukturwandel. Fraglos gibt es

Nachwirkungen, aber sie sind nicht der einzige Grund dafür, dass Nordrhein-Westfalen hintansteht.

Die neuen Länder haben, nachdem mit der Übernahme der D-Mark vor gut 25 Jahren die Wirtschaftsbeziehungen zu Osteuropa weggebrochen sind, ebenfalls einen abrupten Strukturwandel durchlaufen müssen – und trotzdem können sie heute auf höhere Wachstumsraten, zum Teil auch auf niedrigere Arbeitslosenquoten verweisen. Viele Fehler sind hausgemacht. Vor allem gibt es in Nordrhein-Westfalen zu viele dirigistische Eingriffe in die Wirtschaft und gleichzeitig ein mangelndes Engagement, die Infrastruktur der Straßen, aber auch der Digitalisierung voranzubringen.

Jetzt könnte man entgegenhalten, dass der Osten ja auch viele Hilfen von außen erhalten hat.

Armin Laschet: Auch Nordrhein-Westfalen hat für den Strukturwandel beträchtliche Unterstützung durch den Bund, die Europäische Union und die Stromkunden („Kohlepennig“) erhalten. Davon unabhängig aber muss nach 25 Jahren Leistungen der Städte im Westen, die zum Teil Schulden aufgenommen haben, um den Aufbau Ost mitzufinanzieren, jetzt die „Sanierung West“ Priorität haben. Dass in Leverkusen oder Duisburg Lkws nicht mehr den Rhein überqueren können, schwächt die gesamte deutsche Wirtschaft und insofern ist das eine nationale Aufgabe. Daher ist es gut, dass die Große Koalition in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen hat, die Gelder des Solidarpakts in Zukunft zu achtzig Prozent nach Priorität zu vergeben und nicht nach Himmelsrichtung. Die größten Prioritäten sehe ich

in Nordrhein-Westfalen. Allerdings muss das Land dann seine Hausaufgaben machen. Wenn man es versäumt, genügend baureife Projekte vorzulegen – wie dies aktuell der Fall ist – und daher andere die Gelder des Bundes bekommen, dann darf man sich nicht wundern, dass NRW zurückfällt. Der Bund stellt Geld bereit, aber man muss es jetzt auch abrufen und dann sofort bauen!

Nordrhein-Westfalen schultert den mit Abstand höchsten Schuldenberg aller deutschen Länder und nimmt – trotz aktuell sprudelnder Steuereinnahmen – weiterhin Schulden auf. Die Ministerpräsidentin beteuert: „Das war gut und war richtig so!“ Sie sehen das anders. Können Sie uns erläutern, warum?

Armin Laschet: Eine der unsinnigsten Aussagen von Johannes Rau schon vor dreißig Jahren lautete, Schulden von heute seien Steuerkraft von morgen. Das Ergebnis lautet: Bei einem Gesamtschuldenstand von gut 140 Milliarden Euro Ende 2015 hat Nordrhein-Westfalen seit 1973 mehr als 135 Milliarden Euro nur für den Zinsdienst ausgegeben, ohne damit auch nur einen Euro getilgt zu haben. Seit 1987 ist praktisch die gesamte Nettoneuverschuldung nur an die Banken geflossen, aber nicht in Kindergärten, Schulen oder in die Infrastruktur. Hannelore Kraft nennt das trotzdem präventive Politik und macht weiter Schulden. Aber in Wirklichkeit zahlt das Land selbst in dieser Niedrigzinsphase etwa zwei Milliarden Euro, nur um seine Zinsverpflichtungen zu bedienen. Wenn dieses Geld für Innovation, für Forschung, für die digitale Infrastruktur genutzt würde, stünde das Land weit besser da. Insofern bedeutet die Konsolidierung

von Haushalten immer auch das Eröffnen neuer Freiräume für Zukunftsinvestitionen. Die Regierung von Jürgen Rüttgers hat so gehandelt, indem sie den Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle bis zum Jahr 2018 beschlossen hat – ein Beschluss, der jetzt auch umgesetzt wird. Aber das eingesparte Geld ist leider nicht in Forschung und Entwicklung gesteckt worden.

Wie lässt sich der Schuldenberg – ohne „Kaputtsparen“ – abbauen?

Armin Laschet: Der Schuldenberg lässt sich abbauen, indem sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentriert – beispielsweise auf die Finanzierung von Polizeibeamten und von Lehrern. Vor allem aber soll man nicht glauben, dass durch die Einstellung von immer mehr Beamten in den Ministerien, die entsprechend viele Vorschriften erlassen, mehr Gerechtigkeit hergestellt würde. Indem man mehr vor Ort entscheiden lässt, ermöglicht man die Entstehung eines innovations- und wirtschaftsfreundlichen Klimas – angefangen bei den Hochschulen bis hin zur kommunalen Selbstverwaltung und zur Landesplanung. Freiräume schaffen ist das Mittel, denn nur durch eine Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft wird Nordrhein-Westfalen seine Finanzprobleme lösen können. Solange Nordrhein-Westfalen aber die Nummer 16 von sechzehn beim Wirtschaftswachstum ist, lässt sich auch der Haushalt nicht konsolidieren.

Nordrhein-Westfalen hat die niedrigste Betreuungsquote für unter Dreijährige, die größten Schulklassen. Ist das angesichts der Finanzlage überhaupt zu kritisieren?

Armin Laschet: Das ist ein Beispiel dafür, wie eng Wirtschaftspolitik und Familien- und Sozialpolitik zusammenhängen. So gibt es trotz immer neuer Schulden eine steigende Armut, beispielsweise von Kindern. Sie ist die Konsequenz daraus, dass es nicht genug Arbeitsplätze gibt – denn Arbeitslosigkeit ist das größte Armutsrisiko der Menschen. Ferner folgt daraus, dass Alleinerziehende in Nordrhein-Westfalen mit der schlechtesten Betreuungsquote in ganz Deutschland zu kämpfen haben und deshalb in der Gefahr stehen, in Armut abzurutschen. Dagegen könnten sie mit einem auch qualitativ guten Kinderbetreuungsangebot Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren und ihr Auskommen selbst gewährleisten.

Armut lässt sich nur dann bewältigen, wenn Aufstieg unabhängig von der Herkunft der Eltern gelingt, und dafür sind eine gute Kinderbetreuung und ein gutes Schulsystem Voraussetzung. Insofern schließt sich der Kreis, und daher muss das Augenmerk auf Bildung, Forschung und Entwicklung liegen.

Wo müsste Nordrhein-Westfalen unter den deutschen Ländern stehen, wenn die wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen beim Wirtschaftswachstum und bei der Arbeitslosigkeit richtig gesetzt wären?

Armin Laschet: Nordrhein-Westfalen gehört gemessen an seinen Potenzialen in die Spitzengruppe der deutschen Länder. Wir haben in den Regionen Ost-Westfalen, Süd-Westfalen und im Münsterland Weltmarktführer, die aber unter der schlechten Infrastruktur – auch im digitalen Bereich – und unter Überregulierung leiden. Auf der anderen Seite hat das Ruhrgebiet

zudem besondere Probleme. Die ländlichen Regionen mit ihren Weltmarktführern brauchen Freiräume und das Ruhrgebiet muss noch stärker eine Innovations- und Selbstständigkeitskultur entwickeln, die etwas anderes ist als die dauerhafte Subventionierung, wie man sie seit Jahrzehnten ohne durchschlagenden Erfolg betrieben hat.

Die Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte und Ulrich von Alemann konstatieren einen fortschreitenden „Bedeutungsverlust“ des Landes beim Bund. Wie lässt sich das politische Gewicht des Landes wieder vergrößern?

Armin Laschet: Die Wissenschaftler konstatieren das unter anderem deshalb, weil sich die Ministerpräsidentin aus bundespolitischen Diskussionen verabschiedet hat. Dabei muss es der Anspruch eines Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen sein, die Bundespolitik mit beeinflussen zu wollen. Das haben praktisch alle Vorgänger von Frau Kraft, von Karl Arnold, Franz Meyers, Heinz Kühn über Johannes Rau bis hin zu Wolfgang Clement, Peer Steinbrück und auch Jürgen Rüttgers getan. Die Größe des Landes legt einen solchen Anspruch nahe. Es wirft das Land zurück, wenn ein Ministerpräsident oder eine Ministerpräsidentin auf bundespolitischen Einfluss verzichtet.

Nordrhein-Westfalen ist – wenn man etwa an die Montanunion denkt – ein Kernland der europäischen Integration. Was kann Nordrhein-Westfalen heute dazu beitragen, die aktuelle Krise der Europäischen Union zu meistern?

Armin Laschet: Ministerpräsident Karl Arnold hat bereits in seiner Neujahrsansprache 1949 – ein Jahr vor Robert Schumans berühmtem Vorschlag zur Gründung der Montanunion – den Gedanken entwickelt, dass die Kohle- und Stahlindustrie nicht unter nationaler Kontrolle stehen, sondern den Nukleus einer neuen europäischen Gemeinschaft bilden sollte. Das prägt Nordrhein-Westfalen bis heute, und inzwischen leben wir in einem Wirtschaftsraum, der mit seiner Ausdehnung auf Belgien, die Niederlande und Luxemburg grenzüberschreitend ist.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen ist die Partei, die den Gedanken der europäischen Einigung zu ihren geistigen Fundamenten zählt. Aktuell sagen wir, dass wir auf bestimmten Feldern mehr Gemeinsamkeit in Europa brauchen: bei der inneren Sicherheit, bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das sind Themen, wo Nordrhein-Westfalen Impulse geben kann.

Die CDU hat Nordrhein-Westfalen mitgeprägt – aber, jedenfalls in Regierungsjahren gemessen, weit weniger als die SPD. Was ist bei der CDU Nordrhein-Westfalen falsch gelaufen?

Armin Laschet: Die CDU hat entscheidende Jahrzehnte durch ihre Regierungspolitik mitgeprägt, insofern ist Nordrhein-Westfalen kein prinzipiell sozialdemokratisches Land, was man häufig liest. Aber durch die Teilung in zwei Landesverbände – Rheinland und Westfalen – hat es auch jahrzehntelange unnötige Reibungsverluste gegeben. Lange Zeit haben Rivalitäten die Partei und auch die Fraktion zerrissen und geschwächt und man hat nicht mit einer Stimme gesprochen. Erst

seit 1986 ist die CDU in Nordrhein-Westfalen in einem gemeinsamen Landesverband vereint.

Mein Eindruck ist, dass wir heute weitaus geschlossener dastehen und dass es uns gut gelingt, die Unterschiede, die es in einer Volkspartei gibt und geben muss, zu gemeinsamen Positionen in einem Landesverband zu versöhnen. Das zeigt sich etwa auch daran, dass die Bundesvorsitzenden der Jungen Union und der Seniorenunion, aber auch der CDA und der Mittelstandsvereinigung alle aus Nordrhein-Westfalen stammen.

In Ihrer Amtszeit als Landesvorsitzender hat sich die CDU NRW ein eigenes Grundsatzprogramm gegeben. Mit welchem Ziel und mit welchem Ergebnis?

Armin Laschet: Das Grundsatzprogramm war das erste des vereinten Landesverbandes. Nachdem man sich organisatorisch, politisch und finanziell zusammengefunden hatte, war es nach der Wahlniederlage 2012 unser Gedanke, einen Prozess der Selbstvergewisserung anzustoßen und durchzuführen; es sollte deutlich werden, wofür unser Landesverband steht. Er hat gegenüber anderen Landesverbänden der CDU eine besondere Tradition – etwa mit Sicht auf die Industriegeschichte. Er hat die besondere europäische Orientierung, er lebt in besonderer Weise die Soziale Marktwirtschaft. Und er vereint Industriestandorte mit ländlichen Regionen.

Im Mai 2017 wählt Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag: Ihre Partei lag in den Umfragen lange vorn. Momentan steht die SPD aber ein

Stück besser da. Haben Sie eine Erklärung dafür?

Armin Laschet: In den Umfragen gibt es seit zwei Jahren keine rot-grüne Mehrheit mehr. Zudem beobachten wir, dass die Entwicklungen in diesem großen Bundesland mit seinen achtzehn Millionen Einwohnern sehr häufig parallel zum Bundestrend laufen. Wenn die Union in der Bundespolitik schwächer ist, wirkt sich das unmittelbar auf die Umfragen in Nordrhein-Westfalen aus. Deshalb muss der Streit zwischen CDU und CSU beendet werden. Da sind wir auf einem guten Weg, sodass wir alle Chancen haben, wieder stärkste Partei zu werden.

Wie viel Anteil messen Sie den Grünen an der Schlusslichtbilanz zu?

Armin Laschet: Die Grünen verantworten eine überdimensionierte Regulierung, die im Umweltbereich häufig in Konflikt mit der Wettbewerbsfähigkeit des Landes steht. Inzwischen beklagen sich auch der Wirtschaftsminister und der Verkehrsminister des Landes, die beide der SPD angehören. Diese Fragen werden im kommenden Wahlkampf eine ganz wichtige Rolle spielen.

Die AfD erreicht auch in Nordrhein-Westfalen Umfragewerte im zweistelligen Bereich. Macht Ihnen das Sorgen?

Armin Laschet: Ja, das macht mir Sorgen, obgleich ich überzeugt bin, dass es bei der Landtagswahl gelingen kann, die Ergebnisse der AfD deutlich unter dem zu halten, was die Umfragen momentan als Stimmung messen. Dieses Thema geht

alle Parteien an. Wir als Union müssen diejenigen wiedergewinnen, die sich im konservativen Umfeld verunsichert fühlen. Doch die SPD hat im Ruhrgebiet mit der AfD ebenfalls ein massives Problem, weil Industriearbeiter nahtlos von der SPD oder sogar der Linken zur AfD hinüberwechseln. Insofern müssen sich alle Volksparteien darum bemühen, der AfD mit Lösungen statt mit Streitthemen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Was trauen Sie denn den Liberalen im Mai zu? Wäre ein gutes Ergebnis der FDP eines, über das Sie sich freuen würden? Oder wäre das eher eine schwierige Sache für die CDU?

Armin Laschet: Ich bin sicher, dass Christian Lindner, der gleichzeitig der Bundesvorsitzende der FDP ist, bei den Landtagswahlen an das gute Ergebnis vom letzten Mal anknüpfen wird, das etwa bei acht Prozent lag. Ich sehe die FDP im nächsten Landtag von Nordrhein-Westfalen, und das ist eine wichtige Voraussetzung für die FDP, im September wieder in den Bundestag einzuziehen.

Hannelore Kraft hat sich – angesichts der Linksruck-Debatte in der Bundes-SPD – relativ klar von der Linkspartei abgegrenzt und sie als nicht regierungsfähig bezeichnet. Sind die „Linken“ in Nordrhein-Westfalen wirklich so anders als anderswo?

Armin Laschet: Als echte Absage sollte man die Äußerungen der Ministerpräsidentin nicht begreifen. Die Linken hier sind zwar anders – ideologischer, weit weniger sachorientiert als im „Osten“, sodass die Beschreibung von Frau Kraft, dass sie nicht regierungsfähig seien, hier noch mehr zutrifft als anderswo. Und dennoch schließt sie ein Bündnis mit der Linken nicht aus. Da unterscheidet sie sich von uns. Denn wir schließen ein Bündnis sowohl mit der AfD wie auch mit der Linken definitiv aus.

Aus den Erfahrungen von 2010 ist bekannt, dass die Vorbehalte gegenüber der Linken bleibenden Wert haben. Damals hat man sich von der Linken dulden lassen, sodass sich – je nach Ausgang der Wahl – auch diesmal alle Beteuerungen als substanzlos erweisen könnten.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann
am 10. Oktober 2016.*

Wandel als Chance



Die Perspektiven der Strukturpolitik im Ruhrgebiet

KLAUS ENGEL

Geboren 1956 in Duisburg,
Vorsitzender des Vorstands
der Evonik Industries AG.

Zu den Leistungsparametern einer gelungenen Politik gehören zählbare Ergebnisse. Wirtschaftliche Rahmendaten, Beschäftigungsquoten, Bevölkerungsentwicklung oder auch Wohlfühlmeldungen auf den Wirtschaftsseiten sind solche Faktoren. Sie sind entscheidend, wenn es darum geht, welche Branchen und Regionen zukunftsorientiert und erfolgreich sind. Grundlage dafür ist eine optimale Infrastruktur, die das Wirtschaften und Leben der Menschen mit ihrem Streben nach beruflichem Erfolg und Wohlstand unterstützt. Das lebens- und liebenswerte Umfeld ist wichtiger denn je. „Strukturpolitik“ ist zum politischen Schlagwort geworden.

Dieses Wort steht in erster Linie für schnelle Kommunikationsverbindungen, für mehr und bessere Straßen- oder Schienennetze; Strukturpolitik sorgt für Wohnen, Bildung, Unterhaltungsmöglichkeiten und für Gemeinschaftseinrichtungen, die den Zusammenhalt der Menschen fördern. Ist eine

erfolgreiche Strukturpolitik eine mit viel Geld und moderner Technik beherrschbare Herausforderung? Oft greifen die naheliegenden Antworten zu kurz.

Der Begriff „Struktur“ erfasst ein weites Feld. Bildung und Kultur gehören entscheidend dazu; ebenso ein soziales und solidarisches Umfeld. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Er braucht Erfolgserlebnisse und Anerkennung, letztendlich vor allem Perspektiven. Solcher Optimismus ist wichtig, um wachsender Zukunftsangst trotz ständig steigenden Wohlstands oder auch dem Erstarken sogenannter Protestparteien zu begegnen.

EINE GENERATIONENAUFGABE

Wandel wird in dieser Gemengelage oft als Bedrohung empfunden und Strukturwandel nicht als Chance begriffen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Umgestaltung einer über viele Generationen gewachsenen Industrieregion keine Aufgabe für wenige Jahre ist und einen langen Atem braucht. Sie ist eine Aufgabe über Generationen. Insider kennen die Diskussion, die aktuell um die Ertüchtigung des traditionsreichen Zechenstandorts der „Neuen Victoria“ in Marl geführt wird. Sie ist Kernstück des „Umbau 21“, den Politik, Wirtschaft – und die Menschen vor Ort – in der Emscher-Lippe-Region zu schultern haben. Auch in der Psychologie dieser Arbeitswelt ist dies kein einfaches Unterfangen: Nachdem sich in direkter Nachbarschaft zum Evonik-Chemiepark Marl die Chance eröffnet hat, mit einem Schlag 1.000 neue Logistikarbeitsplätze zu schaffen, kam tatsächlich die Frage auf, ob solche Arbeit den bisherigen Bergleuten überhaupt zuzumuten sei. Geäußert haben solche Zweifel vor allem Politiker, weniger die Betroffenen selbst. Was für eine Anmaßung!

Bereits der Wandel von einer Arbeit unter Tage zu solcher über Tage führt scheinbar zu Irritationen, auch dann, wenn der vorgeschlagene Weg in eine Zukunftsbranche weist und direkt mit dem Schlagwort Strukturwandel verbunden ist. Aus allen Teilen Deutschlands, gar Europas, drängen namhafte Logistikunternehmen in die Ruhrregion. Sie eröffnen Chancen, teilzuhaben am globalen Wirtschaften. Das ist keine Bedrohung, sondern Herausforderung und die Chance auf die Schaffung neuer, durchaus hochwertiger Arbeitsplätze.

BEDENKEN UND LUXUSPROBLEME

Der Süden Deutschlands hatte im vergangenen Jahrhundert den Umbau von der Agrar- zur modernen Industriegesellschaft zu bewältigen – damals gefördert durch das Wachstum an der Ruhr! Dort aber scheitern Projekte nicht an

Ängsten vor dem Verlust des gewohnten Lohn- und Anforderungsniveaus, sondern an Bedenken, die woanders als Luxusprobleme empfunden würden: steigende Lärmbelästigung, Neubau von Straßen und Schienen und Zerstörung von Teilen einer schönen Landschaft. Gleiches gilt für Hochleistungsstromtrassen im Zuge der Energiewende. Das Moderne erschreckt manchmal. In den Hightech-Regionen Bayerns und Baden-Württembergs wird so etwas wohl noch eher als Last des Neuen empfunden; anders als in den angestammten Industriestandorten im Westen. Eine größere Bereitschaft, Veränderung als Voraussetzung für den Wandel zur Zukunftssicherheit zu akzeptieren, wäre ein positiver Standortfaktor.

Damit neue Projekte gelingen, brauchen sie nicht nur Betriebswirte und Ingenieure, sondern auch „globalisierte“ Fachkräfte. Sie sollten sich auf der Weltkugel bestens zurechtfinden, mehrere Fremdsprachen beherrschen und sich global mit den Warenströmen und Verkehrswegen auskennen. Sie müssen täglich über Alternativen zum Althergebrachten nachdenken, statt nur in Traditionen zu verharren. Es gilt, täglich offen und bereit zu sein für Neues!

Der Industriepionier Henry Ford stellte an seine Produktionsstandorte die unverzichtbare Bedingung, dass sie über die Anbindung an leistungsfähige Wasserwege verfügen müssten. Das war frühe Strukturpolitik, geprägt von einem Mann, der sein Geld mit Automobilen verdiente, nicht mit Schiffen. Solche Weitsicht entscheidet über die Zukunft von Ländern, Regionen und damit über die Zufriedenheit der Menschen, die dort leben. Sie erwarten berufliche Perspektiven, die ihnen Teilhabe am wachsenden Wohlstand sichern.

„GLOBALISIERTE“ FACHKRÄFTE

Wandel, auch der von Strukturen, findet in den Köpfen statt. Laut einer Forsa-Umfrage zum Strukturwandel im Ruhrgebiet bedauert eine zwar knappe, seit Jahren aber kaum verändert stabile Mehrheit das nahe Ende der Kohleförderung im Jahr 2018. Das gilt nicht nur für Anhänger der SPD und CDU, sondern auch für die der Grünen und der AfD. Beharrungsvermögen erscheint als ein ebenso parteiübergreifender Wesenszug wie die Angst vor Umbruch und Erneuerung.

Dabei ist der Umbau in großen Teilen längst vollzogen. Im sogenannten Primärsektor, also in der Produktion von Rohstoffen, arbeiteten in Nordrhein-Westfalen bereits 2009 nur noch 130.000 Menschen – grob ein Drittel im Vergleich zum Jahr 1961. Der Sekundärsektor, die industrielle und handwerkliche Weiterverarbeitung, schrumpfte in diesem Zeitraum auf rund zwei Millionen Beschäftigte, ein Rückgang um ein Drittel. Verdreifacht hat sich zugleich die Zahl der Dienstleister auf rund 6,5 Millionen Menschen. Das ist

sehr viel für eine traditionsreiche Industrieregion und zeigt möglicherweise die Grenzen für den weiteren Strukturwandel auf.

VERKLÄRUNG DER VERGANGENHEIT

Nostalgische Sehnsüchte gehen also einher mit einer anders gearteten Wirklichkeit. Die Ansprüche sind deutlich gewachsen, „grüne“ Standortfaktoren zunehmend wichtig geworden. Gemeinschaften, wie sie die Großbetriebe der Schwerindustrie und des Bergbaus hervorbrachten, ordnen sich neu und anders. Homogenität und überkommene Identität weichen der Individualisierung – in aller Regel so schleichend, dass das Vergangene in beschönigender Verklärung wahrgenommen wird. Ängste scheinen ausgeprägter, als es der gewandelten Realität geschuldet wäre. Solchen Ängsten gilt es mit Mut, Entschlossenheit und Offenheit zu begegnen. Beste und umfassende Bildung ist das geeignete Rüstzeug für die „globalisierten“ Fachkräfte von heute und morgen. Das Ruhrgebiet mit seiner vielfältigen Hochschullandschaft hat die passenden Voraussetzungen dafür.

Ideen, das produzierende Gewerbe gänzlich durch den Dienstleistungssektor zu ersetzen, sind eine gefährliche Illusion. Sie werden dem vorhandenen Facharbeiterpotenzial nicht gerecht und nehmen Perspektiven. Gerade die Wertschöpfung einer Region braucht Produktion, wenn der Umbau nicht am Ende an sinkender Kaufkraft scheitern soll.

Das bedeutet auch, dass bezahlbare Energie als Ressource für die Produktion ausreichend verfügbar sein muss. Die Konflikte, die unter dem Zeichen der Energiewende entstanden sind, müssen gelöst werden. Der Bedarf an unbequemen Entscheidungen ist gewachsen – ausgerechnet im Umbruch des politischen Machtgefüges. Politiker müssen hier die Perspektiven aufzeigen – aber genauso auch die Grenzen der Partikularinteressen! Andernfalls überfordern sie nicht nur die Wirtschaft, sondern letztlich auch die Bürgerinnen und Bürger, die nichts mehr fürchten als das Ungewisse – oder gar das Beliebige.

Evonik will den besonderen Herausforderungen als energieintensives Unternehmen gerecht werden. Wir erzeugen Strom, Dampf und Wärme an unseren deutschen Standorten überwiegend mit Kraft-Wärme-Koppelung und sparen so bis zu zwanzig Prozent Energie ein. So können wir den Schadstoffausstoß zugleich um bis zu 500.000 Tonnen CO₂ pro Jahr mindern. Unabhängig von diesen unternehmerischen Maßnahmen spüren wir Kostennachteile – nicht nur aufgrund der hierzulande hohen Energiepreise, sondern auch aufgrund zusätzlicher Lasten durch nationale Rahmenbedingungen, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz vorgibt. Auch die europäischen Rahmenbedingungen wie der Emissionshandel nach Vorgaben durch das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) wirken sich nachteilig aus.

Wir fürchten nicht die Veränderung, sind aber auf die Verlässlichkeit der Weichenstellungen angewiesen. Nachhaltige Energiepolitik erfordert nachhaltige Rahmenbedingungen: Wer seinen Beitrag zur CO₂-Reduzierung erbringt, sollte Anspruch auf den entsprechenden Ausgleich haben. Wir setzen auf die Entschlossenheit der Politik, für faire internationale Wettbewerbsbedingungen über unsere Grenzen hinaus zu sorgen. Strukturpolitik ist keine nationale Spielwiese, sondern gehört zum „Global Play“.

IDEENREICHES STRUKTURPROGRAMM

Ein erneuter Blick in den deutschen Süden ist geboten: dorthin, wo neue Flughäfen pünktlich fertiggestellt werden und Industrieansiedlung in der Fläche über Jahrzehnte Erfolgsgeschichten geschrieben hat. Bayern hatte eine andere Ausgangslage als die Reviere in Nordrhein-Westfalen. Im Ruhrgebiet müssen Industriegebiete nicht neu aus dem Boden gestampft werden, sondern es gilt, vorhandene Anlagen oder Brachflächen zu ertüchtigen. Das erfordert den Willen, Standorte in ihrer Gesamtheit durch Wandel zu erhalten.

Ist es denn richtig, dass bei uns zunehmend Familien in die einst strukturschwachen Regionen wie das Sauerland und das Westmünsterland ziehen, weil sie diese als lebenswerter, sicherer und mit blühendem Mittelstand gesegnet wahrnehmen? Es ist an der Zeit, ein ideenreiches Strukturprogramm etwa für den Ballungsraum nördlich der Ruhr aufzulegen, das neben leistungsfähigen Verkehrsnetzen und neuen Gewerbeflächen auch höhere und neue Lebensqualität als heimatlichen Standortfaktor anstrebt. Dazu zählen Arbeitsangebote genauso wie Freizeitmöglichkeiten. Exzellente Schulen und Bildungseinrichtungen gehören schwerpunktmäßig in diese Region, um neue Chancen zu eröffnen. Und nicht zuletzt bedarf es einer hervorragenden Infrastruktur: ob Straße, Schiene oder Datenautobahn. Das nördliche Ruhrgebiet muss die nötige Entwicklungshilfe jetzt erhalten, damit es neuen Anschluss an Wachstum und Wohlstand bekommt.

Zum erfolgreichen Strukturwandel gehört auch ein nüchterner Blick auf vorhandene Kompetenzen und Ressourcen. Der Nordosten zeigt, was darunter zu verstehen ist. In den Jahren der Wiedervereinigung gab es dort zu einfache Rechnungen: Das Meer war als Standortfaktor vorhanden. Dazu galt die scheinbar sichere Erwartung eines wachsenden Marktes für die Gastronomie der Oberklasse. So wurden mit vielen Millionen aus den Fördertöpfen große Luxushotels gebaut, die nun offensichtlich niemand braucht. Man hätte sich mehr um das kümmern sollen, was aus einer Werftindustrie mit hochtechnischer industrieller Zukunft hätte werden können. Es ist besser, die Stärken zu stärken! An das Standortkapital dieses Arbeitskräftepotenzials wurde zumindest in den Wendejahren ebenso wenig gedacht wie an die Auswirkungen auf vorhandene, funktionierende Sozialstrukturen. Der Versuch,

aus der Industrie- und Hafenstadt Rostock ein neues, großes Ostsee-Sylt zu machen, war die falsche Vision.

STANDORTVORTEILE HERVORHEBEN

Was bleibt als Lehre für die Ruhrregion und ihren zweifellos weiterhin nötigen Wandel? Zunächst einmal eine realistische Sicht auf die immer noch erheblichen strukturellen Defizite, besonders im gesamten nördlichen Ruhrgebiet und besonders im Norden von Essen und Dortmund, Duisburg, Bochum und Bottrop. Gleichzeitig gilt es, die Standortvorteile offensiv herauszustellen: die hochklassige Hochschullandschaft ebenso wie die lebendige Kulturszene. Die Weltoffenheit ebenso wie die Tüchtigkeit. Die Liebe zum Sport und die weltweite Exzellenz des Fußballs im Ruhrgebiet. Ja, nicht alles Erwünschte wurde erreicht. Solche Einsicht sollte über Wahltag hinaus Bestand haben, zu beschleunigten Entscheidungen und Planungsprozessen führen. Ärgernisse wie das ewige Warten auf wichtige Autobahnlückenschlüsse sind Antrieb für rasches Handeln statt für politisches Lamento.

Gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und technische Herausforderungen sind immer wieder großen Veränderungen unterworfen. Der Beginn des 21. Jahrhunderts mit seiner fortgeschrittenen Informations- und Kommunikationstechnik, mit dem Ausmaß der Globalisierung und den offensichtlich zunächst weiter wachsenden inneren Problemen Europas gestaltet sich unter diesem Blickwinkel dramatisch. Unsere Generation steht vor Herausforderungen, die in ihrem Ausmaß zum großen Teil nur schwer abzuschätzen sind. Wir müssen uns in der Veränderung und Veränderungsfähigkeit fit halten, um auch morgen alles annehmen zu können, was sich an Aufgaben stellt. Eine pragmatische und zugleich ideenreiche Gestaltung der strukturellen Grundlagen muss im Ruhrgebiet unser politischer, wirtschaftlicher und sozialer Markenkern für morgen bleiben. Damit sind wir in Deutschland gut aufgestellt.

Hinterm Binde- strich geht's weiter

Über eine verhältnismäßig unfallfreie Zwangsehe

FRITZ ECKENGA

Geboren 1955 in Bochum, Kabarettist, freier Autor und Kolumnist in Radio und Presse. Letzte Buchveröffentlichung: „Draußen rauchen ist Mord am ungeborenen Baum“, Edition Tiamat, Berlin 2016.

Siebzig Jahre Nordrhein-Westfalen. Gnadenhochzeit. Mein HERZLICHER GLÜCK-WUNSCH kommt geringfügig verspätet,

also NACHTRÄGLICH. Einigermaßen pünktlich wäre er Ende August eingegangen, aber – jetzt mal unter uns Erwachsenen – nach siebzig Jahren sollte es auf ein paar Tage mehr doch wohl nicht ankommen.

Zum anderen bin ich mir meiner Herkunft und der mit ihr verbundenen Pflichten bewusst. Als lebenslänglicher Insasse des östlichen Ruhrgebietes, als West-Westfale also, ist es selbstverständlich meine

vornehme Aufgabe, auch und gerade anlässlich des 70. Hochzeitstages des Bindestrich-Bundeslandes das Vorurteil zu bestätigen, dass der Westfale immer ein bisschen zu lange auf der Leitung steht. Oder so gesagt: Es kann schon mal was dauern, bis er was merkt. Aber dann – dann merkt er was – und das merkt er sich dann auch. Diese Eigenschaft macht ihn ja so attraktiv für den rheinischen Ehepartner, dem gar nicht bewusst ist, dass er im Zustand der Gnade lebt. Nichts zu merken und trotzdem unbeschwert durch den Tag karnevalen zu dürfen, weil der andere mit zuverlässiger Verspätung in den Terminkalender guckt: Das ist das Erfolgsrezept einer von der britischen Besatzungsmacht vor siebzig Jahren verordneten Zwangsehe.

Der Wissenschaftsbetrieb ist sich da nämlich weitgehend einig. Nordrhein-Westfalen ist ein Kind des Kalten Krieges. Das Bundesland wurde von der Siegermacht Großbritannien gegründet, und das heutige NRW-Gebiet gehörte zur Britischen Besatzungszone. Die Briten hielten die alliierte Sowjetunion für eine massive Gefahr und befürchteten eine kommunistische Unterwanderung des Ruhrgebiets. Also ordneten sie eine neutralisierende Zwangsheirat der Westfalen mit den überwiegend katholisch veranlagten Rheinländern an. Soweit die Lehrmeinung.

On the other hand machen die Briten ja auch gerne mal einen Witz. Möglicherweise wollten sie sich also einfach nur ein wenig amüsieren, als sie mit ihrer „Operation Marriage“ zwei geografisch zwar benachbarte, sich wesensmäßig aber eher antipodisch gegenüberliegende Völker verhochzeiteten.

Das ist nun siebzig Jahre her, und wenn ich dem rheinischen Ehepartner jetzt zur Gnadenhochzeit gratuliere, dann weiß ich, dass das für diesen nur von untergeordnetem Interesse ist. Ich bin mir darüber im Klaren, dass der ideelle Gesamtrheinländer nach wie vor ein ungünstiges Schicksal dafür verantwortlich macht, dass er mit seinem Zwangsgatten so oft in einem Atemzug genannt wird: Nordrhein-Westfalen!

Nein, *wenn* der Rheinländer denkt, dann denkt er keinesfalls daran, dass ihn und den Westfalen ein Bindestrich zusammenhält. Er lebt in einem mentalen Eigenkosmos. Er denkt, wenn er denkt, allenfalls, dass ihn und den Gatten Welten trennen, also Gräben, Flüsse, Gebirge, Zeitzonen, Kontinente; dass möglicherweise sogar ein exklusiv für die Schöpfung des Rheinlands zuständiger Haupt-Weltenmacher an seiner Schöpferscheibe einen eigenen Globus für ihn getöpft hat. Einen Leuchtglobus selbstverständlich, einen alles andere überstrahlenden, einen also, neben und unter dem irgendeiner Randerscheinungen in einem nachtschwarzen Schatten versinken. Oder mal so gesagt: nicht existieren.

Ich weiß also, liebe Rheinländerinnen, liebe Rheinländer: Es ist nicht weiter wesentlich für Euch, aber aus gegebenem Anlass möchte ich mich heute mal ganz kurz in Euer regelmäßig an den engen Grenzen des nördlichen Rheinlands scheiterndes Navigationssystem einloggen. Glaubt es mir einfach: Westfalen ist keine geografische Einbildung. Ihr findet es hinter dem Bindestrich. Es grenzt nicht an den Irrsinn, es grenzt an das Rheinland, und das kommt nur manchmal aufs Selbe raus.

Und seid Euch gewiss: Auch wenn der Westfale es oft geschickt hinter einer un-ergründlichen, wie mit sauerländischen Schieferschindeln verkleideten Gesichtsfassade zu verbergen versucht – der Rheinländer übt eine starke, fast erotische Anziehungskraft auf ihn aus. Westfalen, die auf Rheinländer starren, sind fasziniert von deren weltläufiger Leichtigkeit und ihren unüberhörbaren akustischen Emissionen. Und eine der größten Herausforderungen für den Westfalen ist es, daraus die Partikel herauszufiltern, die von Belang sind.

Gegensätze ziehen sich tatsächlich an. Der eine liebt den anderen für das, was er selbst nicht hat. Schon der Düsseldorfer Heinrich Heine wusste, dass die Westfalen „sentimentale Eichen“ sind. Also stämmige, tiefwurzelnde und zartfühlende Wesen. Speziell Letzteres kann man dem Rheinländer wirklich nicht vorwerfen. Er durchflutet das, was er für die Welt hält, mit einer nicht enden wollenden Woge seines rheinischen Frohsinns. Dieser universell einzigartigen Mischung aus tiefgründiger Intellektualität und subtiler Hochkomik. Da bleibt dem Westfalen nichts anderes übrig, als mit angemessener Verspätung bewundernd, wie frischverliebt auf die Knie zu sinken und geduldig und demütig zu hoffen, dass auch die nächsten siebzig Jahre einigermaßen unfallfrei vergehen mögen.

NO LORELEY, NO CRY

*Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
dass ich so heiter bin.*

*Ein Pärchen aus hiesigen Breiten,
das kommt mir nicht aus dem Sinn.*

*Die Luft ist schwül und es dunkelt.
Man sitzt in erhitzter Natur.*

*Sie ist nicht zufrieden, es schunkelt
zu sehr ihr das Boot auf der Ruhr.*

*Die stöhnende Schöne schwitzet.
Es ist ihr recht sonderbar.*

*„Watt is jezz, ich denke du tritts et?
Jezz komm ma zu Potte und fahr*

*datt dämliche Tretboot da drüben
an' Steg!“ Er kennt das Geschrei.*

*Es ist die sattsam bekannte,
gewöhnliche Melodei.*

*Der Schiffer im kleinen Schiffe
fügt sich zum Schein ins Geschick.
Dann formt er die Rechte zum Griffe
und schmeißt seine Schöne in' Schlick.*

*Ich glaube, nur so konnt's gelingen,
von Anfang an plante er nur,
die Laute zum Schweigen zu bringen
beim Tretbootfahrn auf der Ruhr.*

Fritz Eckenga, in: Mit mir im Reimen, Verlag Antje Kunstmann, München 2015, S. 55.

„Operation Marriage“

—

Ländliche Räume im Industrieland

CHRISTINA SCHULZE FÖCKING

Geboren 1976 in Emsdetten,
Stellvertretende Vorsitzende der
CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-
Westfalen, Landesvorsitzende
des Agrarausschusses der CDU.

Operation Marriage – unter diesem Codewort wurden vor siebzig Jahren der nördliche Teil der preußischen Rheinprovinz und die preußische Provinz Westfalen zu dem neuen Land Nordrhein-Westfalen zusammengefasst. War es der besondere britische Humor, der zu

diesem Code für die Gründung Nordrhein-Westfalens führte?

In jedem Fall „verheirateten“ die Briten zwei sehr unterschiedliche Territorien. Dahinter stand die Absicht der britischen Besatzungsbehörden, dem industriell geprägten Ruhrgebiet mit seinen stark von der Arbeiterbewegung geprägten Strukturen den mäßigenden Einfluss der konservativen ländlichen Regionen Westfalens gegenüberzustellen, in denen die Landwirtschaft den wesentlichen Wirtschaftszweig darstellte. Die britische Besatzungsmacht wollte einen Ausgleich der Temperamente und politischen Überzeugungen, aber auch der Wirtschaftssektoren.

Auch im achten Jahrzehnt seines Bestehens gehört es zur Landesidentität Nordrhein-Westfalens, die Gegensätzlichkeit seiner Landesteile herauszustellen und die Unterschiede zwischen dem Ruhrgebiet und den ländlichen Räumen des Landes zu betonen. Aber stimmt das eigentlich heute noch?

Norbert Blüm, 1987 bis 1999 Landesvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen und 1990 Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen, hat anlässlich des 70. Landesgeburtstags darüber berichtet, wie er vor Jahren mit seiner Frau von Bonn nach Dortmund gewandert sei. Die Blüms wanderten „in der Annahme, es gäbe bestenfalls nur Aus- und Umwege um Schornsteine und graue Industrieanlagen. Stattdessen sind wir ununterbrochen durch Grün gelaufen. Die Ruhr selbst ist ein Fluss, neben dem die schöne blaue Donau eine graue Wasserstraße ist. Nordrhein-Westfalen hat so viel Grün in der Landschaft, sodass sein Grün-Bedarf anderswo schon gedeckt ist.“

FALSCHES KLISCHEES

Wenn aber das von Norbert Blüm durchwanderte Ruhrgebiet schon seit Jahren durchgrünt ist, stimmen dann noch die Klischees über das industriell geprägte Ruhrgebiet und die es umgebenden ländlichen Räume Nordrhein-Westfalens? Und wie muss die Politik darauf reagieren? Welche Politik brauchen die Menschen in den ländlichen Räumen, im Münsterland, in der Eifel, in Südwestfalen und Ostwestfalen-Lippe und am Niederrhein – gerade in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen?

Einige Schlaglichter beleuchten, warum die ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen anders sind, als es die gängigen Klischees vermuten lassen: In Nordrhein-Westfalen leben die meisten Menschen – rund sechzig Prozent – außerhalb von Großstädten. Südwestfalen liegt bei dem Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Platz 1. Nirgendwo sonst ist der Anteil der Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe in NRW höher. Die Region mit den Kreisen Olpe, Siegen-Wittgenstein, Soest, dem Hochsauerlandkreis und dem Märkischen Kreis ist die drittstärkste Wirtschaftsregion in ganz Deutschland. Ostwestfalen-Lippe ist ein bedeutender Standort der Möbelindustrie und zudem Sitz großer Unternehmen wie Dr. Oetker, Miele und Bertelsmann. Und der Niederrhein ist stark im Maschinenbau sowie ein bedeutender Chemie- und Logistikstandort.

Auch die Zahl der Schulen, Krankenhäuser und Sportvereine – also das, was zu einem attraktiven Lebensumfeld unbedingt dazugehört – überwiegt im ländlichen Raum. Kein Wunder also, dass mehr Rheinländer, Westfalen und Lipper in ländlichen Räumen leben als im Ruhrgebiet zwischen Hamm und Duisburg.

Politik für die ländlichen Räume bedeutet daher zunächst einmal, Vorurteile hinter sich zu lassen und die Vielfalt dieser Regionen zu verstehen.

Es bedeutet, zu erkennen, dass die ländlichen Regionen eine ganze Reihe von Funktionen erfüllen: Sie sind Erholungs-, Freizeit- und Naturräume, ihre Städte und Dörfer sind Wohnorte und Heimat für viele Menschen, sie bieten Bildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze in vielen Branchen – in der Land- und Forstwirtschaft ebenso wie im Dienstleistungssektor und in Handwerk und Industrie.

MANGELNDE INFRASTRUKTUR

Entsprechend breit gefächert muss daher auch die Politik für die ländlichen Räume sein. Ländliche Regionen benötigen eine mindestens ebenso leistungsfähige Infrastruktur wie die Ballungsgebiete. Weil innovative und auf Digitalisierung setzende Unternehmen eben nicht nur in den Großstädten an Rhein und Ruhr ihren Sitz haben, sondern auch im Sauer- und im Siegerland, muss auch dort der Zugang zu schnellem Internet lückenlos gewährleistet sein. Leider ist dies in Nordrhein-Westfalen nicht der Fall. Hier fehlt es in neunzig Prozent aller Gewerbegebiete an einem Breitbandanschluss. Auch von den Privathaushalten im ländlichen Raum verfügen nur vierzig Prozent über schnelles Internet. In großen und mittleren Städten wie Köln, Bonn, Düsseldorf, Aachen oder Bochum ist die Breitbandversorgung mit über neunzig Prozent demgegenüber besonders gut.

Ebenso braucht der ländliche Raum gut ausgebaute Verkehrswege. Marode Straßen und Brücken gefährden Produktionsstandorte von Weltmarktführern wie dem Biogas-Anlagenbauer Envitec oder dem Nutzfahrzeughersteller Schmitz-Cargobull im Münsterland, weil diese Unternehmen ihre Produkte nur mit größerem Aufwand und zu höheren Kosten zu den Kunden und zu den Häfen transportieren können.

Darüber hinaus brauchen die Bewohner ländlicher Räume selbstverständlich eine gute Bildungspolitik, die ein umfassendes Bildungsangebot auch jenseits der großen Ballungszentren ermöglicht, eine gute medizinischen Versorgung in der Fläche, Wertschätzung und Förderung des kulturellen Lebens, ein attraktives öffentliches Nahverkehrsnetz und vieles mehr. Gute Politik für ländliche Räume ist daher eine Aufgabe für alle Ressorts der Landespolitik.

MILCH, ZUCKERSIRUP UND ENERGIE

Der ländliche Raum ist auch immer noch der Teil des Landes, in dem die Land- und Forstwirtschaft die Identität und Mentalität der Menschen bestimmt und vielen Familien das Einkommen sichert. Hier werden Lebensmittel für Deutschland und internationale Märkte erzeugt. Die Landwirtschaft

hat den Weltmarkt fest im Blick. Schon lange gehen diese Erzeugnisse über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus. Ob Milch vom Niederrhein oder Zuckersirup aus der Eifel: Diese Erzeugnisse, die in den ländlichen Regionen des Landes produziert werden, sind deutschlandweit und auch auf den Weltmärkten erfolgreich.

Holz aus dem Sauerland und Raps aus dem Münsterland gehören zu den Energieträgern der Zukunft. Zugleich wird in den ländlichen Standorten Sonne und Wind „geerntet“. Biogas, Solar- und Windenergie ermöglichen eine ressourcenschonende Energiegewinnung im Energieland Nummer 1: In keinem anderen Bundesland wird so viel Energie erzeugt und verbraucht. Erneuerbare Energien tragen zudem dazu bei, die Strukturen, insbesondere die der landwirtschaftlichen Betriebe, zu diversifizieren und sie so von Preisschwankungen auf den globalen Märkten für landwirtschaftlich erzeugte Produkte unabhängiger zu machen.

Eine kluge Landwirtschaftspolitik muss die Rahmenbedingungen so setzen, dass die landwirtschaftliche Erzeugung den Landwirten ein Einkommen sichert und Erzeugungsformen ermöglicht, die ein hohes Maß an Tierschutz gewährleisten, nachhaltig sind, die Umwelt schützen und die Kulturlandschaft bewahren. Nicht zuletzt sind Landwirte Unternehmer. Sie können nur dann erfolgreich sein, wenn man ihnen die dafür erforderliche unternehmerische Freiheit zugesteht. Auch die Agrarpolitik muss daher immer wieder auf unnötige Regulierungen und bürokratische Vorschriften durchforstet werden, die unternehmerisches Handeln übermäßig einschränken.

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT IN BEDRÄNGNIS

Gerade in Nordrhein-Westfalen wird die Kernbranche des ländlichen Raums, die Land- und Forstwirtschaft, regierungsseitig fortlaufend in Bedrängnis gebracht. Misstrauen und Kontrolle wurden zum obersten Maßstab erhoben, statt auf Anreize und Lösungen auf wissenschaftlicher Grundlage zu setzen. Wer den Landwirten immer mehr und immer striktere Auflagen macht, wer wachsende Teile der Flächen einer landwirtschaftlichen Nutzung entzieht, um Ausgleichs- und Naturflächen zu schaffen, wer die freie Verfügungsgewalt des bäuerlichen Eigentums immer weiter beschneidet, der legt die Axt an diesen Berufsstand und beschleunigt eine Entwicklung weg von familiengeführten Höfen hin zu branchenfernen Investoren ohne Verwurzelung in der Region.

Verschwinden aber die bäuerlichen Betriebe mit überschaubaren Strukturen, fließen die Erlöse aus der Landwirtschaft aus der Region ab. Dann ist niemand mehr da, der freiwillig mehr für den Umweltschutz tut als vorgeschrieben, der die jahrhundertealte Kulturlandschaft erhält und der sich für Kultur und Brauchtum engagiert. Ohne Landwirtschaft wäre – ohne

nostalgisch klingen zu wollen oder die Realitäten zu idealisieren – der ländliche Raum nicht mehr das, wofür Millionen Menschen ihn schätzen, und Nordrhein-Westfalen wäre ein anderes Land.

HOHER NUTZUNGSDRUCK

Der ländliche Raum ist im Industrieland Nordrhein-Westfalen vielleicht stärker beansprucht als in anderen Bundesländern. Der Nutzungsdruck ist bei achtzehn Millionen Einwohnern höher, die Vorstellungen, was sich dort realisieren lässt, sind vielfältiger. Sogar als Lebensraum für Wildtiere wie Wolf und Wisent soll er dienen – in einer der am dichtesten besiedelten Regionen Europas!

Alles wird wohl nicht gehen. Dennoch ist es in den letzten siebenzig Jahren immer wieder gelungen, die Ansprüche in der Balance zu halten und den Ausgleich der Interessen zu schaffen. Und das muss auch der Auftrag für die Zukunft sein: die Überlebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe zu sichern, die Zukunftsfähigkeit der ansässigen Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten, die Lebensqualität für die Menschen zu bewahren, den Kulturraum zu pflegen und die Natur zu schützen. Dafür lohnt es, zu kämpfen. Sieben Jahrzehnte nach Gründung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen steht fest: Ohne die ländlichen Räume würden Nordrhein-Westfalens schönste Seiten fehlen.

... und die Kommunen

Der Oberbürgermeister der Stadt Hamm:
„Wir brauchen mehr Mitbestimmung“

Das Verhältnis zwischen Land und Kommune ist in etwa wie in einer guten Ehe: Manchmal gibt es Streit, manchmal ist man mit dem Partner unzufrieden. Aber irgendwie rauft man sich wieder zusammen; zumal die gemeinsamen Jahre verbinden und Trennung in diesem speziellen Fall ohnehin ausgeschlossen ist.

Einige Punkte fallen mir dennoch ein, um das Miteinander zwischen Land und Kommunen für die Zukunft besser zu gestalten: Insbesondere im Zuge der aktuellen Flüchtlingssituation wird deutlich,

dass die Probleme vor Ort auflaufen – und dass es an den Kommunen ist, diese Probleme zu lösen. Die Kommunen sind bereit, Verantwortung für sich selbst und auch für andere zu übernehmen: Als die Not am größten war und vonseiten des Landes händeringend Plätze für die Unterbringung gesucht wurden, haben wir in Hamm die Alfred-Fischer-Halle – eine beeindruckende ehemalige Industriehalle, in der in normalen Zeiten große Kongresse und Kulturevents stattfinden – als Notunterkunft für bis zu 500 Flüchtlinge

bereitgestellt. Gemeinsam mit dem Land haben wir die Pläne für eine zentrale Unterbringungseinrichtung erarbeitet und mit unserer städtischen Baugesellschaft dafür gesorgt, dass der Umbau einer ehemaligen Bundeswehrkaserne innerhalb kürzester Zeit vonstattengehen konnte.

MITSPRACHE UND FINANZIELLE AUSSTATTUNG

Wir haben gezeigt, dass man sich auf die Städte verlassen kann – und ich spreche an dieser Stelle nicht nur für Hamm, sondern auch für alle anderen Kommunen. Gleichzeitig steht es für uns außer Frage, dass die Kommunen mit an den Tischen sitzen müssen, wenn die Entscheidungen fallen; zumindest sollten wir frühzeitig in die Entscheidungswege eingebunden werden, damit wir unsere Erfahrungen aus der Praxis einbringen können. Das Wichtigste aber ist, dass wir mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden, damit wir die Dinge leisten können, die von uns gefordert sind. Ich möchte deutlich sagen, dass es sich dabei größtenteils um Maßnahmen handelt, die über die Köpfe der Kommunen hinweg entschieden worden sind.

Dabei erkenne ich durchaus an, dass die finanziellen Zuwendungen in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen sind: nicht nur durch das Land, sondern auch durch den Bund. Ich will nicht unterschlagen, dass es Konjunkturpakete und Förderprogramme gegeben hat, die uns bei vielen Projekten nachhaltig nach vorn gebracht haben. Gerade als Kommune im Stärkungspakt profitieren wir von der finanziellen Unterstützung durch das Land. Zudem konnten wir in der Ver-

gangenheit dank der entsprechenden Fördermittel vielfach Pionierarbeit leisten, um den Herausforderungen durch den Strukturwandel zu begegnen. Ein herzliches Dankeschön ist deshalb an alle Landesregierungen zu richten, die uns auf unserem Weg in die Zukunft unterstützt und mit denen wir vielfach eng zusammengearbeitet haben, unabhängig von den politischen Farben.

PIONIERARBEIT AUCH MIT HILFE DES LANDES

Mein Blick reicht zurück bis in das Jahr 1984, als wir mit unseren Konzepten zur ersten Landesgartenschau in Nordrhein-Westfalen das Gelände der ehemaligen Zeche „Maximilian“ zu einem Natur- und Landschaftspark umgestaltet haben. Bis heute gehört der „Maximilianpark“ mit dem berühmten Glaselefanten zu den beliebtesten Freizeiteinrichtungen in Hamm. Das eigene Erfolgsmodell haben wir Jahrzehnte später auf ehemaligen Bergbauflächen im Westen unserer Stadt umsetzen können – und auch diesmal mit starker Unterstützung durch das Land.

Das Projekt „Im Westen was Neues“, in dem wir vier Halden zu einem zusammenhängenden Landschaftspark verknüpfen konnten, ist mit über vierzig Millionen Euro durch das Land gefördert worden. Pionierarbeit haben wir auch im Herzen unserer Innenstadt geleistet, um die Entwicklung unserer Fußgängerzone zu forcieren: Das ehemalige Horten-Gebäude konnte die Kommune – ebenfalls mithilfe des Landes Nordrhein-Westfalen – nach einem langjährigen Leerstand in zentraler Lage aufkaufen und anschließend

beseitigen. An dieser exponierten Stelle gegenüber dem Bahnhof ist ein hochmodernes Gebäude entstanden, in dem neben der privaten Hochschule für Logistik und Wirtschaft (SRH) auch die Volkshochschule und die Zentralbibliothek untergebracht sind. Das gleiche Modell haben wir in der Folge auch bei weiteren Projekten angewendet. Zu diesem Zweck haben wir eigens eine Stadtentwicklungsgesellschaft gegründet, die die Entstehung von sozialen Brennpunkten verhindern und neue Entwicklungen in besonderen Bereichen unserer Stadt vorantreiben soll. Alle diese Punkte berücksichtige ich, wenn ich für mich das Verhältnis von Land und Kommune bewerte.

JEDES ZWEITE KIND MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Auf der anderen Seite aber dürfen die Belastungen für die Kommunen nicht stetig weiter zunehmen: Zumal Hamm zu den Städten in Nordrhein-Westfalen gehört, die wegen ihrer Bergbaugeschichte große Integrationsleistungen vollbracht haben – und bis heute im Bereich der Bildungs- und Sozialpolitik vor großen Herausforderungen stehen. Dafür nur ein Beispiel: Jedes zweite Kind, das in Hamm geboren wird, entstammt einer Familie mit Migrationsgeschichte. Vielfach braucht es besondere Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache und zusätzliche Förderangebote, damit diese Kinder überhaupt eine Chance haben, ihre Zukunft eigenständig zu gestalten.

Vielfach stellen wir fest, dass die Sprachkenntnisse bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sehr viel

schlechter ausgeprägt sind als bei ihren Eltern und Großeltern, die ehemals als Gastarbeiter nach Hamm gekommen waren. Dieser Negativentwicklung haben wir bereits vor etlichen Jahren mit viel Geld und vielfältigen Angeboten entgegengesteuert. Unsere Anstrengungen wurden dabei von externen Gutachtern begleitet. Auch mit deren Hilfe ist über die Jahre ein dichtes Netz von sozialen Einrichtungen und entsprechenden Hilfsangeboten gewachsen. Damit wollten wir so weit wie möglich verhindern, dass in unserer Stadt Kinder und Jugendliche ohne Perspektive aufwachsen.

Beim Landesprojekt „Kein Kind zurücklassen“ konnten die jeweiligen Maßnahmen an vielen Stellen auf bestehende Angebote aufbauen. Gleichzeitig hat uns das Projekt dazu ermuntert, sämtliche Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen, um zwischen „gut“ und „gut gemeint“ deutlich zu unterscheiden. Für Hamm war das Land im Zuge dieses Projekts Impulsgeber und Klammer zugleich. Umgekehrt hatte das Land in Hamm ein gutes Beispiel dafür, wie vielfältige Einzelmaßnahmen ineinandergreifen und Förderangebote aufeinander aufbauen.

SPARBEMÜHUNGEN KÖNNEN LÜCKEN NICHT SCHLIESSEN

Gegenwärtig erleben wir bei der Inklusion an den Schulen, dass die Kosten für die Integrationshelfer ins Unermessliche steigen. Diese Lücke im Haushalt ist auch durch Sparsbemühungen in sämtlichen anderen Bereichen kaum zu schließen. Ich gebe offen zu, dass diese Situation vielfach frustrierend ist; zumal ich innerhalb

der Städte selbst unter den hilfsbedürftigen Gruppen zunehmend einen Wettbewerb feststelle, der für die Kommunen nicht gut ist – und der mittelfristig zu Spannungen führen wird. Diese Entwicklung geht in die falsche Richtung und kann nicht in unserem Sinne sein.

Die Zahlen für das erste Halbjahr 2016 verdeutlichen das Ungleichgewicht: Allein die Sozialausgaben der Kommunen sind in den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 um 12,2 Prozent gestiegen. Bundesweit verzeichnen die Städte, Gemeinden und Kreise ein Defizit von mehr als drei Milliarden Euro – während sich die finanzielle Situation von Bund und Ländern im gleichen Zeitraum deutlich entspannt hat. Ich denke, dass dieses Ungleichgewicht so schnell wie möglich beseitigt werden muss, um sicherzustellen,

dass es auch in Zukunft lebendige Städte, Gemeinden und Landkreise gibt, die ihre Herausforderungen und Probleme selbst bewältigen.

Spöttische Zungen behaupten, dass jede gute Beziehung dabei hilft, Probleme zu bewältigen, die man ohne den jeweils anderen nicht hätte. Für das Verhältnis zwischen Land und Kommunen trifft das so natürlich nicht zu. Nur ein bisschen vielleicht. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, dass wir es auch künftig weiter gut miteinander aushalten – unabhängig davon, welches Ergebnis die Landtagswahlen 2017 bringen.

Thomas Hunsteger-Petermann

*Geboren 1953 in Heessen, Oberbürgermeister
der Stadt Hamm und Vorsitzender der
Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU NRW*

Das soziale Gewissen der Bundesrepublik?

—
Über Anspruch und Wirklichkeit

KARL-JOSEF LAUMANN

Geboren 1957 in Riesenbeck, Stellvertretender Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen, Bundesvorsitzender der CDA und Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit.

„Der Mensch ist nicht frei, wenn er einen leeren Geldbeutel hat“, soll der ehemalige polnische Gewerkschafter, Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa gesagt haben. Recht hat er. Denn ohne ein Mindestmaß an materieller und sozialer

Sicherheit kann sich der Mensch nicht frei entfalten – weder für sich selbst noch für die Gesellschaft. Das ist einer der Grundgedanken, die hinter dem

Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft stehen, die das Prinzip der freien Marktwirtschaft mit dem des Sozialstaats verbinden.

Ludwig Erhard versprach der Bevölkerung *Wohlstand für Alle* – so der Titel seines 1957 erschienenen Buches. In einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft sind zunächst der Einzelne und die Familie für ihr eigenes Wohl verantwortlich. Wenn sie nicht mehr in der Lage dazu sind, zum Beispiel die eigene materielle Existenz zu sichern, greifen Gesellschaft und Staat unterstützend ein. „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist dabei die oberste Maxime.

STRUKTURELLE KINDERARMUT

Es wird niemand bestreiten, dass Kinder für den Start ins Leben auf jeden Fall Unterstützung benötigen. Das ist zuallererst Aufgabe der Eltern. Doch was ist, wenn die Eltern selbst Unterstützung brauchen? Wenn sie es zum Beispiel nicht schaffen, aus eigener Kraft für den Lebensunterhalt der Familie aufzukommen? In diesem Zusammenhang hat kürzlich eine Studie der Bertelsmann Stiftung mit dem Titel *Armutfolgen für Kinder und Jugendliche* für Aufsehen gesorgt. Die Ergebnisse müssen uns zu denken geben: Fast jedes fünfte Kind in Nordrhein-Westfalen ist von Armut betroffen.

Konkret bedeutet das: Zwischen 2011 und 2015 ist der Anteil der Kinder an Rhein, Ruhr und Lippe, die in Familien leben, die auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind, von 17,0 auf 18,6 Prozent gestiegen. Nordrhein-Westfalen nimmt damit eine traurige Spitzenreiterposition ein: In keinem anderen westdeutschen Flächenland gibt es eine höhere Kinderarmutsquote. Besonders bedenklich stimmt auch, dass fast sechzig Prozent dieser Kinder im Alter zwischen sieben und fünfzehn Jahren drei Jahre oder länger auf den SGB-II-Bezug angewiesen sind. Man kann in diesen Fällen von einer strukturellen Kinderarmut sprechen – und das ausgerechnet in einem Land, dessen Regierung für sich in Anspruch nimmt, kein Kind zurücklassen zu wollen.

„Das Land Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein.“ Mit diesem Satz prägte Karl Arnold (CDU) als zweiter Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens einen ganz zentralen politischen Anspruch, der das Bundesland bis heute prägt. Für Arnold, der tief im christlichen Glauben verwurzelt war, war Freiheit keine absolute Freiheit, sondern eine dem Gemeinwohl verpflichtete Freiheit. Freiheit in diesem Sinne beinhaltet zugleich zwingend Solidarität. Und eine solidarische Gemeinschaft eröffnet allen Menschen die gleichen Chancen auf ein eigenverantwortliches Leben, auf Teilhabe am Wohlstand, auf Bildung, auf Aufstieg. Umso besorgniserregender ist es, wenn einem Menschen gleich zu Beginn seines Lebens, als Kind, durch Armut womöglich Chancen genommen werden. Gerade Nordrhein-Westfalen, das soziale Gewissen unseres Landes, muss dies zu verhindern wissen.

WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND ARBEIT

Wie kann dies gelingen? Das entscheidende Stichwort heißt: Arbeit. Wer nicht die Möglichkeit hat, mit seinen eigenen Händen (und natürlich seinem eigenen Kopf) und mit einem fairen Lohn für sich und seine Familie zu sorgen, droht in die Armut abzurutschen – und das womöglich dauerhaft. Dies zu verhindern, ist eine zentrale Aufgabe der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Wir brauchen ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und gesunde Unternehmensstrukturen, damit es genügend Jobs gibt. Wenn es die nicht gibt, kollabieren sämtliche Sozialversicherungssysteme wie Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Eine Politik, die Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert, ist in diesem Sinne zutiefst unsozial. Die Fakten sind eindeutig: Laut den Zahlen des Statistischen Bundesamtes war Nordrhein-Westfalen 2015 das einzige Bundesland ohne wirtschaftliches Wachstum. Das verarbeitende Gewerbe ist um 2,1 Prozent geschrumpft, während es im Bundesdurchschnitt um 1,7 Prozent zugelegt hat. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Erwerbstätigen lag erstmalig in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Zu denken geben muss darüber hinaus, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung 2014 ebenfalls deutlich unter dem Durchschnitt lagen. Machten sie in Nordrhein-Westfalen rund 2,0 Prozent des BIP aus, lag der Durchschnitt bundesweit bei 2,9 Prozent. In Baden-Württemberg waren es sogar 4,9 Prozent.

Bereits Johannes Rau reagierte auf derartige Fakten reflexartig mit zwei Hinweisen: Erstens leide das ehemalige Stahl- und Kohleland Nordrhein-Westfalen im besonderen Maße unter dem Strukturwandel. Und zweitens solle man das Land doch bitte schön-, nicht schlechtreden. Diese Argumentationsmuster werden Jahrzehnte später so fortgeführt. Damals wie heute haben wir es aber mit einem Totschlagargument zu tun. Nicht nur aus demokratischer Sicht ist das bedenklich: Wenn jede Kritik am wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs einer Regierung als Schlechtreden des Landes qualifiziert und damit zum „sanften Landesverrat“ gestempelt wird, wird jegliche inhaltliche Debatte im Keim erstickt.

BÜROKRATIE IST UNSOZIAL

Was den ewigen Hinweis auf den Strukturwandel angeht, ist dieser ein Zeichen der Hilflosigkeit. Politik – allen voran Regierungspolitik – muss aber den Anspruch haben, einen Strukturwandel mitgestalten zu können. Wer diesen Anspruch aufgibt, sollte auch keine Regierungsverantwortung übernehmen.

Zudem verschweigt die Landesregierung, dass sie die Probleme des Strukturwandels mit ihrer wirtschafts- und industriefeindlichen Politik

geradezu befeuert. Beispielhaft hierfür stehen das Klimaschutzgesetz, der Klimaschutzplan, das Landeswassergesetz, das Landesnaturschutzgesetz oder der Landesentwicklungsplan. Diese Initiativen tragen wenig bis gar nichts zum Klima- und Naturschutz bei, bürden der nordrhein-westfälischen Wirtschaft durch eine Vielzahl von Verboten und zusätzlicher Bürokratie aber eine Last auf, die es so in anderen Bundesländern nicht gibt. Das kostet Wachstum. Das kostet Arbeitsplätze. Das ist zutiefst unsozial.

Wie sich das konkret zeigt, dafür gibt es eine ganze Reihe von Beispielen: Aufgrund dieser restriktiven Politik können viele Kommunen kein Bauland, kein Industrie- und Gewerbegebiet mehr ausweisen. Ohne zusätzliche Industrie- und Gewerbeansiedlungen können aber keine neuen Jobs entstehen. Für die Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist es zudem extrem wichtig, auf eine gute Infrastruktur zurückgreifen zu können. Da ist es geradezu verheerend, wenn Nordrhein-Westfalen immer wieder Bundesmittel zum Straßenausbau verlorengehen, weil die Straßenplanungen regierungsseitig nicht ausreichend vorangetrieben werden. Die Liste der Baufreigaben im Bundesfernstraßenbau 2016/17 umfasst 23 neue Projekte mit einem Volumen von 1,4 Milliarden Euro. Erstmals in der Geschichte ist Nordrhein-Westfalen mit keinem einzigen Projekt dabei. Grund: Die Planungsreserven sind aufgebraucht, und es wurden keine neuen Planfeststellungsbeschlüsse gefasst.

ARBEITSLOSENQUOTE ÜBERDURCHSCHNITTLICH HOCH

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich beim Ausbau der digitalen Autobahnen: Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat im September 2016 in der zweiten Runde des Bundesprogramms zur Förderung des Breitbandausbaus 116 Förderbescheide mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 904 Millionen Euro vergeben. Davon gingen gerade einmal drei Bescheide mit einem Volumen von 25 Millionen Euro an nordrhein-westfälische Kommunen und Landkreise. Ein weiteres Beispiel: Rund zwei Jahre vor der Schließung des Bochumer Opel-Werkes erklärte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister, dass niemand von den Beschäftigten bei Opel in die Arbeitslosigkeit gehen dürfe. Nur wenige Monate vor dem Auslaufen der Transfergesellschaft zeigt sich laut Medienberichten nun, dass über 1.000 ehemaligen Opelern die Arbeitslosigkeit droht.

Die Konsequenzen dieser Politik verdeutlichen inzwischen: Neben der Tatsache, dass die Kinderarmut gestiegen ist und die Wirtschaft nicht wächst, ist die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich hoch. Mit 7,8 Prozent lag sie im Juli 2016 um dreißig Prozent höher als im Bundesdurchschnitt, im Vergleich zum Durchschnitt der westdeutschen Länder

sogar um 42 Prozent. Auch der Anteil der Menschen an der nordrhein-westfälischen Gesamtbevölkerung, die von relativer Einkommensarmut betroffen sind, ist ungleich höher: Er liegt bei 16,2 Prozent, während es im Bundesdurchschnitt 15,4 Prozent sind. Das heißt: Rund 2,8 Millionen Menschen an Rhein, Ruhr und Lippe verfügen über weniger als sechzig Prozent des mittleren Einkommens in Nordrhein-Westfalen.

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Es sind also nicht gerade einfache Zeiten für diejenigen, die nach wie vor an Karl Arnolds Credo glauben, dass Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland sein muss. Ihnen sei an dieser Stelle aber zugleich gesagt: Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor stark. Es muss schlichtweg von den Fesseln befreit werden.

Konkret bedeutet das: Die bereits genannten wirtschafts- und investitionsfeindlichen Gesetze und Initiativen der letzten Jahre müssen korrigiert werden. Es muss möglich sein, neue Industrie- und Gewerbeflächen zu schaffen. Es muss mehr in die digitale und die Verkehrsinfrastruktur, in Forschung und Entwicklung sowie in Bildung und Weiterbildung investiert werden. Gerade dem Übergang von der Schule in das Berufsleben kommt eine zentrale Rolle zu. Wir müssen den Mittelstand von unnötigen gesetzlichen Hindernissen befreien, anstatt immer neue Vorgaben zu machen, die in der Praxis nichts anderes als unnötige Bürokratie bedeuten. Ökonomie und Ökologie müssen versöhnt statt gegeneinander ausgespielt werden.

Arbeit hat Wert und Würde. Arbeit ist sozial. Eine gute Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik ist daher immer noch die beste Sozialpolitik. Niemand weiß das besser als die Menschen im „Bundesland der Malocher“.

Tummelplatz für Kriminelle?

—
Die innere Sicherheit nach der Kölner Silvesternacht

PETER BIESENBACH

Geboren 1948 in Hückeswagen,
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU-Landtagsfraktion in Nord-
rhein-Westfalen, Vorsitzender des
Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Silvesternacht 2015“.

Fast ein Jahr ist seit der Silvesternacht 2015/16 vergangen, doch die „Nacht von Köln“ vergeht nicht. „Köln“ ist nach wie vor die Chiffre, die um die Welt ging und die es mit ihrer medialen und politischen Wucht bis ins australische Fernsehen und selbst in den Wahlkampf Donald Trumps schaffte. In dieser Silvesternacht

wurden in Köln im Bereich Dom und Hauptbahnhof mehr als 1.600 Sexual- und Eigentumsdelikte verübt. Opfer waren überwiegend Frauen, bei den Sexualdelikten ausschließlich. Sie berichteten, dass sie überfallartig immer

wieder von unterschiedlich großen Gruppen von – weit überwiegend nordafrikanischen – Männern umringt und massiv sexuell belästigt, beleidigt, in Einzelfällen vergewaltigt und zum Teil auch ausgeraubt worden seien. Sie erlebten die Taten und die Situation vor Ort meist als sehr bedrohlich und beängstigend. Die Hilflosigkeit beziehungsweise das Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber den vielen Tätern wurde als besonders unangenehm und angsteinflößend erlebt.

Vorbereitung und Durchführung des polizeilichen Einsatzes rund um die Ereignisse haben zu heftiger Kritik an der Polizei geführt. Von „rechtsfreiem Raum“ und der „Abwesenheit des Rechtsstaats“ war die Rede. Aus diesem Grund hat der Landtag den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Silvesternacht 2015“ mit dem Auftrag eingerichtet, die Geschehnisse im und vor dem Kölner Hauptbahnhof unter anderem auf mögliches Fehlverhalten beziehungsweise mögliche Versäumnisse nordrhein-westfälischer Sicherheitsbehörden einschließlich der Verantwortlichen auf Landesebene zu untersuchen.

Der Untersuchungsausschuss wird bis Mitte Dezember 2016 Zeugen vernehmen und dem Landtag seinen Abschlussbericht im April 2017 erstatten. Bis zu diesem Zeitpunkt haben sich die Mitglieder des Ausschusses einer öffentlichen Beweiswürdigung zu enthalten. Eine Zahl mag jedoch die Situation verdeutlichen: Gegen 22.45 Uhr standen den geschätzten 1.500 versammelten Männern ganze 38 Polizeibeamte des Landes gegenüber. Ein Sachverständiger nimmt an, dass die große Zahl der vor dem Kölner Hauptbahnhof versammelten Männer den Beteiligten schon am frühen Abend das sichere Gefühl gab, Teil einer großen und weitgehend anonymen Menschenmasse zu sein, die keiner oder keiner sehr großen sozialen Kontrolle unterliegt. Die Dunkelheit des Silvesterabends dürfte das Gefühl, nicht erkannt beziehungsweise später nicht identifiziert werden zu können, zusätzlich verstärkt haben.

MISERABLE AUFKLÄRUNGSQUOTEN

Die Vorfälle in der Kölner Silvesternacht haben ein Schlaglicht auf die Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen geworfen. Die Bevölkerung bekam den Eindruck, dass die Polizei in Köln nicht in der Lage war, die feiernden Menschen vor den Übergriffen und generell die Bevölkerung vor Kriminalität zu schützen. Die Fakten lassen den Eindruck zu: Nordrhein-Westfalen ist zu einem Eldorado für Kriminelle geworden!

Im Jahr 2015 wurden insgesamt 1,5 Millionen Straftaten registriert. Das waren 100.000 Straftaten mehr als in Bayern und Baden-Württemberg zusammen – obwohl in Bayern und Baden-Württemberg 5,7 Millionen Menschen mehr leben als in NRW.

Mit einer Aufklärungsquote von 49,6 Prozent belegt NRW bei der Aufklärung von Straftaten erneut den letzten Platz unter den bundesdeutschen Flächenländern. NRW ist damit nicht nur meilenweit vom Klassenprimus Bayern (72,5 Prozent) entfernt, sondern wird inzwischen auch von Mecklenburg-Vorpommern (61,4 Prozent) oder dem Saarland (57,2 Prozent) deutlich überflügelt. NRW ist zugleich das einzige deutsche Flächenland, in dem weniger als jede zweite Straftat aufgeklärt wird.

Auch im Ranking der Großstädte ab 200.000 Einwohnern schneidet NRW bei den Aufklärungsquoten deutlich schlechter ab als die Städte anderer Bundesländer: München 73,3 Prozent, Augsburg 72,8 Prozent, Chemnitz 64,6 Prozent, Stuttgart 64,3 Prozent, Erfurt 62,7 Prozent, Hannover 61,5 Prozent – und im landesweiten Vergleich Essen 51,7 Prozent, Dortmund 50,8 Prozent, Aachen 50,1 Prozent, Düsseldorf 43,2 Prozent, Münster 43,1 Prozent und Köln 43,0 Prozent. Die Aufklärungsquoten in Köln und Düsseldorf sind damit die schlechtesten unter den deutschen Metropolen überhaupt.

WOHNUNGSEINBRÜCHE UND NO-GO-AREAS

Mit 62.362 Wohnungseinbrüchen im Jahr 2015 ist der Höchststand in der Geschichte des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen erreicht. Um in etwa auf die NRW-Zahl zu kommen, muss man alle Wohnungseinbrüche aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammenrechnen (= 62.082). In diesen Bundesländern leben zusammen jedoch 47,6 Millionen Einwohner; in NRW gerade einmal 17,6 Millionen! Während in NRW auf 100.000 Einwohner 353,6 Wohnungseinbrüche verübt werden, sind es in Bayern gerade einmal 58,9 auf 100.000 Einwohner. Das Risiko, in NRW Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, ist damit sechsmal so hoch wie in Bayern. Statistisch betrachtet werden von 100 Wohnungseinbrechern in NRW weniger als zwei zu einer Haftstrafe verurteilt.

Ende Juli 2015 wurde in den Medien über eine vertrauliche – inzwischen veröffentlichte – Analyse des Polizeipräsidiums Duisburg über sogenannte No-go-Areas in NRW berichtet. Dass eine Polizeibehörde derart schonungslos ihre eigene Ohnmacht beschreibt, ist ein bundesweit einmaliger Vorgang.

Auszug aus der Vorlage 16/3139: „Es gibt Hinweise darauf, dass Anwohner und Geschäftsinhaber aus Angst vor Repressalien Straftaten durch Mitglieder dieser Gruppen nicht anzeigen, so dass das Vorhandensein eines beachtlichen Dunkelfeldes wahrscheinlich ist. [...] Polizeibeamten aller Direktionen und operativen städtischen Bediensteten schlägt im Rahmen ihrer Aufgabenbewältigung hier eine hohe Aggressivität und Respektlosigkeit entgegen. [...] Die Rechtspflicht des Staates zur Aufrechterhaltung der

öffentlichen Sicherheit ist in solchen Stadtbezirken langfristig nicht gesichert bzw. akut gefährdet. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ist bereits nachhaltig negativ beeinträchtigt.“

Als Justizminister Thomas Kutschaty im Sommer 2015 behauptete, es gebe in NRW keine No-go-Areas, erhielt er umgehend einen Brief aus Dortmund. Der SPD-Ortsverein Dortmund-Nord lud ihn zu einem Rundgang durch die Nordstadt ein, um ihm „ein besseres Urteil über die tatsächlich existierenden No-go-Areas zu ermöglichen“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. März 2016).

TERRORISTISCHE BEDROHUNG UND GEWALT

Das Personenpotenzial der salafistischen Szene in NRW hat sich seit 2010 mehr als verfünffacht (2011: 500 Salafisten; aktuell: mehr als 2.700 Salafisten). NRW ist damit die Salafistenhochburg Nummer 1 in Deutschland. 600 dieser Personen werden vom NRW-Verfassungsschutz als gewaltorientiert eingestuft, davon wiederum 150 als besonders risikobehaftet. Zudem zählt der NRW-Verfassungsschutz inzwischen etwa vierzig salafistische Zellen in Nordrhein-Westfalen. Allein die Zahl der minderjährigen Salafisten in Nordrhein-Westfalen hat sich in den vergangenen beiden Jahren verdoppelt. In derselben Zeit sind rund 200 Islamisten von NRW nach Syrien ausgereist, von denen etwa fünfzig wieder zurückgekehrt sind.

Im Jahr 2015 wurden in Nordrhein-Westfalen fast 14.000 Polizeivollzugsbeamte beleidigt, bedroht oder körperlich angegriffen. In 497 Fällen wurden sie schwer verletzt, in weiteren 527 Fällen trugen sie zumindest leichtere Verletzungen davon. Nach Berechnungen der Gewerkschaft der Polizei wird inzwischen alle 67 Minuten ein Polizeibeamter in NRW angegriffen. Das entspricht einem Anstieg von fast 48 Prozent binnen zehn Jahren. Ganz erheblich gestiegen ist ebenfalls die Anzahl der Übergriffe auf Feuerwehrleute (+ 67 Prozent) und Rettungskräfte (+ 30 Prozent).

VERNACHLÄSSIGTE POLIZEI

Oft verweisen die Verantwortlichen in der Landesregierung darauf, dass NRW ein dicht besiedeltes Land mit vielen großen Städten sei. Das schließt aber nicht aus, dort ähnlich gute Aufklärungsquoten erreichen zu können – wenn in NRW ähnlich viel für Personal bei der Polizei investiert worden wäre, wie das beispielsweise in Bayern geschieht. In Bayern gibt es pro 100.000 Einwohner rund 100 Polizeibeamte mehr als in NRW.

Statt die Sachbearbeitung für die Bekämpfung der Kriminalität wie die Qualifizierung der dort tätigen Kriminalisten zu verstärken, setzt die

Landesregierung auf „Prävention“ durch die Bürger. Sie sollen viele Tausend Euro in die Hand nehmen (Aktion „Riegel vor“), um Wohnungseinbrechern den Zugang zu ihrer Wohnung zu erschweren. Die Bürger sollen scheinbar ihre Wohnung zu einer Festung ausbauen.

Es ist schon Ironie, dass die Polizei in Dortmund Glöckchen an die Bevölkerung verteilt, die an Geldbörsen befestigt werden sollen, um so den zunehmenden Taschendiebstählen entgegenzuwirken. Die Tatsache, dass Taschendiebe ihre fragwürdige Profession mit an Geldbörsen befestigten Glöckchen erlernen, verstärkt den Eindruck der Hilflosigkeit.

RIESIGES DUNKELFELD

Ergebnisse aus dem deutschen Viktimisierungssurvey 2012, den infas für das Bundeskriminalamt und das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg durchgeführt hat, an dem mehr als 35.000 Personen zu ihren Erfahrungen als Opfer von Kriminalität, zu ihrem Sicherheitsempfinden und ihren kriminalitätsbezogenen Einstellungen telefonisch von infas befragt wurden und an dem sich NRW bezeichnenderweise nicht beteiligt hat, offenbaren ein sehr großes Dunkelfeld, weil die Menschen offensichtlich das Vertrauen in die Aufklärung von Straftaten verloren haben. Die Quote von Strafanzeigen ist dort besonders hoch, wo eine Anzeigenerstattung Voraussetzung für die Schadensersatzleistung von Versicherungen ist. Sie sinkt dort deutlich, wo kein Versicherungsschutz besteht. Die Anzeigenquote ist am niedrigsten bei Fällen des Waren- oder Dienstleistungsbetrugs, zum Beispiel über eBay oder andere kriminelle Anbieter im Online-Handel. Hier liegt sie nur bei 8,6 Prozent. Damit werden über neunzig Prozent dieser Straftaten nicht angezeigt und damit der Polizei nicht bekannt. Als Grund dafür muss die Ahnung vieler Opfer vermutet werden, dass die Polizei überlastet ist und nur in Ausnahmefällen zur Tatklärung beitragen kann. Ich glaube, dass in NRW schon seit Jahrzehnten aufgrund einer fehlgeleiteten Sicherheitspolitik ein Teufelskreis in Gang gekommen ist, der jetzt nach und nach – auch durch die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln – an das Licht der Öffentlichkeit gebracht wird und hoffentlich zu einem Umdenken in der Sicherheitspolitik führen wird.

Straftäter sind heute deutlich intelligenter, deutlich professioneller als früher und nutzen die modernen Informations- und Kommunikationsmittel virtuos. Deshalb gilt die dringende Forderung, in die Kriminalpolizei zu investieren, sie zu verjüngen und die Beamten speziell entsprechend dem aktuellen Anforderungsprofil auszuwählen und auszubilden. Dazu gehört vor allem auch die Einstellung von Absolventen anderer abgeschlossener Berufsausbildungen, wie zum Beispiel Bankkaufleute, Betriebswirte, Bilanzbuchhalter, IT-Fachleute, IT-Forensiker oder IT-Techniker.

KEINE BILLIG-KRIPO

Der Anteil der Kriminalbeamten an der Gesamtzahl der Polizeibeamten in NRW muss erhöht werden. Er liegt seit Jahrzehnten bei 22,8 Prozent, trotz deutlich gestiegener Straftaten. Dringender denn je ist auch wieder die fachspezifische Ausbildung für die Kriminalpolizei. Während früher die Zuschreibung einzelner Strafanzeigen auf einzelne Sachbearbeiter den Arbeitsalltag in den Kriminalkommissariaten beherrschte, müssen in Zeiten einer gewandelten Kriminalitätsslage immer mehr Ermittlungen in Ermittlungskommissionen angesiedelt werden, die gezielt entweder gegen bestimmte Tätergruppierungen oder hochkriminelle Einzeltäter vorgehen oder für die Bekämpfung bestimmter Delikte befristet eingesetzt werden.

Exponierte Praktiker halten sogar „Europa-Kriminalisten“ für geboten, die in grenzüberschreitenden Ermittlungskommissionen arbeiten können, mehrere Sprachen sprechen und sich auch in Rechtssystemen der an den Ermittlungen beteiligten Länder auskennen. Eine bei der Bekämpfung der durch die offenen Grenzen heutigen Kriminalitätsformen und -entwicklungen erfolgreiche Kriminalpolizei kann keine Billig-Kripo sein. Das vom Landesregierungslager nach wie vor favorisierte Modell eines universellen Allroundpolizisten kann diesen Herausforderungen nicht gewachsen sein.

SCHUTZPOLIZEI EINBEZIEHEN

Die Antworten der Landesregierung auf zwei Große Anfragen der CDU-Landtagsfraktion offenbarten erhebliche Defizite in der Führung der Polizeibehörden. Sie erbringen den Nachweis, dass die Organisationseinheiten der Schutzpolizei durch das Innenministerium weder in den Direktionen Gefahrenabwehr/Einsatz noch in der Direktion Verkehr auf die Kriminalitätsbekämpfung ausgerichtet sind. Eine erfolgreiche und wirksame Bekämpfung der Kriminalität in Nordrhein-Westfalen erfordert jedoch, auch die Beamten der Schutzpolizei verstärkt für die Kriminalitätsbekämpfung auszubilden und zu motivieren.

Nordrhein-Westfalen benötigt eine Expertenkipo und eine Expertenschutzpolizei, die beide nur mit fachspezifischer Ausbildung zu schaffen sind. Diese Umkehr muss möglichst bald beginnen. Schutzpolizei und Kriminalpolizei sind natürliche Partner und keine Konkurrenten bei der Kriminalitätsbekämpfung. Die Arbeit der Kriminalpolizei baut in vielen Fällen auf der Arbeit der Schutzpolizei auf. Diese Synergien gilt es zu nutzen.

Neue Leitkultur

Serap Güler über die Integration in NRW, die Großdemonstrationen in Köln sowie ihre Forderungen an den islamischen Verband DITIB

SERAP GÜLER

Geboren 1980 in Marl, integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands.

Frau Güler, das Rheinland hatte schon immer einen hohen Fremdenanteil; das Ruhrgebiet gilt als eine Art „Schmelztiegel“ der Nationen und Kulturen. Mancher leitet daraus den Anspruch ab, Nordrhein-Westfalen sei quasi natürlicherweise ein „Land der Integration“. Wie viel Wahrheit, wie viel Mythos steckt darin?

Serap Güler: Darin steckt erst einmal eine Menge Wahrheit. In Nordrhein-

Westfalen leben rund achtzehn Millionen Menschen, davon 4,5 Millionen mit Zuwanderungsgeschichte. Das sind mehr als in jedem anderen Bundesland. Es ist tatsächlich ein Einwanderungsland, in dem die Vielfalt der Republik in besonderer Weise in Erscheinung tritt.

Wenn ich es an meinem persönlichen Beispiel deutlich machen darf: Ich bin im Ruhrgebiet in einer Bergarbeitersiedlung groß geworden. Unsere Nachbarn waren Polen, Griechen, Italiener und Deutsche. Der Begriff „Schmelztiegel“ ist deshalb nicht falsch. Aber daraus abzuleiten, dass es für die Integration automatisch förderlich sei, wenn Menschen verschiedener Nationen nebeneinander leben, ist ein Mythos.



© Serap Güler, Foto: @laurencechaperon

In meiner neuen Heimatstadt Köln leben Menschen aus 180 Nationen, und das Zusammenleben funktioniert erstaunlich gut und bereichert die Stadt, aber man muss auch feststellen, dass einige, besonders große Einwanderergruppen – wie beispielsweise die italienische, türkische oder auch die russische – sich Rückzugsgebiete geschaffen haben, in denen die eigene Community relativ abgeschottet lebt. Dort kann ein neu in Köln angekommener Zuwanderer zurechtkommen, ohne ein Wort Deutsch sprechen zu müssen. Das ist für viele bequem, daraus folgen aber eine Menge Integrationshindernisse.

Wenn Sie sich dagegen beispielsweise die Integrationsstrukturen in Bayern anschauen, dann muss man einräumen, dass

es dort oft zu einer besseren Integration kommt oder dass sie dort oder auch im ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen schneller und besser gelingt, weil die Rückzugsmöglichkeiten diverser Communities nicht gegeben sind.

Viele einstige Gastarbeiter und ihre Nachkommen sind inzwischen in Nordrhein-Westfalen heimisch geworden. Welchen Beitrag hat das Land dazu geleistet?

Serap Güler: Wenn Sie an das Engagement der Gewerkschaften, der Kirchen oder der Wohlfahrtsverbände denken, dann war es ein enormer Beitrag. Ich möchte nicht wissen, wo wir ohne dieses

Engagement integrationspolitisch heute stehen würden. Dagegen war der Beitrag der Politik sehr gering.

Erst im Jahr 2005 bekam das Thema Integration politisch und institutionell den Stellenwert, der ihm gebührt. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers schuf damals ein eigenständiges Ressort, und Armin Laschet wurde der erste Integrationsminister der Republik. Erst dadurch hatte die Integrationspolitik in Nordrhein-Westfalen an Substanz gewonnen.

Leider ist es nicht dabei geblieben. Wenn Sie sich heute die Einbürgerungszahlen etwa in Baden-Württemberg oder Hamburg anschauen, dann steigen sie dort. Aber in unserem Land, in dem die meisten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu Hause sind, gehen die Zahlen kontinuierlich zurück. Der Bürgermeister in Hamburg schreibt jeden, der einbürgerungsberechtigt ist, persönlich an, um auf diese Möglichkeit aufmerksam zu machen. Das zeugt von einem großen Interesse, das bei uns nicht gegeben ist. Wir haben im Landtag nachgefragt, was eigentlich aus der Einbürgerungsoffensive des Landes geworden ist. Die Antwort war: In den letzten drei Jahren sind ganze 30.000 Euro dafür investiert worden. Über rückläufige Einbürgerungszahlen darf man sich also bei so wenig politischem Interesse an Partizipation nicht wundern.

Nordrhein-Westfalen machte zuletzt mit den Silvesterereignissen am Kölner Hauptbahnhof, aber auch mit sogenannten „No-go-Areas“ – Duisburg-Marxloh etwa – negative Schlagzeilen. Ist das „Integrationsland Nordrhein-Westfalen“ in Wirklichkeit ein Beispiel für misslingende Integration?

Serap Güler: So pauschal kann man das nicht sagen. Es gibt in Nordrhein-Westfalen auch sehr positive Beispiele für ein gelingendes Zusammenleben. Die Negativbeispiele, die Sie genannt haben, sind aber in der Tat Resultate einer falschen Politik – und wenn Sie an die Silvesternacht denken, dann war das nicht das Ergebnis einer falschen Asylpolitik, sondern es war vor allem die Konsequenz einer falschen Sicherheitspolitik. Was in Köln passiert ist, hätte in München so nicht geschehen können. Wir wissen inzwischen, dass viele unter den Tätern schon vorher beispielsweise als Taschendiebe ihr Unwesen in der sogenannten „Antanz-Szene“ getrieben haben. Mit verschiedenen parlamentarischen Initiativen haben wir im Landtag bereits vor der Silvesternacht versucht, auf diese Missstände aufmerksam zu machen. Über unsere Innenpolitiker, die das Thema aufgegriffen haben, hat sich die Regierungsseite im Parlament teils lustig gemacht.

Duisburg-Marxloh ist der typische Fall eines „Ghettos“, das sich vor den Augen der Politik gebildet hat. Auch hier gab es aus der Stadtgesellschaft längst Hinweise, dass sich dort kriminelle Keimzellen bilden. Aber das wollte niemand wahrnehmen, und es wurde viel zu lange ignoriert.

Kürzlich haben in Köln nacheinander zwei Großdemonstrationen stattgefunden: eine Pro-Erdoğan-Demonstration und eine, bei der die verbotene PKK offensichtlich eine Rolle spielte. Wie kommt es, dass ausgerechnet Erdoğan so viel Rückhalt in der hiesigen türkischstämmigen Bevölkerung hat? Und wie kann es sein, dass Kurden in Köln mit Bildern des PKK-Gründers

Öcalan demonstrieren? Das lässt doch Zweifel an der demokratischen Verankerung in Deutschland aufkommen.

Serap Güler: Man muss differenzieren: Erdoğan ist – das mag uns gefallen oder nicht – ein demokratisch gewählter Staatspräsident, und zwar der erste, der vom türkischen Volk gewählt worden ist. Daher ist er für die Bundesregierung auch deren Ansprechpartner. Das lässt sich nicht mit Öcalan gleichsetzen; er ist der Kopf einer Terrororganisation.

Erdoğan spricht die hiesigen Türken direkt an und bezeichnet sie – wie etwa damals in der Lanxess-Arena in Köln – als „meine Brüder und Schwestern“. Das imponiert vielen, weil vorher niemand aus der türkischen oder deutschen Politik diesen Menschen das Gefühl gegeben hat, ernst genommen zu werden.

Hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der PKK muss man erneut differenzieren: So tue ich mich schwer damit, von einer „Kurdendemonstration“ in Köln zu sprechen, weil es nämlich sehr viele kurdische Mitbürger gibt, die sich von der PKK distanzieren. Ich spreche lieber von einer PKK-nahen Demonstration von wenigen, die der PKK nahestehen.

Wenn wir diese Differenzierungen getroffen haben, bleibt dennoch die Erkenntnis, dass innertürkische Themen oder Konflikte diese Menschen anscheinend mehr berühren als das, was in unserem Land geschieht. Einerseits richtet sich meine Aufforderung an sie, indem ich sage: Ihr müsst euch für die Politik des Landes, in dem ihr lebt, interessieren und euch für sie einsetzen! Andererseits müssen sich die politisch Verantwortlichen in NRW und Deutschland die Frage gefallen lassen, warum es in den letzten Jahrzehn-

ten nicht gelungen ist, diese Menschen für die Politik in Deutschland zu gewinnen.

Wahrscheinlich haben wir zu lange nur über diese Menschen und nicht mit ihnen geredet. Das hat sich seit einigen Jahren geändert. Es dauert aber, bis das bei den Menschen auch ankommt.

Die Demonstrationsfreiheit hat in Deutschland großes Gewicht. Sie ist ein verbrieftes Grundrecht. Inwieweit dürfen aber interne Konflikte anderer Weltregionen auf deutschen Straßen ausgetragen werden?

Serap Güler: „Dürfen“ ist hier vielleicht nicht der richtige Ansatz. Es gibt viele Demonstrationen, die unmittelbar nichts mit Deutschland zu tun haben. Wenn etwa für die Einhaltung der Menschenrechte in anderen Weltregionen demonstriert wird, dann liegt der Fokus zwar außerhalb Deutschlands, und trotzdem würde kaum jemand auf die Idee kommen, eine solche Demonstration zu kritisieren oder gar zu verbieten.

Wenn ich den türkeistämmigen Menschen in Deutschland dennoch sage, dass innertürkische oder innertürkisch-kurdische Konflikte bei uns nichts verloren haben, dann mit dem ganz einfachen Argument, dass sie in Deutschland ganz andere, nicht unbedeutende Probleme haben – beispielsweise im Bildungsbereich oder auf dem Arbeitsmarkt. Mein Wunsch wäre, dass diese Menschen stattdessen auf die Straßen gehen, um mehr Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik und weniger Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt einzufordern.

Als eine Politikerin, die aus ihren Reihen stammt, fordere ich dazu auf, sich für die Interessen und Belange dieses Landes

und für die eigenen einzusetzen und nicht dadurch in die Öffentlichkeit zu treten, dass man einen in diesem Sinne wirklich „fremden“ Staatspräsidenten oder sogar den Anführer einer Terrororganisation unterstützt. Jedem, der der Ansicht ist, es sei sein demokratisches Grundrecht, für was auch immer auf die Straße zu gehen, wird man grundsätzlich nicht widersprechen, aber für das Zusammenleben in Deutschland sind gewisse Spielregeln erforderlich, und dazu gehört auch, eine gute Portion positives „Image“ aufzubauen, um Dinge, die sie hier betreffen, auch einfordern zu können.

Ich kann nachvollziehen, dass es in der Mehrheitsgesellschaft verdammt schlecht ankommt, wenn in Deutschland für Erdoğan oder Öcalan demonstriert wird. Und jeder, der es dennoch tut, sollte sich bewusst sein, dass er damit den wirklichen Interessen seiner Community Schaden zufügt.

Sie haben eine „neue Leitkultur“ als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben gefordert. Können Sie die Konturen einer solchen Leitkultur skizzieren?

Serap Güler: Die Kontur und Basis einer neuen Leitkultur muss das Grundgesetz sein. Nur reicht es allein nicht aus. Wenn mir Schulleiter erzählen, dass es Schülerinnen oder Schüler gibt, die sich auf der Klassenfahrt in die Toskana weigern, eine Kirche zu betreten, weil das ihren Überzeugungen widerspreche, dann ist ein Punkt erreicht, wo ich sage, das kann nicht sein. Oder wenn mich in Deutschland ein Flüchtling fragt, warum Antisemitismus nicht von der Meinungsfreiheit abgedeckt

ist, dann merkt man, dass das Grundgesetz als Bezugspunkt allein nicht ausreicht. Wir brauchen also eine neue Definition davon, „wie wir als Gesellschaft friedlich zusammenleben“. Dabei gilt es, einen Weg zu finden, der auf der einen Seite nicht die Aufgabe der eigenen Kultur, Religion und Herkunftsidentität bedeutet, der aber andererseits auch gewährleistet, dass man sich der neuen Kultur gegenüber nicht verschließt, sondern sich öffnet und Anteil nimmt.

Damit man mich nicht falsch versteht: Ich möchte nicht, dass diese Leitkultur ausschließlich von der Politik definiert wird. Sondern das muss gemeinsam mit vielen unterschiedlichen Vertretern aus den Communities geschehen, sodass man gemeinsam festlegt, wie man sich ein Zusammenleben in Deutschland vorstellt.

Eine „neue Leitkultur“ ist ein großer Anspruch. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat Ihre Fraktion einen „Integrationsplan für Nordrhein-Westfalen“ abgelehnt, und zwar mit dem Argument, dass es die CDU noch besser könne. Können Sie einige Punkte nennen, die Sie in Nordrhein-Westfalen konkret anders machen würden?

Serap Güler: Wenn Sie sich anschauen, was in diesem „Integrationsplan für Nordrhein-Westfalen“ steht, dann sind es vor allem viele Forderungen an den Bund und an die Kommunen. Wenn es aber ein Integrationsplan des Landes sein soll, dann müsste sich das Land doch eigentlich auf seine Kernkompetenzen konzentrieren. Aber auch aus einem anderen Aspekt heraus war es kein wirklicher Integrationsplan, höchstens ein Flüchtlingsplan, weil

diejenigen ausgeklammert wurden, die eine Zuwanderungsgeschichte haben, aber schon länger im Land leben.

Was die Flüchtlinge betrifft, so sind dort Dinge angesprochen, die jetzt nicht gerade von entscheidender Relevanz sind, wie zum Beispiel die Frage, ob Flüchtlinge über Verbraucherschutzberatungen an die besten Handyverträge herankommen sollen. Dagegen blieb unsere zentrale Forderung unberücksichtigt, dass die Schulpflicht in Nordrhein-Westfalen für Flüchtlinge nicht mit achtzehn enden sollte. Denn wenn jemand erst mit sechzehn oder siebzehn nach Deutschland kommt, dann ist seine Schulkarriere ganz schnell zu Ende und seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt stehen somit zwangsläufig schlecht.

Mit Sicht auf das Flüchtlingsthema: Wie steht Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Ländern da?

Serap Güler: Nordrhein-Westfalen steht im Vergleich zu anderen Ländern gar nicht so schlecht da, was aber nicht auf die Unterstützung des Landes zurückzuführen ist, sondern vielmehr an den Stärken der Kommunen liegt. Bei uns schultern vor allem die Kommunen die Integration der Flüchtlinge. Bei der Unterbringung und bei der finanziellen Ausstattung hat das Land die Kommunen mit den Problemen alleingelassen. Das ist in Bayern beispielsweise ganz anders. Die CSU poltert beim Thema Flüchtlinge gern laut, aber wenn man sich das Integrationskonzept der Bayerischen Landesregierung für Flüchtlinge anschaut, dann hat das sehr viel mehr Substanz, und die Kommunen werden weit besser unterstützt.

In Berlin hat die Islamkonferenz ihr zehnjähriges Bestehen begangen. Ist dies ein Grund zur Freude und Dankbarkeit, oder ist mit Sicht auf die beteiligten Verbände auch Zurückhaltung, wenn nicht sogar Änderungsbedarf geboten?

Serap Güler: Beides ist richtig. Die Islamkonferenz hat viel erreicht; das sollte niemand kleinreden. Was beispielsweise das Angebot von islamischem Religionsunterricht oder die Einrichtung islamischer Fakultäten anbetrifft, war der Beitrag der Islamkonferenz erheblich. Das ist ein Gewinn für unser Land und für die Muslime. Wir haben gesagt, dass muslimische Kinder einen Religionsunterricht an den deutschen Schulen unter deutscher Schulaufsicht erhalten sollen, weil wir nicht wissen, was beispielsweise in sogenannten Hinterhofmoscheen über den Islam gelehrt und gepredigt wird. Das ist für alle Beteiligten eine Win-win-Situation. Ähnlich ist das mit den islamischen Fakultäten.

Auf der anderen Seite muss man feststellen, dass sich einige Teilnehmer, darunter mit DITIB der größte Verband, in die falsche Richtung entwickeln – besonders, wenn man die Abhängigkeit vom Ausland betrachtet. Wenn wir sagen, „der Islam gehört zu Deutschland“ – ich stehe hinter diesem Satz –, dann dürfen die islamischen Verbände sich darüber nicht nur freuen und applaudieren, sondern sie müssen auch beweisen, dass das auch tatsächlich zutrifft. Das wird aber nicht der Fall sein, wenn sie sich nicht von ihren Heimatländern lösen. Denn dann gehört der Islam eben nicht zu Deutschland, sondern ist nur ein Importprodukt. Deswegen noch einmal: Jeder, der diesen Satz

gutgeheißen hat und hinter diesem Satz steht, muss sich anstrengen! Und dabei stehen die islamischen Verbände ganz besonders in der Pflicht – dazu gehört, dass sich der Islam in Deutschland von den einstigen Herkunftsstaaten emanzipiert. Leider ist das bisher nicht geschehen.

Bei der Feierstunde in Berlin sprach der Generalsekretär des von der türkischen Regierung getragenen Verbandes DITIB. In Nordrhein-Westfalen stellt die CDU infrage, dass der Verband noch ein Partner sein kann, etwa für den Islamunterricht. Wie passt das zusammen?

Serap Güler: Thomas de Maizière hat seine Kritik offen ausgesprochen und klare und deutliche Forderungen an die Islamverbände gerichtet. In Nordrhein-Westfalen müssen wir schauen, ob wir mit einem Verein weiter zusammenarbeiten können, der an die türkische Religionsbehörde Diyanet angeschlossen ist, welche beispielsweise den Märtyrertod verherrlicht. Das ist mit unseren Grundsätzen

nicht vereinbar, weshalb das Innenministerium die Zusammenarbeit zuletzt eingestellt hat – anders als das Schulministerium.

Die CDU-Fraktion im Landtag fordert deshalb einen deutlicheren Kurs, weil die Landesregierung ihre Möglichkeiten gegenüber DITIB längst nicht ausgeschöpft hat. Es ist ja nicht nur so, dass wir die DITIB als größten islamischen Verband brauchen, auch die DITIB braucht uns. Daher muss eine weitaus deutlichere Sprache mit dem Ziel der Abkopplung von der türkischen Diyanet erfolgen. Wenn es aber so ist, wie ich es momentan beobachte, dass die DITIB daran offenbar kein Interesse hat, dann muss man grundsätzlich die Frage stellen, ob das in NRW existierende Beiratsmodell, das bis 2019 bestehen soll, nicht schon heute gescheitert ist und wir neue Optionen für die Gewährleistung eines islamischen Religionsunterrichts prüfen müssen – ohne die DITIB.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 28. September 2016.

... und die Medien

Über den Rückzug ins Regionale

Der Moment, der das politische Selbstverständnis Nordrhein-Westfalens erschütterte, kam in nicht einmal 100 Zeichen daher. Am 29. November 2013 ging auf den Mobiltelefonen mehrerer Düsseldorfer Korrespondenten eine Kurznachricht ein; abgesendet von Teilnehmern einer Sondersitzung der SPD-Landtagsfraktion zum fertig ausgehandelten Koalitionsvertrag über die Bildung der neuen Bundesregierung mit der Union. Der erstaunliche Inhalt der SMS: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft habe sich vor den versammelten Abgeordneten festgelegt, „nie, nie als Kanzlerkandidatin antreten“ zu wollen.

Die journalistische Deutungsmaschine erreichte schnell eine erhöhte Betriebs-

temperatur und brachte zwei Interpretationen hervor. Erstens: Kraft habe dem wichtigsten SPD-Landesverband vor dem anstehenden Mitgliederentscheid über die Große Koalition ultimativ klargemacht, dass es die von manchen Genossen erträumte „Alternative Neuwahlen“ mit ihr als Hoffnungsträgerin und Gegenspielerin von Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht geben werde. Zweitens: Ein Jahr nach dem triumphalen Wahlerfolg über CDU-Herausforderer Norbert Röttgen, dem ein Wahlkampf mit Rückfahrticket nach Berlin verübelt worden war, schien es für die Ministerpräsidentin wieder einmal an der Zeit, ihren Markenkern der Heimatverbundenheit und Bescheidenheit herauszustellen.

BEDEUTUNGSVERLUST NORDRHEIN-WESTFALENS BEIM BUND

Was die wenigsten Berichtersteller damals in der vollen Dimension erfassten: Dieser 29. November 2013 veränderte nachhaltig den Blick auf die nordrhein-westfälische Landespolitik – und den journalistischen Umgang mit ihr.

Die Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann (Universität Düsseldorf) und Karl-Rudolf Korte (Universität Duisburg-Essen) skizzierten jüngst einen fortschreitenden „Bedeutungsverlust“ des bevölkerungsreichsten Bundeslandes im politischen Gesamtgefüge der Bundesrepublik. „NRW bringt sein Potenzial nicht ein“, analysierte von Alemann und zog eine direkte Verbindungslinie der persönlichen bundespolitischen Ambitionen der Ministerpräsidenten. Johannes Rau war Kanzlerkandidat der SPD und legte Wert auf die Wahrnehmung, er begegne Bundeskanzler Helmut Kohl auf Augenhöhe. Wolfgang Clement und Peer Steinbrück zog es später selbst ins Bundeskabinett. Jürgen Rüttgers wechselte von dort in die Landespolitik und ließ keinen Zweifel, dass er von Düsseldorf aus die Bundespolitik mitgestaltete. Kraft habe dagegen keinen Bundesbezug und verzichte „auf einen größeren Wirkungsanspruch“, so von Alemann.

Dieses Rollenverständnis zwingt auch die landespolitischen Berichtersteller zu einer neuen Standortbestimmung. Wie sollen Journalisten damit umgehen, wenn die Regierungschefin laufend mitteilt, ihr behage die Art nicht, „wie in Berlin Politik gemacht wird“? Wenn immerzu ein Gegensatz ausgeleuchtet wird zwischen der

angeblich bürgernahen, problemorientierten Landespolitik und einer anonymen und entrückten Bundespolitik, mit der man am liebsten nur zu tun haben will, wenn der Bundesfinanzminister mal wieder Geld überweisen soll? Wenn verkleistert wird, dass gerade Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat und die starken Landesgruppen in den Bundestagsfraktionen immer auch Teil der Berliner Machtmaschine ist?

KÜNSTLICHE DISTANZ ZU BERLIN

Man könnte es sich leicht machen und die Selbstbeschränkung der Landespolitik klaglos in der Berichterstattung spiegeln. Schule, Hochschule, Kindergarten, Polizei – an publikumsnahen Themen herrscht auch im engeren Wirkungskreis der Landespolitik kein Mangel. Viele Sender und Verlage in Nordrhein-Westfalen schenken der Arbeit ihrer Düsseldorfer Korrespondenten sogar eine immer größere Beachtung. Die landespolitische Berichterstattung ist zu einem journalistisch recht exklusiven Bindeglied geworden zwischen bundespolitischen Themen, die täglich Internetportale und Soziale Medien fluten, und Lokalnachrichten, die sich naturgemäß an einen engen Interessentenkreis richten. Die großen Medienhäuser in NRW vernetzen ihre Landesbüros zwar zunehmend in kostengünstigeren Kooperationen, die Mitgliederzahl der Landespressekonferenz liegt jedoch seit Jahren stabil bei über 120 Journalisten.

Die Korrespondenten in NRW sind einen anderen Weg gegangen. Sie forderten Ministerpräsidentin Kraft im Frühjahr

2015 auf, sich mindestens einmal im Monat in einer Pressekonferenz zu allen aktuellen und interessierenden Fragen zu äußern. Nach einem öffentlich ausgetragenen Konflikt mit der Staatskanzlei erreichte die Landespressekonferenz immerhin, dass sich die Ministerpräsidentin seit 2016 fünfmal pro Jahr zu allen Themen äußern muss. Das ist nicht nur für die journalistische Arbeit wichtig, sondern durchaus demokratierelevant.

Schon länger verfestigt sich der Eindruck, die Öffentlichkeitsarbeit vieler Landesregierungen erschöpfe sich in provinziell anmutender Terminroutine mit schönen Bildern und harmlosen Bürgerbegegnungen. Die Verbindungslinien zu brennenden Fragen der Bundespolitik werden dabei bewusst verwischt. Es gehört zum strategischen Kalkül vieler Landesmütter und -väter, sich als bürgernahe Kümmerer zu inszenieren und eine künstliche Distanz zu „denen da oben“ in Berlin aufzubauen. Es verspricht Popularität, Berliner Rituale und „Scheindebatten“ zu kritisieren, wie es Ministerpräsidentin Kraft gern tut. Dass es eigentlich das gefährliche Mittel der Populisten ist, sich über Routinen „der“ Politik zu erheben, wird gern übersehen.

ABGEHOBEN, MACHTHUNGRIG, MEDIENGEIL

Viele Landespolitiker stempeln Berlin zum neuen Brüssel. Abgehoben, machthungrig, mediengeil. Der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, hat schon vor zehn Jahren die nationalen Regierungen gewarnt: Wer immerzu die Institutionen der Europäischen Union als Hort einer

bürgerfeindlichen Bürokratie diffamiere, dürfe sich über schwindendes Vertrauen in das Projekt Europa nicht wundern. Ähnliches zeichnet sich im Zusammenspiel von Bund und Ländern auf kleinerer Bühne ab: Bundespolitische Beachtung suchen viele Länderchefs nur noch in den Minuten nach der ersten Wahlabendprognose, die übrigen Jahre der Legislaturperiode geht man bewusst auf Abstand zur Hauptstadt. In Düsseldorf wird dieser Rückzug ins Regionale mit der größten Konsequenz vollzogen – und gerade hier wirkt das wegen Größe und Möglichkeiten des Bundeslandes besonders befremdlich. Diesen Widerspruch immer wieder deutlich zu machen, gehört zu den neuen Herausforderungen der landespolitischen Berichterstattung.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat vor geraumer Zeit mit großem Aufwand eine „Väter-Kampagne“ gestartet, die den Familiensinn von Männern steigern soll. „Vater ist, was Du draus machst!“ prangt in übergroßen Lettern in den Hochhausfenstern des Familienministeriums direkt am Rhein. Als Journalist wünschte man sich in der nahe gelegenen gläsernen Staatskanzlei die Erinnerung: „Ministerpräsident ist, was Du draus machst!“

Tobias Blasius

Geboren 1974 in Essen, Landeskorrespondent der Funke-Mediengruppe NRW, Vorsitzender der Landespressekonferenz Nordrhein-Westfalen e. V.



22.03.2016

Köln

Dom in 45 m Höhe

Barbara Schock-Werner und Werner Füssenich,
ehemalige Dombaumeisterin und ihr Nachfolger



28.02.2016
Düsseldorf
Karneval auf der Königsallee

Zahlensalat statt Urteilkraft



Bildung in Nordrhein-Westfalen

MATTHIAS BURCHARDT

Geboren 1966 in Unna,
Akademischer Rat am Institut für
Bildungsphilosophie, Anthropologie
und Pädagogik der Lebensspanne
an der Universität zu Köln.

Sollte Peter Sloterdijk mit dem Gedanken
recht haben, dass Macht in dem Vermögen
besteht, Tatsachen in die Flucht zu schlagen,
dann wären Statistiken ein Machtinstrument
par excellence! Den Zahlen nach steht das
Bundesland Nordrhein-Westfalen phantastisch

da: Von 2006 bis 2012 konnte die Zahl der bestandenen Abiture von 56.681
auf 83.092, die Zahl der Schüler mit der Note 1,0 von 421 auf 1.160 und der
Notendurchschnitt von 2,66 auf 2,51 verbessert werden.¹ Im Jahr 2016 waren
es circa 91.000 Abiturienten, und der Notendurchschnitt sank laut Auskunft
des Ministeriums sogar auf 2,45. Die Note 1,0 haben 1,78 Prozent der Absol-
venten von Gymnasien und Gesamtschulen erhalten.²

Kann es einen eindrucksvolleren Beweis erfolgreicher Bildungspolitik geben? Die eher verschämte und wenig exakte Kommunikation dieser Ergebnisse im laufenden Jahr könnte allerdings ein Hinweis darauf sein, dass man dem eigenen Zahlenwerk nicht mehr recht zutraut, das Realitätsprinzip außer Kraft zu setzen. Sind die inflationär verteilten Zertifikate und guten Noten tatsächlich durch Wissen und Können gedeckt? Oder vertuscht man politisches Versagen hinter einer glänzenden Fassade? Dass das bestandene Abitur in NRW zwar eine Studien*berechtigung*, aber keine Studien*befähigung* mehr bedeutet, beklagen Hochschullehrer seit geraumer Zeit. Inzwischen belegt auch eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, in der Ausbildungsreife und Studierfähigkeit untersucht wurden, dass viele junge Menschen zwar gute Abschlüsse, aber erhebliche Bildungsdefizite haben.³

An dem Beispiel zeigt sich ein grundsätzlicheres Problem der Bildungspolitik – nämlich die Entmündigung der politischen Urteilskraft durch Steuerung über Quoten und Kennziffern. Die Qualität von Bildung kann man nicht quantitativ messen, das Bildungswesen kann nicht sozialtechnologisch Output-orientiert gesteuert werden.

MACHTINSTRUMENT PISA-STUDIE

Diese Tendenz ist nicht auf Nordrhein-Westfalen beschränkt, sondern verweist auf den Zugriff durch Akteure, die ohne politisches Mandat Einfluss auf die Bildungspolitik nehmen. Der Sonderforschungsbereich 597 der Universität Bremen forscht mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zum Einfluss nicht-staatlicher Machtgruppen auf die Bildungspolitik und identifiziert internationale Organisationen – zum Beispiel die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – und private Stiftungen als Urheber politischer Veränderungen: „Obwohl in Deutschland zahlreiche institutionelle Vetopunkte existieren und die traditionellen Prinzipien des deutschen Bildungsverständnisses den von der internationalen Ebene beförderten Idealen diametral gegenüber standen, gelang es beiden internationalen Organisationen bzw. Initiativen [OECD und EU], diese blockierenden Effekte zu umgehen bzw. zu neutralisieren.“⁴

Demokratisch legitimierte Mandatsträger mit Gestaltungsauftrag sowie kulturelle Werte und Normen erscheinen als zu neutralisierende Hindernisse beim Umbau des Bildungswesens. Das föderale Prinzip, nach dem Bildung Ländersache ist, wird demnach ebenso übergangen wie die Ansprüche der christlichen, humanistischen und aufklärerischen Tradition. Insbesondere die PISA-Studie war weniger ein Erkenntnis- als ein Machtinstrument. Sie war zwar von ihrer Anlage her nicht dazu in der Lage, die Leistungsfähigkeit der deutschen Schulen zu erfassen, etablierte aber einen neuen Maßstab

von Bildung, orientiert am angelsächsischen *Literacy*-Konzept, das im besten Fall eine Vorstufe des europäisch-humanistischen Bildungsmodells darstellt. Anstatt jedoch die wissenschaftliche Dürftigkeit der Studie zu kritisieren, stellte man die Errungenschaften des Bildungswesens zur Disposition, nur um im Zahlenwerk der nächsten Studie besser dazustehen.

Ebenso fragwürdig erscheinen die Einflüsterungen der Bertelsmann Stiftung aus Gütersloh. Seit Ministerpräsident Johannes Rau 1992 die Bildungskommission NRW unter dem Namen „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ eingesetzt hatte, nimmt die Stiftung durch ihre Kooperationen mit der Landesregierung maßgeblich Einfluss auf die Landespolitik, wie in der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Piratenpartei deutlich geworden ist.⁵ Obwohl es hinreichend pädagogische wissenschaftliche Expertise an den Hochschulen des Landes geben sollte, schließt die Landesregierung beispielsweise einen Kooperationsvertrag für Lehrerfortbildungen mit der Bertelsmann Stiftung. Auch das wenig erfolgreiche Programm „Kein Kind zurücklassen“ wurde gemeinsam mit der Stiftung aufgelegt. Kritiker sehen darin eine unzulässige Privatisierung hoheitlicher Aufgaben und einen Interessenkonflikt zwischen dem Medienkonzern und dem verfassungsmäßigen Auftrag, dem das Bildungswesen verpflichtet ist.⁶

AUFLÖSUNG DER LEHRERROLLE

Neben der seit Jahrzehnten schwärenden Wunde der Schulformfrage, die hinter dem Pflaster des Schulfriedens weiter pocht (Haupt- und Realschulen werden auf dem Wege eines Kannibalisierungswettbewerbs abwickelt), sind die Schulen des Landes erheblichen Veränderungen ausgesetzt worden, die ihren pädagogischen Auftrag ins Mark treffen. Herauszuheben sind insbesondere die Kompetenzorientierung und die Auflösung der Lehrerrolle als pädagogische, fachliche und menschliche Autorität. Schulbücher, Lehrpläne, Aufgabenformate und Unterricht sind nicht mehr an Bildung und an dem Erwerb von Wissen und Können im Medium der Fachlichkeit ausgerichtet, sondern an unzähligen Kompetenzen gemäß der OECD-Doktrin. Das führt dazu, dass eine Leistungskursaufgabe im Fach Biologie auch von einer unvorbereiteten neunten Klasse erfolgreich zu bewältigen ist, wie der Biologiedidaktiker Peter Klein in einem Experiment nachgewiesen hat.

Der Lehrer soll – so steht es im Koalitionsvertrag – fortan Lernbegleiter sein. Didaktische und organisatorische Aufgaben werden dem Schüler aufgelastet, der isoliert und selbstorganisiert an Computern oder Arbeitsblättern sogenannte Lernumgebungen lernen soll. Dies setzt den Autodidakten als Prototyp voraus und ignoriert weitgehend, dass Lernen vor allem in Beziehungen geschieht. Gerade Kinder, denen häusliche Unterstützung fehlt, werden so zu Verlierern.

ABWICKLUNG DER FÖRDERSCHULEN

Die politische und gesellschaftliche Partizipation von Menschen mit Behinderung ist ein notwendiges sozialpolitisches Ziel. Unter Berufung auf das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ der Vereinten Nationen betreibt die Landesregierung die Abwicklung des Förder-schulwesens, ohne für adäquat gute räumliche, personelle und organisatorische Gegebenheiten in den Regelschulen zu sorgen.

Ob diese Maßnahmen zur Emanzipation von Menschen mit Behinderung beitragen oder aus Kostengründen eher zum Schaden aller Schülerinnen und Schüler unnötigen Stress im System verursachen, muss kritisch geprüft werden. Es ist ein typisches Kennzeichen von Ideologien, die Wirklichkeit zugunsten von Verheißungen auszublenden, als ob schon das hehre Ziel davon entlasten würde, nach geeigneten Mitteln zu seiner Verwirklichung zu suchen.

Die duale Ausbildung ist seit Jahrzehnten ein Garant für sozialen Aufstieg gewesen und hat zur Sicherung einer Mittelschicht auf dem Wege der beruflichen Bildung gesorgt. Sie leistet neben der konkreten Qualifikation auch allgemeine Menschenbildung und stiftet so gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nicht zuletzt im Zuge der Akademisierungstendenzen ist dieser starke Zweig des Bildungswesens jedoch bedroht. Dies schlägt sich in einer systematischen Benachteiligung gegenüber den allgemeinbildenden Schulen im Hinblick auf die Ressourcenzuweisung nieder.

Insbesondere im Bereich der gewerblich-technischen Fächer besteht erheblicher Lehrermangel, der nicht – etwa auf dem Wege der Mangelfachzulage – behoben wird. Die beruflichen Gymnasien werden unter Konkurrenzdruck gesetzt. Insbesondere private Hochschulen akquirieren ihre Klientel in diesem Sektor. Die Wissenschaftsministerin des Landes fordert: „Studieren ohne Abitur muss eine Selbstverständlichkeit werden.“⁷ Sogar Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen nach einer Ausbildung wird als Äquivalent einer dreijährigen Berufspraxis anerkannt und öffnet den Weg zu nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen.

UNIVERSITÄTEN PRODUZIEREN ABSOLVENTENZAHLEN

Die Universitäten des Landes sind im Zuge der Hochschulgesetzgebung, von Akkreditierung und Drittmittelsteuerung, der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge und der Akademisierungswellen bis zur Unkenntlichkeit transformiert worden. Die Unabhängigkeit der Forschung ist durch den Zwang, im Wettbewerb Geldquellen aufzutun, externer (ideologischer oder ökonomischer) Einflussnahme ausgeliefert. Die Beschäftigungssituation für Wissenschaftler im Mittelbau und in der Qualifikationsphase ist prekär. Gut

qualifizierte Nachwuchsforscher werden in Drittmittelanwerbung, Lehr- und Prüfverpflichtungen verschlissen. Die Abkehr vom Fachprinzip in der Diversifikation der Studiengänge zu mehreren Tausenden von Abschlüssen stellt die Einrichtungen vor einen erheblichen organisatorischen Ressourcenaufwand. Viele Studiengänge sind trotz teurer Akkreditierung überreguliert, fachlich inkonsistent und deshalb kaum sinnvoll studierbar, geschweige denn berufsqualifizierend oder gar persönlichkeitsbildend. Akademische Lehre steht oft vor dem Problem einer nicht hinreichend studierfähigen Hörschaft. Die Niveaueinbußen und die Noteninflation aus den Schulen setzen sich an den Hochschulen fort, da diese bei nicht angemessener Ausstattung angehalten sind, „Drop-out-Quoten“ wie die Zahl der Studienabbrecher zu senken und Absolventenzahlen zu produzieren.

Die schlaglichtartige Umschau offenbart fundamentale politische Verfehlungen, die unbedingt einer kritischen Revision unterworfen werden sollten, um Schaden von Kultur, Demokratie und Wirtschaft abzuwenden. Eine wesentliche Forderung besteht zunächst in einer kulturellen Rückbesinnung und demokratischen Emanzipation der Entscheidungsträger von Thinktanks und internationalen Kampagnen wie PISA und Bologna.

¹ Kultusministerkonferenz (KMK): Abiturnoten im Ländervergleich. Übersichten 2006–2013, <https://www.kmk.org/dokumentation-und-statistik/statistik/schulstatistik/abiturnoten.html>.

² Pressemitteilung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 27.07.2016, https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Ministerium/Presse/Pressemitteilungen/2016_16_LegPer/PM20160727_Abi_Ergebnisse_2016/index.html.

³ Henry-Huthmacher, Christine / Hoffmann, Elisabeth (Hrsg.): Ausbildungsreife und Studierfähigkeit, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2016, http://www.kas.de/wf/doc/kas_44796-544-1-30.pdf?160407120128.

⁴ Niemann, Dennis: Changing Patterns in German Education Policy Making – The Impact of International Organizations, Bremen 2009, <http://www.sfb597.uni-bremen.de/pages/pubApBeschreibung.php?SPRACHE=de&ID=139>.

⁵ Landtag Nordrhein-Westfalen, 16. WP, Drucksache 16/12436, 06.07.2016, <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?Id=MMD16/12436>.

⁶ Burchardt, Matthias: „Liebesgrüße aus Gütersloh“, in: Frost, Ursula / Rieger-Ladich, Markus (Hrsg.): Demokratie setzt aus. Sonderheft der Vierteljahresschrift für wissenschaftliche Pädagogik, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2012, S. 65–77.

⁷ Pressemeldung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, 25.05.2015, <http://www.wissenschaft.nrw.de/presse/pressemeldungen/details/ministerin-schulze-studieren-ohne-abitur-muss-eine-selbstverstaendlichkeit-werden>.

„Theater für alle“



Der künstlerische Leiter der Ruhrtriennale über das Ruhrgebiet als
Laboratorium der Zukunft

JOHAN SIMONS

Geboren 1946 in Heerjansdam (Niederlande), Schauspieler, Regisseur und Theaterintendant, bis 2015 Intendant der Münchner Kammerspiele, von 2015 bis 2017 künstlerischer Leiter der Ruhrtriennale.

Herr Simons, Sie sind von 2015 bis 2017 künstlerischer Leiter der Ruhrtriennale und werden 2018 die Leitung des Schauspielhauses Bochum übernehmen. Gibt es inhaltliche Gründe, die das Ruhrgebiet zu einem guten Umfeld für zeitgenössisches Theater machen?

Johan Simons: Am Ruhrgebiet interessiert mich einerseits die große Geschichte der Industrie, die sozusagen „davongegangen“ ist. Andererseits ist das Ruhrgebiet in einem bestimmten Sinne sehr modern: In München oder Amsterdam, wo ich zuvor gelebt habe, werden die Stadtzentren mehr und mehr von reichen Leuten bewohnt. Das läuft im Ruhrgebiet anders, alles geht hier völlig durcheinander. Im Ruhrgebiet „kommt die Welt zusammen“ – sozial wie geografisch. Es ist ein Ort des Umbruchs, an dem sich heute bereits die

Fragen stellen, die künftig zu beantworten sind.

Wie nimmt man das Ruhrgebiet von Ihrem Heimatland, den Niederlanden, aus wahr?

Johan Simons: Das Ruhrgebiet ist für uns ein Grenzraum, der gewissermaßen den Übergang zu den Niederlanden markiert. Der Abstand und die Unterschiede zu München sind in vieler Hinsicht weit größer. Mit meinen Engagements im Ruhrgebiet komme ich – anders als zuvor in München – nicht in eine andere Welt, sondern in ein Umfeld, das ich schon von Kindesbeinen auf kenne.

Sie verfolgen den Anspruch, Theater, Musik, Tanz für alle zu machen. War das an den Münchner Kammerspielen schwieriger als im Ruhrgebiet?

Johan Simons: Es ist nicht schwieriger, sondern anders. Was wir etwa mit dem Projekt „Urban Prayers“ in München und im Ruhrgebiet versucht haben, begeistert mich jeweils auf eine eigene Weise. Doch



Foto: Stephan Glagla für die Ruhrtriennale, 2015

war es in München meistens so, dass das Publikum mehr aus der „Bourgeoisie“ kam. Ich glaube und hoffe auch, dass im Ruhrgebiet andere Bevölkerungsgruppen mit dabei sind. Wenn ich in Bochum Intendant bin, möchte ich gern ein Theater entwickeln, das versucht, die ganze Bevölkerung einzuladen und mitzunehmen. Das ist vielleicht ein utopischer Gedanke, aber man muss Ideale haben.

Zwei der drei Jahre Ruhrtriennale liegen hinter Ihnen. Haben Sie den Eindruck gewonnen, dass Ihre besondere Einladung an Arbeitslose oder Minijobber wirklich angenommen wird?

Johan Simons: Das ist eine schwierige Frage. Schon immer will ich Theater für Leute machen, die eigentlich nicht ins Theater gehen. Aber das ist bisher nur

selten gelungen. Und dennoch: Man hat vielleicht keine Chance, aber man soll es trotzdem lächelnd immer wieder neu versuchen. Das ist so wie bei Albert Camus' „Sisyphos“, der immer wieder einen Fels den Hügel hinaufschleppt. Und der, wenn der Fels wieder unten liegt, sich mit einem Lächeln wieder an sein Werk macht – schließlich ist es die Chance, aufs Neue anzufangen.

Seit Beginn Ihrer Intendanz 2015 lautet das Leitmotiv der Ruhrtriennale in Anlehnung an Beethovens „Ode an die Freude“ „Seid umschlungen!“ und wird als eine Geste der künstlerischen, gesellschaftlichen und geografischen Umarmung gedeutet. Sind die Menschen heute noch offen für solch eine beinahe universelle Umarmung oder gibt es aktuell nicht eher eine

allgemeine Tendenz, die auf Rückzug und Abschottung setzt?

Johan Simons: Es ist richtig, dass es momentan eine Tendenz zur Abschottung, zu Ängstlichkeit und auch zum Nationalismus gibt! Aber dagegen muss man sich zur Wehr setzen und die europäischen Werte verteidigen – etwa indem wir am Theater zeigen, was diese Werte sind.

Als Humanist hat man einerseits diesen eigenen Wertehintergrund, gleichzeitig lässt man sich von anderen Kulturen hinterfragen und inspirieren. So kann man beispielsweise die Flüchtlingsproblematik positiv als eine Bereicherung betrachten. Ich bin überzeugt, dass die Zeit das irgendwann zeigen wird.

Kann Kunst solche gesellschaftlichen Angstblockaden überwinden helfen – beispielsweise bei der zurückliegenden Ruhrtriennale 2016?

Johan Simons: In den sechseinhalb Wochen der Ruhrtriennale 2016 haben wir die zentralen europäischen Werte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hinterfragt. Mit ihnen sind wir nicht fertig, sondern müssen uns mit ihnen auseinandersetzen, gewissermaßen mit ihnen abrechnen – als Voraussetzung dafür, dass wir sie wieder in den Vordergrund stellen können.

Bei unserer Adaption von Kamel Daouds Roman „Der Fall Meursault – eine Gendarstellung“ geht es beispielsweise um den Begriff „Mitgefühl“, wenn die Schauspieler gewissermaßen einen Kulturwechsel vollziehen und verspüren, was es bedeutet, einer anderen Kultur anzugehören.

Unser Projekt „Urban Prayers Ruhr“ bestand aus sechs Vorstellungen in sechs

verschiedenen Gotteshäusern. In einer Moschee in Duisburg ertönten plötzlich auch christliche, jüdische oder hinduistische Gesänge. Viele der Besucherinnen und Besucher hatten bis dahin noch nie eine Moschee betreten und merkten nun, dass das nicht nur keine Angst macht, sondern dass sich da Leute unterschiedlicher Bekenntnisse sogar gut verstehen und umarmen können.

Ihr Anspruch ist es, in Bochum europäisches Theater zu machen. Was betrachten Sie als die vordringlichste Aufgabe des Theaters in Europa und welche Rolle sollten Deutschland, Nordrhein-Westfalen und das Ruhrgebiet dabei spielen?

Johan Simons: Für mich ist wichtig, ein Ensemble mit verschiedenen Hautfarben und Nationalitäten zu haben. Der Hamlet könnte von einem Schwarzen gespielt werden, seine Mutter könnte Japanerin und der Vater ein Weißer sein. Farbe und Herkunft spielen überhaupt keine Rolle. Es geht immer um die Gleichheit der Menschen.

Das deutsche Theater hat aus meiner Sicht einen Vorzug, der sich in Begriffen widerspiegelt. In Frankreich oder England heißt das Wort für „proben“ „rèpéter“ oder „rehearse“ und bedeutet „wiederholen“. Das deutsche Wort heißt dagegen „versuchen“. Am deutschen Theater gibt es so etwas wie ein definitives Ergebnis nicht, man muss immer wieder „Versuche“ machen und kann neue Gedanken auf die Bühne bringen. Das grundsätzliche Prinzip, diesen Versuch leben zu lassen, gibt eine große Freiheit.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann
am 28. Oktober 2016.*

Volksparteien unter Druck

Der Parteienwettbewerb vor der Landtagswahl 2017

HANS JÖRG HENNECKE

Geboren 1971 in Zülpich, außerplanmäßiger Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rostock.

Auf den ersten Blick scheinen die Machtverhältnisse in Nordrhein-Westfalen geklärt zu sein. Die Landtagswahl 2012 war eine klare Bestätigung für die rot-grüne Koalition und

eine schmerzhaft Niederlage für die CDU. Bereits seit 1966 dominiert die SPD Nordrhein-Westfalen als Regierungspartei und setzt alles daran, die von den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold und Franz Meyers geprägten Gründungsjahre vergessen zu machen. Die Regierungszeit von Jürgen Rüttgers zwischen 2005 und 2010 möchte sie als einmaligen Betriebsunfall abtun.

Doch ganz so eindeutig ist die Dominanz der SPD nicht. Bis Ende der 1970er-Jahre rangen die beiden großen Parteien hart um die Führungsrolle im Land. Nur zwischen 1980 und 1995 beherrschte die SPD unter Johannes Rau unangefochten das Feld. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist wieder Bewegung in den Parteienwettbewerb gekommen. Die SPD verlor die absolute Mehrheit dauerhaft und war nunmehr auf die Grünen als Koalitionspartner angewiesen. Seit den Kommunalwahlen 1999 dominiert die CDU wieder das

Geschehen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen und legte damit die Basis für den vorübergehenden Machtwechsel auf Landesebene im Jahr 2005. Auf geschwächtem Fundament gelang der SPD 2010 die Rückkehr an die Macht.

HETEROGENE PARTEIENLANDSCHAFT

Die politische Landschaft im größten deutschen Bundesland war und ist ausgesprochen heterogen. Auf engem Raum liegen Hochburgen und Diasporagebiete der beiden großen Volksparteien beieinander. Darin spiegelt sich das buntscheckige Bild der Boom- und Krisenregionen, der Einkommensverhältnisse, der demografischen Strukturen, des Nebeneinanders der Konfessionen und der urbanen und ländlichen Regionen, die Vielfalt der Lebenswelten und nicht zuletzt der Parteienmilieus wider. Wer hier Mehrheiten zusammenhalten will, braucht eine große Spannweite und Integrationskraft.

Seit den frühen 1980er-Jahren erodiert die einst dominante Stellung der beiden Volksparteien in Nordrhein-Westfalen. 1975 vereinigten CDU und SPD noch fast 92 Prozent der Wählerstimmen bei einer Wahlbeteiligung von 86 Prozent auf sich, 2012 waren es noch 65 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von knapp sechzig Prozent. Auch die Zahl ihrer Mitglieder hat sich seither ungefähr halbiert. Das blieb nicht ohne Wirkung auf die Bindung der Wähler und die Verankerung der Parteien in der Gesellschaft. Die Wähler verhalten sich volatiler, und den Parteien fällt es immer schwerer, gesellschaftliche Realitäten sowie kulturelle Veränderungen wahrzunehmen und in ihrer programmatischen Arbeit abzubilden.

SYSTEMKRITISCHE PARTEIEN

Nimmt man die Entwicklung der Umfragen seit der letzten Landtagswahl zum Maßstab, dann könnte auch im Mai 2017 eine ähnlich offene Lage wie bereits 2010 eintreten. Es spricht derzeit wenig dafür, dass eine der beiden Volksparteien stark genug sein wird, um allein oder mit einem Wunschkoalitionspartner eine Regierung bilden zu können. Zwar werden die Piraten aller Voraussicht nach nicht wieder in den nächsten Landtag zurückkehren, aber mit der Linken und der AfD könnten gleich zwei systemkritische Parteien ins Landesparlament einziehen.

Die Linke ist in Nordrhein-Westfalen keineswegs gefestigt, aber ihr Potenzial ist nach wie vor groß genug, um vor allem im Ruhrgebiet genügend enttäuschte und entfremdete Wähler des traditionell sozialdemokratischen Milieus zu gewinnen. Entsprechend konfliktorientiert wird sie gegenüber der SPD ihren Wahlkampf anlegen.

Auch die AfD ist als Faktor ernstzunehmen. Ihr Potenzial ist mit zehn Prozent vorsichtig taxiert. Dass die Partei zahlenmäßig zur dritt- oder viertstärksten Kraft werden könnte, ist nicht allein ein Problem der CDU. Sie könnte auch in der Kernwählerschaft der SPD wildern, wie sich in der einst sozialdemokratischen Hochburg Essen derzeit studieren lässt. Dort ist ein bekannter Kommunalpolitiker nach 26 Jahren SPD-Mitgliedschaft zur AfD gewechselt.

Für die Wahlchancen der AfD ist es nachrangig, ob ihr Spitzenpersonal und ihr Programm diskutabel sind oder ob man es mit einer explosiven Mischung von Dilettanten und Demagogen zu tun hat. Es reicht aus, wenn die von der AfD besetzten Themen aus Sicht der Wähler akut bleiben. Wer die AfD kleinhalten will, muss sie in der Sache stellen und dort Lösungen bieten, wo die AfD nur mit Krawallrhetorik agiert. Bloße Empörung der anderen stärkt sie nur.

STRATEGIEN IM LANDTAGSWAHLKAMPF

Der Landtagswahlkampf wird unvermeidbar auch unter bundespolitischem Kalkül geführt. Eine wichtige Festlegung hat bereits die FDP vorgenommen, die in Nordrhein-Westfalen einen stabilen Eindruck macht und von dort aus ihre Rückkehr in den Bundestag ansteuert. Ihr Bundes- und Landesvorsitzender Christian Lindner setzt darauf, dass er in erster Linie potenzielle CDU-Wähler erreichen muss. Deshalb hat er ausgeschlossen, dass die Liberalen die Koalition von SPD und Grünen unterstützen könnten. Würde er davon nach der Landtagswahl abrücken, säße er im Bundestagswahlkampf zwischen allen Stühlen.

Auch die SPD lässt bereits ihre Strategie erkennen. Ihr aktuelles Verhalten deutet darauf hin, dass sie im Landtagswahlkampf auf eine konsequente Personalisierung setzt, um mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft von der – auch nach eigenen Maßstäben – schwachen Regierungsbilanz bei der wirtschaftlichen Entwicklung, in der Bildungspolitik, in der Armutsbekämpfung oder in der Infrastrukturpolitik abzulenken. Ihre Stellung als stärkste Partei versucht die SPD neuerdings zu sichern, indem sie in der Verkehrs-, Bildungs- und Industriepolitik die Konfliktpunkte zu den Grünen hervorkehrt. Diese Rechnung kann wie in Rheinland-Pfalz aufgehen, bliebe aber ein Nullsummenspiel, bei dem die Koalition am Ende ohne Mehrheit dastehen könnte. Eine spannende Frage ist daher, wie klar die Absage von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft an eine Regierungszusammenarbeit mit der Linken tatsächlich ist. Oder wird sie ein Rot-Rot-Grün-Bündnis entgegen allen Beteuerungen nach der Wahl doch eingehen?

Für die Grünen dürfte der Wahlkampf schwierig werden: Ihre Spitzenkandidatin, Schulministerin Sylvia Löhrmann, gilt weit über die

Parteigrenzen hinweg als umgänglich und sachorientiert. Aber die durchwachsene Bilanz der Bildungspolitik dürfte ihr im Wahlkampf wie ein Mühlstein am Hals hängen. In den eigenen Reihen populärer ist Umweltminister Johannes Remmel, der sich allerdings außerhalb der Grünen denkbar unbeliebt gemacht hat. An seiner politischen Bilanz wird deutlich, was die NRW-Grünen nicht nur in der Industrie- und Mittelstandspolitik von ihren Parteifreunden in Baden-Württemberg unterscheidet. Damit laufen die Grünen Gefahr, unabhängig von ihrem Wahlergebnis ins koalitionspolitische Abseits zu geraten.

MEDIENBERICHTERSTATTUNG ZUNEHMEND KRITISCHER

Die CDU hat nach den Niederlagen von 2010 und 2012 den Partei- und Fraktionsvorsitz klugerweise wieder in eine Hand gelegt, sich unter Armin Laschet neu geordnet und stabilisiert. Ihr muss daran gelegen sein, dass die SPD keinen weichgespülten Persönlichkeitswahlkampf ohne Bodenhaftung führen kann. Ihr Augenmerk wird sie deshalb darauf richten müssen, das Image der Ministerpräsidentin mit den Defiziten und Versäumnissen der rot-grünen Regierungsbilanz zu verbinden. Erfolgsaussichten hat sie, wenn sie den Nachweis führen kann, dass die jetzige Landesregierung auch ihre eigenen sozialpolitischen Ansprüche und Sicherheitsversprechen nicht erfüllt hat. Dieser Nachweis ist der CDU zuletzt einige Male gelungen. Seit etwa einem Jahr ist zu beobachten, dass der Tenor der Medienberichterstattung bis in die „ZDF heute show“ hinein gegenüber der Ministerpräsidentin kritischer geworden ist. Lange Zeit perlte Kritik an ihr nahezu spurlos ab, zuletzt aber bekam ihr persönliches Image einige Risse. Brisant ist dies für Kraft, wenn ausgerechnet bei einem persönlichen Kernthema wie der Kinderarmut („Kein Kind zurücklassen“) schwache Bilanzen gezogen werden oder ihr persönliches Führungsverhalten als erratisch wahrgenommen wird. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Kölner Silvesternacht 2015/16 beherrscht deshalb seit Monaten die Parlamentsberichterstattung und hat Spuren im Ansehen der Ministerpräsidentin hinterlassen.

Für die CDU wird es darauf ankommen, ob sie ausgehend von der fokussierten Kritik an der Landesregierung im Wahlkampf auch die Deutungshoheit und Problemlösungskompetenz für Kernthemen erlangt. Ein Eckpfeiler für einen erfolgreichen Wahlkampf wird nach der Kölner Silvesternacht ein Vertrauenszuwachs in Fragen der Inneren Sicherheit und der Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern sein. Die CDU muss auch Vertrauen dafür gewinnen, dass der soziale Anspruch unserer Wirtschaftsordnung nicht durch eine fortgesetzte Verschuldung, sondern durch eine solide Finanzpolitik, nicht durch sozialpolitischen Interventionismus, sondern durch wirtschaftliches Wachstum eingelöst wird. Chancen hat sie, wenn sie vermitteln

kann, dass es nicht auf soziale Teilhabe im Sinne von ausufernden Verteilungsdebatten, sondern auf sozialen Aufstieg durch bessere Bildungs- und Integrationschancen ankommt.

Sollte es im Mai 2017 zu einem Fünf- oder Sechsparteienparlament kommen und würden die derzeitigen Koalitionsaussagen von FDP und SPD Bestand haben, fiel die Entscheidung zwischen einer Großen Koalition oder einer Koalition von CDU, Grünen und FDP, wenn nicht ein weiteres Mal der Ausweg einer Minderheitsregierung gesucht würde. Keine dieser Varianten ist leicht zu bewerkstelligen, keine wirklich verlockend für die beteiligten Parteien. Gerade bei solchen ungewollten Koalitionen kommt es aller Erfahrung nach darauf an, dass die beteiligten Parteien programmatisch vorbereitet sind. Sie müssen einen hinreichend großen Fundus an konkreten und substanziellen Vorhaben im Köcher haben, auf die man sich jenseits aller Rhetorik pragmatisch verständigen kann. Die Durchsetzungsfähigkeit in der Sache hängt nicht unbedingt von den Größenverhältnissen in einer Koalition, sondern von der Präzision und Substanz ab, mit der man die Themen vorbereitet hat.

Das tut auch in der Sache not. Denn Nordrhein-Westfalen steckt zu seinem siebzigjährigen Jubiläum in einer Krise, die nicht über Nacht gekommen ist, sondern deren Grund in der Ära Rau angelegt wurde. Sie hat sich in den letzten Jahren allerdings zugespitzt. Das Land spielt in der Bundespolitik nicht mehr die Rolle, die ihm früher zukam. Die Ministerpräsidenten von Karl Arnold bis Jürgen Rüttgers verstanden sich allesamt auch als Bundespolitiker, die als Weichensteller und Impulsgeber in Bonn beziehungsweise Berlin gewirkt haben. Davon ist derzeit wenig zu spüren. Kenner der landespolitischen Szene wie Ulrich von Alemann und Karl-Rudolf Korte konstatieren zu Recht, dass der Einfluss des Landes in der Bundespolitik spürbar zurückgegangen ist.

Dem entspricht ein schwacher Gestaltungswille auf Landesebene. In vielen Leistungsvergleichen mit anderen Bundesländern schneidet das Land schlecht ab, und manchmal hat man den Eindruck, als hätten sich viele damit abgefunden. Es mangelt dem größten deutschen Bundesland derzeit an politischer Führung. Sein Selbstverständnis ist eigenartig geduckt und defensiv, es definiert sich eher über Verlustängste als über Aufbruchsstimmung und Selbstvertrauen.

Im fußballverrückten Nordrhein-Westfalen gibt es einige Traditionsclubs, die regelmäßig Abstiegsdramen durchleiden. Aber es gibt auch die anderen, die ab und zu den Meistertitel holen oder europäische Wettbewerbe aufmischen. Das Land hat viele Stärken und Potenziale, auf die es sich besinnen sollte. Es wäre zu wünschen, dass dies das Leitmotiv für den Landtagswahlkampf 2017 würde.

... und die Kirchen



Bewahrer, Gestalter und Mahner

1.700 Jahre Christentum in Nordrhein-Westfalen: So lautet der Titel eines Atlas' zur Kirchengeschichte der Kirchenhistoriker Erwin Gatz und Marcel Albert. Wer den Band durchblättert, erhält einen Eindruck davon, wie vielfältig das Christentum das Land geprägt hat – spirituell, kulturell und auch politisch. Denn viele „alte Grenzen“ umschreiben das Bindestrichland an Rhein, Ruhr, Ems und Weser bis heute. Selbst wenn Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr erst siebzig Jahre alt geworden ist – die Geschichte seines kirchlichen Lebens beginnt bereits im frühen 4. Jahrhundert: Als historischer Markstein gilt, dass

der heilige Maternus in den Jahren 313/14 als erster Bischof von Köln belegt ist. Auf diese Anfänge in römischer Zeit folgten die Etablierung kirchlicher Strukturen in der fränkischen Zeit, die Christianisierung der Sachsen im westfälischen Landesteil und die Reformation. Unser Land war Schauplatz gewaltsamer religiöser Auseinandersetzungen und zugleich des – auch religiösen – Westfälischen Friedens.

Bis heute prägen Kirchen mit ihren Türmen die Silhouetten unserer Städte: Man denke an Köln, Aachen, Düsseldorf, Münster, Bielefeld, Detmold oder Paderborn. Selbst im Ruhrgebiet mit seinen

beeindruckenden Industriebauten – in Essen, Dortmund oder Duisburg – sind die Kirchtürme nicht wegzudenken. Sie sind weit sichtbare Zeichen dafür, dass in Nordrhein-Westfalen immer noch zwei Drittel der Menschen einer Kirche angehören – gut sieben Millionen Katholiken und 4,6 Millionen Protestanten. Das ist für beide Kirchen Auftrag und Verpflichtung, sich in die Gesellschaft einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.

Als Kirchen tun wir dies auf der Grundlage eines Verhältnisses von Kirche und Staat, das in vielen Bereichen von Kooperation geprägt ist und das in der Landesverfassung sowie im Grundgesetz seine Grundlagen hat. Neben den Bestimmungen des Grundgesetzes, die unter anderem die Religionsfreiheit und das Selbstverwaltungsrecht der Kirchen garantieren, normiert die Landesverfassung „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie es in der Präambel heißt, „Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, als vornehmstes Ziel der Erziehung“ (Artikel 7 Landesverfassung NRW).

Dieses Erziehungsziel verdeutlicht, was den gesellschaftlichen Zusammenhalt ausmacht: Ehrfurcht vor der religiösen Überzeugung, Achtung der Würde des Einzelnen und Verantwortung für das Gemeinwohl. Als Kirchen tragen wir nicht nur dazu bei, Menschen dafür zu gewinnen und davon zu überzeugen; wir leisten auch unseren Beitrag dazu – ob ehrenamtlich oder hauptamtlich, ob in unseren Kirchengemeinden oder in unseren Sozialverbänden, ob in unseren Bildungseinrichtungen oder in unseren Sozialeinrichtungen.

DIE GRÖSSTE GESELLSCHAFTLICHE BEWEGUNG

Obwohl das kirchliche Leben mitunter durch zunehmende Säkularisierung, gesellschaftliche Veränderungen und strukturelle Umgestaltungen mit großen Herausforderungen konfrontiert wird, sind die über eine Million Menschen, die sonntags die Gottesdienste besuchen, immer noch die größte gesellschaftliche Bewegung. Hinzu kommen viele Hunderttausend Frauen und Männer, die sich in unseren Kirchengemeinden, Verbänden und Organisationen ehrenamtlich engagieren. Zugleich stellen wir fest: Wir sind nicht mehr Volkskirchen, aber immer noch Kirchen im Volk.

Unser vornehmster Auftrag ist, das Evangelium zu verkünden und Menschen an die Gegenwart Gottes zu erinnern. Diesem Auftrag kommen wir primär nach, wenn wir Gottesdienst feiern. Hinzu treten vielfältige weitere Aufgabenfelder, in denen wir ebenfalls – direkt oder indirekt – dem Auftrag nachkommen, das Evangelium zu verkünden. Beide Kirchen sind in Nordrhein-Westfalen wichtige Bildungsträger: Sie unterhalten 3.500 Kindergärten, 240 Schulen sowie Hochschulen. Das macht deutlich, dass unser christlicher Auftrag immer auch ein Bildungsauftrag ist.

Hinzu kommen die vielfältigen und zahlreichen sozialen Einrichtungen. Soziales Engagement hat in den Kirchen von Anbeginn eine wichtige Rolle gespielt, weil das Wort Jesu aus dem Matthäusevangelium gilt: „Was ihr dem Geringsten getan habt, das habt ihr mir getan.“ Diesem Auftrag kommen insbesondere unsere karitativen und diakonischen Einrichtungen nach, die zum Teil in einer

jahrhundertealten Tradition stehen, die bis ins Mittelalter zurückreicht. Der Ursprung des noch heute bestehenden Hubertusstiftes, einer Altenpflegeeinrichtung in Düsseldorf, liegt im 14. Jahrhundert. Im 19. Jahrhundert hat das soziale Engagement beider Kirchen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen deutlich zugenommen. In unserem Land gibt es eine besonders dichte Konzentration von Krankenhäusern sowie von Alten- und Pflegeeinrichtungen in Trägerschaft der verfassten Kirchen oder unserer Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie.

ENGAGEMENT BEI DER FLÜCHTLINGSHILFE

So wie sich die Kirchen im 19. Jahrhundert den Nöten und Herausforderungen der Zeit gestellt haben, so tun wir dies auch heute. Neben zahlreichen Einrichtungen zur Hilfe für Menschen, denen das Nötigste fehlt, und deren Integration kümmern sich kirchliche Einrichtungen und viele Männer und Frauen aus unseren Kirchengemeinden um Menschen, die gerade in letzter Zeit auf der Flucht zu uns gekommen sind. In nahezu jeder Kirchengemeinde engagieren sich Menschen bei der Hilfe für Flüchtlinge und deren Integration. Hinzu kommen unsere professionellen Angebote in der Jugendhilfe, der Beratung und der Unterbringung. Zudem werden beide Kirchen in ihrer Verkündigung nicht müde, für eine gastfreundliche, menschliche und hilfsbereite Gesellschaft zu werben.

TRÄGER DES KULTURELLEN ERBES

Neben dem Bildungs- und dem Sozialbereich sei als dritter Schwerpunkt besonderen kirchlichen Engagements die Kultur erwähnt. Mit unseren vielen Hundert Kirchen sind wir ortsbildprägend – das gilt für den Kölner Dom genauso wie für die kleine Dorfkirche. Wir wissen uns diesem kulturellen Erbe verpflichtet und erhalten dies auch als Beitrag für die Gesellschaft insgesamt. Vor allem aber sind unsere Kirchen Orte des Gottesdienstes. Dafür sind sie vielfach unter großem Einsatz der Menschen gebaut, ausgestattet und erhalten worden. Durch alle Jahrhunderte haben sich die Kirchen als Förderer und Bewahrer der Kunst erwiesen. Jede Kirche ist auch ein kulturelles Schatzhaus. Darüber hinaus spielt die Musik für uns eine wichtige Rolle. Ohne Musik ist keine Liturgie möglich, und so haben wir als Kirchen auch zum musikalischen Spektrum unseres Landes viel beizutragen. Dieses Spektrum beinhaltet die Kirchenlieder von Philipp Nicolai, Joachim Neander oder Friedrich Spee ebenso wie die beeindruckende Orgellandschaft im Rheinland, in Westfalen und in Lippe. Hinzu kommen die zahlreichen Chöre, in denen Menschen jedes Alters singen – zum Lobe Gottes und zur Freude der Menschen.

Als Kirchen sind wir nicht nur Bewahrer, sondern auch Gestalter und Mahner der Gesellschaft. Wir wollen dazu beitragen, dass der christliche Glaube in unserer Gesellschaft auch weiterhin erfahrbar bleibt, weil – um es mit den Worten des Rheinländers Heinrich Böll zu sagen – „es in einer christlichen Welt Raum gibt für die, denen keine heidnische Welt

je Raum gab: für Krüppel und Kranke, Alte und Schwache, und mehr noch als Raum gab es für sie: Liebe für die, die der heidnischen wie der gottlosen Welt nutzlos erschienen und erscheinen“.

Diesem Auftrag kommen auch die beiden kirchlichen Büros in Düsseldorf nach – das Evangelische Büro als Vertretung der drei evangelischen Landeskirchen im Rheinland, in Westfalen und in Lippe sowie das Katholische Büro als Vertretung der fünf (Erz-)Bistümer Köln, Paderborn, Münster, Aachen und Essen. Sie arbeiten an der Schnittstelle von Staat und Kirche. Denn Kirche und Staat haben viele Berührungspunkte: die Unterhaltung kirchlicher Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, von Krankenhäusern, von Alten- und Pflegeheimen. Zu nennen sind außerdem die Durchführung des Religionsunterrichts an den staatlichen Schulen und die Kulturpflege, für jeden greifbar besonders als Denkmalpflege. All das sind Aufgaben, an deren bewährt effektiver Wahrnehmung durch die Kirchen der Staat ein lebhaftes Interesse hat. Hier ist die schon erwähnte Kooperation staatlicher und kirchlicher Stellen erforderlich.

KLARE ABSPRACHEN ZWISCHEN STAAT UND KIRCHE

Im Staatskirchenrecht spricht man angesichts dieser Zusammenarbeit von einer modifizierten Trennung von Staat und Kirche. Ein solches Verhältnis funktioniert nicht von selbst; es bedarf klarer Regeln und Absprachen. Diese wollen sorgsam vorbereitet und zwischen Staat und Kirche sachkundig besprochen sowie fair

ausgehandelt sein. Das setzt bei beiden Verhandlungspartnern vielschichtige Kenntnisse und wechselseitiges Vertrauen voraus. Solches Vertrauen will wachsen; dazu ist die fachliche und persönliche Wertschätzung und – damit verbunden – die Kontinuität der Gesprächspartner notwendig. Das verbürgen die beiden Büros – gegebenenfalls durch Rückkoppelung an die hinter ihnen stehende Organisation der Gesamtkirche. Zugleich verdeutlichen sie durch ihre Arbeit, dass das Verhältnis von Staat und Kirche, wie es im Grundgesetz und in der Landesverfassung grundgelegt ist, auch in einer zunehmend säkularen Gesellschaft eine gute Grundlage für religiöses Leben in Nordrhein-Westfalen ist. Es geht nicht um Privilegierung der einen und Diskriminierung der anderen, sondern darum, religiöses Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen und rechtlich abzusichern.

Dabei vertreten wir als Kirchen gegenüber der Exekutive und der Legislative auf Landesebene nicht nur kirchliche Interessen. Wir nehmen immer auch das Gemeinwohl in den Blick – gerade in einer zunehmend säkularen und pluralen Gesellschaft. Das unterscheidet uns von bloßen Interessenvertretern oder „Lobbyisten“. Wir sind kein Verein – gegründet und tätig zum Nutzen und Frommen seiner Mitglieder. Als Kirchen leiten wir unsere Aufgabe aus dem Auftrag Jesu Christi ab, sein Wort zu verkündigen. Damit ist im Grunde schon alles gesagt: das Eintreten für die Schwachen, die ihre Interessen nicht selbst wahrnehmen können; das Engagement für den Frieden, das Einstehen für die Bewahrung der Schöpfung und der Einsatz für soziale Gerechtigkeit. Wer dieses „Programm“ mit den Zielsetzungen anderer Interessenvertretungen vergleicht,

braucht sich des, wenn man so will, „Lobbyismus“ der Kirche – denn das heißt so verstanden doch nichts anderes als: des Evangeliums (Röm 1,16) – nicht zu schämen.

So bemühen wir uns, mit allen im Gespräch zu sein. Neben den Kontakten zu Menschen anderer Religionen oder auch areligiösen Menschen ist uns eine gute ökumenische Zusammenarbeit auch im Interesse der Menschen in Politik und Verwaltung wichtig, für die wir auch unseren Dienst tun. Denn neben der Politikberatung gehört die Seelsorge zu unseren Aufgaben. Besonderer Ausdruck dessen sind unsere monatlichen Landtagsandachten in der jeweiligen Plenarwoche. Dort feiern wir in ökumenischer Verbunden-

heit im Raum der Stille des Landtages mit Landtagsabgeordneten Gottesdienst. So machen wir gemeinsam deutlich, dass gute politische Verantwortung um die Existenz einer Dimension weiß, die die innerweltliche Dimension übersteigt.

Antonius Hamers

*Geboren 1969 in Lennestadt, Priester des Bistums
Münster, Direktor des Katholischen Büros
Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, der Vertretung
der fünf (Erz-)Bistümer Köln, Paderborn, Münster,
Aachen und Essen.*

Thomas Weckelmann

*Geboren 1973 in Wuppertal, Kirchenrat,
Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung von Nordrhein-Westfalen –
Leiter des Evangelischen Büros NRW, Düsseldorf.*



10.10.2015

Kreis Euskirchen, Eifel

Marcus Keseberg, Teleskop-Operateur, vor dem Astropfeiler Stockert.

Das 1956 in Betrieb genommene Teleskop war seinerzeit das teuerste Forschungsprojekt Deutschlands. Heute ist es ein Industriedenkmal.

Ein Land mit Zukunft?



Erinnerungen und Betrachtungen

KURT BIEDENKOPF

Geboren 1930 in Ludwigshafen am Rhein, 1977 bis 1986 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe, bis 1987 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, 1990 bis 2002 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

Nordrhein-Westfalen ist ein Bindestrichland. Seine Entstehung im Jahre 1946 verdankt das Land an Rhein und Ruhr einer politischen Entscheidung der britischen Besatzungsmacht. Ihr Ziel war es, das Ruhrgebiet – einst die „Waffenschmiede“ des Deutschen Reiches – zwischen den beiden früheren preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen „einzubinden“.

Kohle und Stahl bildeten auch nach dem Zweiten Weltkrieg die wesentlichen Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung des Ruhrgebietes. Ihre wirtschaftliche Macht verdankten Bergbau und Stahlindustrie einflussreichen Kartellen, in denen die Unternehmen zusammengeschlossen waren. Gemeinsam

beherrschten sie den Markt. Ihre Organisation war leistungsfähiger als jede staatliche Verwaltung. Hitler boten sie die Grundlage für die Aufrüstung Deutschlands. Um jede Gefahr einer Wiederholung auszuschließen, verfügte die britische Besatzungsmacht in den Unternehmen die paritätische Mitbestimmung. An ihre Stelle trat später die erste europäische Institution in Gestalt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Bestandteil dieses ersten bedeutenden europäischen Vertragswerkes war die Montanmitbestimmung.

LEBENDIGE EINDRÜCKE

Dem „neuen Land NRW“ begegnete ich zum ersten Mal im Jahre 1956. Ein Förderer meines Lehrers an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität hatte mich zu einem Besuch des Reviers eingeladen. Ich sollte in wenigen Tagen die wichtigsten Bereiche von Kohle und Stahl kennenlernen. Was ich sah, war eine neue, mir unbekannte Welt. Sie ist mir bis heute in Erinnerung geblieben: die Arbeit der Bergleute, die unter Tage im Licht der Grubenlampen auf ihren Helmen, bei hohen Temperaturen mit bloßem Oberkörper die Kohle mit Drucklufthämmern aus dem Berg brachen und auf Laufbänder schippten; die gefährliche Arbeit am Hochofen und der drohende Fluss des Roheisens beim Abstich des Ofens, die Walzstraßen, die glühende Stahlblöcke zu langen Bändern oder Stangen formten; die Drahtwalzstraßen, deren Arbeitsplätze angesichts der besonders gefährlichen Arbeit vielfach von Familienmitgliedern besetzt und vom Vater auf den Sohn „vererbt“ wurden. Als ich wenige Tage später das Revier wieder verließ, nahm ich lebendige und wichtige Eindrücke mit nach Wiesbaden: von der Arbeit im Revier, von seinen Menschen, aber auch von ihren Leistungen für das zerstörte Deutschland und seinen Wiederaufbau.

DAS ENDE DER KOHLEKNAPPHEIT

Achtzehn Jahre später kehrte ich als Hochschullehrer nach Bochum zurück. Die Welt im Revier hatte sich tiefgreifend verändert. Kohle und Stahl hatten ihre prägende Kraft verloren. Das Öl begann, die Kohle zu verdrängen. Importkohle war billiger. Die Hohe Behörde der Montanunion hatte im Jahr 1956 noch eine Kohleknappheit prognostiziert. Die Prognose veranlasste den Ruhrbergbau, in den Vereinigten Staaten von Amerika Lieferverträge für Kohle abzuschließen. Aber die Prognose hatte sich als falsch erwiesen. Die technische Entwicklung hatte den Bergbau ebenso revolutioniert wie die Wirtschaft in ganz Deutschland. Das Land erlebte sein Wirtschaftswunder.

Mit der Ruhr-Universität Bochum entstand die erste Universität im Revier. Hochschulen in Dortmund und Essen folgten. Sie sollten vor allem

der Jugend ein Hochschulstudium vor Ort ermöglichen. Die Bevölkerung im Revier war stolz auf ihre Universitäten und die Chancen, die sich ihrer Jugend boten. Kaiser Wilhelm II. hatte gegen Ende des 19. Jahrhunderts angeordnet, dass es im Revier keine Hochschulen und keine Kasernen geben solle. Man befürchtete, von ihnen könnten Unruhen ausgehen. Die blieben unter der Jugend in den 1960er-Jahren auch im Revier nicht aus. Aber die Reaktion der Älteren war anders. Sie waren aufseiten der Universität. Als Studenten in Bochum das Verwaltungsgebäude besetzen wollten, rief der Betriebsratsvorsitzende von Opel Bochum an: Ob wir Ärger hätten? Wenn ja, wolle er einen Trupp seiner Leute zum „Ordnung schaffen“ schicken!

Nicht nur die Jugend war unruhig und auf der Suche nach einer neuen Sicht der Dinge. Auch im Revier und damit in NRW war eine Revolution im Gange. Statt Kohle und Stahl standen neue Techniken, neue Industrien, Lehre und Forschung, neue Wissenschaften und damit neue Arbeitschancen auf der Tagesordnung. Sie hatten es anfangs nicht leicht, sich zu behaupten. Die Auseinandersetzung im Revier zwischen dem Alten und dem unverzichtbaren Neuen dauerte Jahrzehnte. Industrieansiedlungen wie Opel in Bochum wurden noch in den 1960er-Jahren bekämpft. In bestehenden Unternehmen und in der Montanindustrie fürchtete man, Fachkräfte an die neuen Arbeitgeber zu verlieren. Die Zeit, in der Kohle und Stahl das Kraftzentrum gewesen waren, ging zu Ende. Kohle sollte von nun an subventioniert werden, obwohl sie auf dem Weltmarkt günstiger zu haben war und offene Märkte ihre Verfügbarkeit garantierten.

ZU GROSSZÜGIGE POLITIK

Das Alte zu erhalten, beeinflusste die Politik von Land und Bund. Sie gab sich auf Kosten des Staates großzügig. Die Neigung der politischen Kräfte war groß, den Forderungen nach Subventionen zu entsprechen. In Nordrhein-Westfalen wurden Bundestagswahlen gewonnen oder verloren. Wie wir heute wissen, hat die Großzügigkeit der Politik die Modernisierung des Ruhrgebietes nachhaltig verzögert. Noch 1987 warb Norbert Blüm für seine Wahl zum Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU mit den Symbolen von Kohle und Stahl: der Grubenlampe und dem Asbesthandschuh des Stahlkochers.

Heute ist Nordrhein-Westfalen ein anderes Land. Die alten Besitzstände haben ihre Macht verloren. Aber die Nostalgie, die Erinnerung und die Vergewisserung einer früheren stolzen Vergangenheit dauern fort. Und mit ihr auch die Praktiken und Verhaltensweisen der alten Zeit. Willy Brandt seufzte Anfang 1977, die Verfilzung von Bürokratie, Politik und wirtschaftlichen Interessen sei in keiner anderen Gegend dichter als in Berlin und im Revier. Der Wettbewerb, die europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die zunehmende Globalisierung haben auch hier Veränderungen erzwungen.

Millionen „Gastarbeiter“ aus zahlreichen Ländern, vor allem aus der Türkei, sind seit den 1960er-Jahren dem Ruf nach NRW gefolgt. Sie halfen beim Aufbau der westdeutschen Wirtschaft. Viele sind geblieben. Sie haben das Bild der Städte verändert, erweitert und vielfach bereichert. Christen und Muslime leben seit Jahrzehnten friedlich zusammen. All das kann Gutes bewirken, wenn wir das Neue mitgestalten und ihm nicht ängstlich begegnen. Aus den Erfahrungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen können wir für die Gegenwart viel gewinnen.

ZUKUNFT UND ZUWANDERUNG

Was bedeutet das für die Zukunft Nordrhein-Westfalens? Auch sie wird durch die Entstehungsgeschichte des Landes weiter beeinflusst werden. Die Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen und dem Revier sind ausgeprägter als in anderen großen Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg. In den östlichen und westlichen Randgebieten des Landes wirken sich zudem die Nähe von Niedersachsen und die kulturellen Gemeinsamkeiten der im Westen angrenzenden Gebiete aus. Die europäische Integration hat gerade dort Affinitäten und Einflüsse der Nachbarn verstärkt. In Krisenzeiten wird es schon deshalb schwerer fallen, im eigenen Land Gemeinsamkeiten zu mobilisieren. Hinzu kommt, dass sich das Ruhrgebiet weder den Identitäten des westlichen noch des östlichen Landesteils zugehörig fühlt. Es wird deshalb auch nicht auf seine eigene, wenn auch in relativ kurzer Zeit entstandene, historische Identität verzichten. Welche Bedeutung dabei den eingewanderten Bevölkerungsteilen zukommen wird, ist schwer vorauszusagen. Bei dem türkischstämmigen Teil könnten in Krisenzeiten Einflüsse aus der Türkei die Loyalität zu Nordrhein-Westfalen beeinträchtigen. Ähnliches gilt im Blick auf die konfessionellen Unterschiede. Risiken, die sich daraus ergeben könnten, lassen sich zwar nicht voraussagen. Aber sie werden auch nicht verschwinden, wenn man sie ignoriert.

Nicht nur die Zukunftsaussichten Nordrhein-Westfalens, sondern die ganz Deutschlands und Europas werden durch die demografische Entwicklung wesentlich beeinflusst. Das gilt zum einen für den europäischen Binnenraum. Die europäische Bevölkerung wird bis 2050 zwar annähernd konstant bleiben, aber signifikant altern. In NRW wird sie schrumpfen, es sei denn, ihr Rückgang wird durch weitere Zuwanderung ausgeglichen. Prognosen sind jedoch schwierig, denn niemand kann sicher sagen, welche Auswirkungen die Zuwächse der Bevölkerungen Afrikas und des Mittleren Ostens in den kommenden 25 Jahren für Europa haben werden. Die afrikanische Bevölkerung wird bis 2050 auf rund 2,3 bis 2,4 Milliarden anwachsen. Sie wird vor allem wesentlich jünger sein als die europäische. Ob eine Völkerwanderung von Afrika nach Europa gleichwohl vermieden werden kann, wird davon abhängen,

ob es gelingt, in absehbarer Zeit die Lebensverhältnisse auf dem afrikanischen Kontinent, vor allem in Nordafrika, wesentlich zu verbessern. In jedem Fall wird das demografische Ungleichgewicht zwischen Europa und Afrika Deutschland und die Europäische Union vor neue, in ihren Dimensionen unbekannte Aufgaben stellen. Dem größten Bundesland NRW werden daraus nicht nur neue Lasten, sondern auch neue Chancen erwachsen.

NRW war von Anfang an ein bedeutsamer Standort für Energietechnik, -versorgung und -forschung. Im Forschungszentrum Jülich wurden bahnbrechende Erkenntnisse gewonnen, auch im Bereich der Kernkraft. Diese Forschungen hatten zur Entwicklung von Kernreaktoren geführt, deren physikalische Beschaffenheit eine Kernschmelze ausschließt. Die Arbeiten wurden Ende des letzten Jahrhunderts beendet. Die Forschung aufzugeben, war ein Fehler. Deutschland hat sich damit von einer wissenschaftlichen Entwicklung verabschiedet, auf die unsere Erde bei acht Milliarden Bewohnern kaum verzichten kann. Ähnliches gilt für Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle. Nordrhein-Westfalen sollte prüfen, ob das Forschungsverbot trotz der Schwierigkeiten, die mit der Sicherung der Energiegrundlast nach dem Verzicht auf Kohle verbunden sein werden, aufrechterhalten werden soll.

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

Zu den Zukunftsaufgaben des Landes gehört sein Beitrag zur Sicherung der sozialen Systeme. Nordrhein-Westfalen kann für sich in Anspruch nehmen, dass nicht nur die Mitbestimmung, sondern auch die ersten politischen Gedanken und Grundlagen unseres heutigen Sozialsystems dort entwickelt wurden. Hierzu gehören beispielsweise die Düsseldorfer Leitsätze der CDU aus dem Jahr 1949. Der Einfluss des Landes auf die Grundlagenbeschlüsse, die Bundestag und Bundesrat 1958 zu den Sozialversicherungen fassten, wird auch heute gebraucht. Denn zunehmend wird auf überparteilicher Ebene sichtbar, dass die Auswirkungen der heutigen sozialen Ordnung die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu überfordern drohen.

Ein Zukunftsthema überragt an Bedeutung viele andere: die Last, die die geburtenstarken Jahrgänge zu ihrem eigenen Vorteil den geburten-schwachen Jahrgängen in den letzten Jahren aufgebürdet haben und die sie ihnen im Laufe der kommenden fünfzehn Jahre in Gänze hinterlassen werden. Es geht um die Gerechtigkeit zwischen den Generationen und die Verantwortung für ihre Verwirklichung.

Zu dieser Verantwortung der heutigen politischen Entscheidungsträger gehört auch die Gewährleistung, dass die Generation ihrer Kinder nicht nur das notwendige Wissen und Können mitbringt, sondern auch eine gesundheitliche Verfassung, die sie befähigt, die künftigen Lasten zu tragen. Zunehmend wird erkannt, dass dies bei einer signifikanten Minderheit nicht länger

der Fall ist. Es reicht deshalb nicht, nur Institutionen zu verändern, mit neuen Zahlen zu spielen und künftige Rentenhöhen zu berechnen. Zur sozialen Gerechtigkeit der Zukunft gehört auch die Frage, was die nächste Generation tatsächlich leisten kann und was sie überfordern würde. NRW sollte auf die Fragen eine eigene, aus dem sozialen Gewissen des Landes abgeleitete Antwort geben. Sie wird Schule, Gesundheit, Chancen und Motivation der Jungen umfassen und die Bereitschaft der Älteren, dafür Verantwortung zu tragen. Wenn NRW dazu keinen wesentlichen Beitrag leistet, wird es keine gemeinsame Antwort geben können.

AGRICOLAS „GLÜCKAUF“

Vieles ließe sich zum wohl wichtigsten Bundesland noch sagen. Ich verdanke ihm viel an Erfolgen, aber auch an Niederlagen. Beides hat mir nicht geschadet. Aus beiden habe ich gelernt. Was ich in NRW lernen konnte, habe ich in ein Land mitgenommen, das fälschlich ein „neues“ Bundesland genannt wird. Dort gab es schon Bergbau, als die Ruhrlandschaft noch eine bäuerliche Landschaft war. Dort schrieb Agricola im 16. Jahrhundert das erste Lehrbuch des Bergbaus, und dort grüßen sich seit Jahrhunderten die Bergleute mit „Glückauf“. Als ich vor Jahren Bergleute auf einer Versammlung im Revier mit „Glückauf“ grüßte, wurde ich dafür gelobt. Als ich anschließend von der Herkunft des Grußes erzählte, war die Gesellschaft am Ehrentisch verblüfft. Es ist ein schöner Gruß. Ihn rufe ich auch Nordrhein-Westfalen zu!

Ein historischer Zufall?

—

Zum Untergang des sowjetischen Imperiums

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

Geboren 1952 in Krefeld, seit 2009
Leiter der Hauptabteilung Wissen-
schaftliche Dienste /Archiv für
Christlich-Demokratische Politik
der Konrad-Adenauer-Stiftung,
Dr. rer. pol., apl. Professor an der
Universität Bonn.

Dass Imperien untergehen, ist in der Welt-
geschichte ein bekanntes Phänomen. Der Fall
großer Reiche geht mit dem Herrschafts-
verlust mächtiger Potentaten einher und ruft
meist wilde Verschwörungstheorien auf den
Plan, die dunklen Kräften Schuld an dem Nie-
dergang geben. Sie dienen der Erklärung für
den Zusammenbruch und sollen den Macht-

verfall rechtfertigen. Nicht anders verhält es sich beim Zerfall des sowjeti-
schen Hegemonialsystems und beim Ende der UdSSR, das vor einem Viertel-
jahrhundert am 25. Dezember 1991 besiegelt wurde.

Der einstige Koloss entstand am 30. Dezember 1922 aus dem Zaren-
reich im Zuge der Oktoberrevolution 1917 in Gestalt der Union der Sozialis-
tischen Sowjetrepubliken und existierte 69 Jahre. Wie einst Großreiche an

Dekadenz, Katastrophen, verpassten Reformen, Bürgerkrieg, imperialer Überdehnung und ökonomischer Divergenz zwischen der Zentralmacht und ihren Regionen scheiterten, so lassen sich einige dieser Faktoren auch beim Untergang der Sowjetunion beobachten. Indes liegen die Gründe für den schleichenden Zerfallsprozess des Imperiums, sowohl im Inneren der Union als auch in der äußeren Einflusssphäre, tiefer und reichen weit in die Vergangenheit zurück.

Im Inneren verstärkten sich Anfang der 1980er-Jahre Diskrepanzen zwischen der veralteten Kreml-Garde der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) mit Leonid Breschnew, Juri Andropow und Konstantin Tschernenko, ihren ideologischen Ansprüchen, die mit der Realität wenig gemein hatten, dem verkrusteten, einer Diktatur gleichen zentralistischen Herrschaftssystem, das reformunfähig war, und dem ökonomischen Niedergang. Notwendige staatliche und gesellschaftliche Veränderungen des Unionssystems blieben aus. Die KPdSU stand vor einem Generationenwechsel, auf den sie nicht wirklich vorbereitet war, da sich in derartig diktatorisch regierten Staaten der Machtwechsel gewöhnlich durch Sturz der Führungsfigur vollzieht.

GORBATSCHOWS PERESTROIKA

Über die Ursachen für diese Entwicklungen wird unverändert gestritten. Manche sehen in der Modernisierung der Sowjetunion das eigentliche Ziel von Michail Gorbatschows Politik der Perestroika. Seine kommunistische Rhetorik nutzte er, um Konservative in der Partei zu beruhigen, in Wirklichkeit aber verstärkte Gedanken westlicher sozialer Demokratie durchzusetzen. Andere hingegen hielten immer schon sein Reformgerede lediglich für vorgeschoben, weil eine umfassende Änderung des zentralistischen Systems ausblieb. Ebenso fraglich ist, ob Gorbatschow intendierte, mit seiner Reformpolitik einerseits die Sowjetunion zu bewahren und andererseits den Sozialismus in eine zivildemokratische Gesellschaftsordnung umzugestalten. Dabei waren das sowjetische Imperium und das kommunistische Regime ökonomisch nicht mehr zu retten. Stagnierende Wirtschaftsleistungen über Jahre hinweg, hohe US-Dollar-Verluste aufgrund des gesunkenen Ölpreises, das westliche Hochtechnologieembargo und Katastrophen wie in Tschernobyl – die berechtigte Zweifel an der Technologiekompetenz aufkommen ließen – verschärfte die sozioökonomische Krise und Verfallsentwicklung des Sowjetsystems. Bisher ist unklar, ob Gorbatschows Politik den Niedergang verursacht oder gar beschleunigt hat, oder ob der wirtschaftliche Zusammenbruch unaufhaltsam war und er lediglich versuchte, den Prozess dringend erforderlicher Gesellschaftsreformen erträglich zu gestalten, wie er selbst behauptet. Die Frage zu stellen, ob die Sowjetunion ohne Reformen hätte überleben können, ist überflüssig, weil hypothetisch.

Neben der Ökonomie spielte ebenso die Oppression eine Rolle. Die Sowjetunion als Vielvölkerstaat konnte die Hunderte verschiedener Volksgruppen nur mit Zwang kontrollieren. Ethnische Identitäten, die sich auseinander entwickelten, und wachsende Nationalitätenkonflikte bargen Sprengkraft und ließen sich mit der von Russland dominierten Föderationspolitik zunehmend schwerer in Einklang bringen. Hinzu kam, dass Gorbatschows Glasnost-Politik zur Wiederentdeckung und Neubewertung der eigenen Vergangenheit führte. Sowjetische Intellektuelle benannten die Perversionen der Schreckensherrschaft Stalins und deuteten nun den Hitler-Stalin-Pakt als Ausgangspunkt seiner Expansionspolitik, die Polen teilte und das Baltikum sowie Moldawien dem Einfluss Moskaus unterwarf.

Im Ost-West-Konflikt machte sich in den 1980er-Jahren die ökonomische und militärische Erschöpfung der Sowjetunion zusehends bemerkbar. Ausgaben für Rüstungsgüter gingen ausnahmslos auf Kosten der Konsumgüterindustrie. Der Krenmlführung fehlte es an Weitsicht, die Verhandlungen über den NATO-Doppelbeschluss mit dem Westen für Abrüstungsvereinbarungen zu nutzen, um die eigene Wirtschaft zu entlasten und Reformen voranzutreiben. Das Land war außerstande, der neuen Eskalationsstufe im Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten nachzukommen, die sich mit der geplanten Einführung satellitengestützter Raketensysteme (SDI-Programm) der Reagan-Administration abzeichnete. Gorbatschow reagierte darauf mit dem Abschluss des INF-Abkommens über nukleare Mittelstreckenwaffen und beendete mit dem Abzug der Roten Armee aus Afghanistan 1989 den zehn Jahre zuvor begonnenen Versuch, durch Zugang zum Indischen Ozean die geostrategische Position zu verbessern.

ABKEHR VON DER „BRESCHNEW-DOKTRIN“

In Osteuropa verlangte die herangewachsene Nachkriegsgeneration mehr Freiheit und Prosperität. Die Überzeugungskraft der kommunistischen Ideologie verblasste, je mehr sich Oppositions- und Freiheitsbewegungen, besonders die Solidarność in Polen, ausbreiteten. Gorbatschows Abkehr von der „Breschnew-Doktrin“ spielte eine entscheidende Rolle. Als nach dem Fall der Mauer in Berlin die Bevölkerungen in den Warschauer-Pakt-Staaten aufbegehren, um die Jahreswende 1989/90 reihenweise Führer der kommunistischen Parteien stürzten und Regimewechsel folgten, war Gorbatschow Gefangener seiner eigenen Politik. Sie wäre unglaublich geworden, hätte er versucht, gegen solche Veränderungen politisch oder gar militärisch vorzugehen. Da die Sowjetmacht auf Intervention verzichtete, die DDR aufgrund der bevorstehenden Wiedervereinigung Deutschlands, dessen NATO-Mitgliedschaft politisch beschlossen war, aus den militärischen Strukturen des Warschauer Pakts am 24. September 1990 ausschied, war ein entscheidender

Schritt zur Liquidierung des Bündnisses getan, die zum 1. Juli 1991 erfolgte. Auf dem europäischen Kontinent änderte sich die sicherheitspolitische Ordnung grundlegend.

Den Kalten Krieg verlor die Sowjetunion ökonomisch, politisch-ideologisch und militärtechnologisch angesichts ausbleibender Forschungsentwicklungen. Die Hegemonialmacht musste zusehen, wie ihr Herrschaftssystem über Ostmitteleuropa schrittweise zusammenbrach. Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien entzogen sich der kommunistischen Bevormundung, strebten nach Selbstbestimmung und wandten sich dem Westen in der Hoffnung zu, bald Anschluss an den besseren Lebensstandard zu erlangen. Erste Zeichen der Abkehr vom Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und für eine vorsichtige Annäherung an die Europäischen Gemeinschaften waren das Assoziierungsabkommen und das Wirtschaftshilfeprogramm für Polen und Ungarn (*Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies*, PHARE) 1989. Zugleich scheiterten Bemühungen, den RGW marktwirtschaftlich zu reformieren, sodass dieses System der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft Ende Juni 1991 die Arbeit einstellte.

Parallel vollzog sich ein allmählicher Erosionsprozess der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der mit den Unabhängigkeitserklärungen der drei baltischen Staaten im März und Mai 1990 begann und sich im April 1991 mit der Ablösung Georgiens von der UdSSR fortsetzte. Der gescheiterte Putsch gegen Präsident Gorbatschow vom August 1991 signalisierte elf weiteren Unionsrepubliken dessen Führungsschwäche und ermunterte sie, sich loszusagen. Ebenso versuchte Boris Jelzin, die Schwäche Gorbatschows auszunutzen und an die Macht zu gelangen. Als Konsequenz vereinbarten die Präsidenten Russlands, Boris Jelzin, der Ukraine, Leonid Krawtschuk, und Weißrusslands, Stanislaw Schuschkewitsch, am 8. Dezember 1991, den Unionsvertrag von 1922 außer Kraft zu setzen. Stattdessen wurde die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) vereinbart, der am 21. Dezember acht weitere, kurz davor unabhängig gewordene Sowjetrepubliken beitraten.

VERLUST DER WELTMACHTPOSITION

Der Untergang der Sowjetunion war keineswegs ein Zufall, vielmehr das Produkt jahrzehntelanger Fehlentwicklungen, mit denen Russland auch gegenwärtig noch zu kämpfen hat. Nicht Gorbatschows Reformeifer, sondern Jelzins Verhalten 1991 und der Kapitalismus, so meinen Kritiker, die dem Sozialismus nachtrauern, heute noch, zerstörten die Errungenschaften des Sowjetvolkes. Die neue Ordnung in Europa schuf teils bis in die Gegenwart nachwirkende Probleme. Estland, Lettland und Litauen, Polen, Ungarn, der

zusätzliche Zerfall der Tschechoslowakei in Tschechien und die Slowakei als eigenständige Republiken, Bulgarien und Rumänien, sie alle suchten sicherheitspolitischen Schutz bei der NATO und traten der Europäischen Union (EU) bei. Dagegen verblieben die weiter im Osten liegenden Staaten Ukraine, Moldawien und Georgien in einem machtpolitischen Vakuum. Regionale Konflikte und Bürgerkriege am Rand des Sowjetreichs waren in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten die Folge. Beispiele sind die Konflikte zwischen Georgien und Abchasien, um Transnistrien, im Kaukasus (Tschetschenien, Bergkarabach, Dagestan), in Zentralasien (Tadschikistan, Aufstände in Südkirgisistan) bis hin zur Krimkrise und dem Krieg in der Ukraine seit 2014.

Unter Präsident Wladimir Putin kämpft Russland seitdem um die Anerkennung seines Weltmachtstatus. Der Zerfall des sowjetischen Imperiums hat die russische Seele stärker getroffen, als viele Beobachter im Westen es für möglich gehalten haben. Alte Traumata bestehen in Russland derzeit fort, neue sind hinzugekommen. Verlust der Weltmachtposition, insbesondere in den Augen der Regierung in Washington, Furcht vor Einkreisung und Isolierung seitens der Vereinigten Staaten, Chinas und der EU erklären zum Teil, warum Putins Politik im eigenen Lande so viel Unterstützung findet. Er bedient das Volksempfinden, das danach lechzt, Russland als globale Macht anerkannt zu sehen wie die einstige UdSSR.

Ungeliebt, gespalten, kaltgestellt

Was geschah mit den russischen Reformern?

MARKUS WEHNER

Geboren 1963 in Fulda, 1999 bis 2004 Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Moskau, seit 2004 Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ in Berlin.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zu einem Elitenwechsel an der Spitze des Staates. Schon die Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hatte sich gespalten in einen Flügel der Reformen unter Führung von Michail Gorbatschow und einen Flügel der orthodoxen Kommunisten. Mit dem gescheiter-

ten Putsch der orthodoxen Kommunisten gegen Gorbatschow im August 1991 war deren Zeit zu Ende. Zugleich verlor aber auch Gorbatschow mit dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion seine Macht. An seine Stelle trat Boris Jelzin, der neue Präsident der Russischen Föderation. Er stand die gesamten 1990er-Jahre an der Spitze des neuen Staates. Mit Jelzin kam eine neue Generation an die Macht: Sie setzten auf Marktwirtschaft und Demokratie und

wurden als Reformer bezeichnet. Zu ihnen gehörten Jegor Gaidar, Anatoli Tschubais, Boris Nemzow und Grigori Jawlinski – um nur die bekanntesten zu nennen. Sie alle spielen im politischen Leben Russlands keine oder nur eine geringe Rolle. Dasselbe gilt für die Parteien, denen sie angehörten und die sie anführten. Reformer haben im heutigen Russland wenig Unterstützung. Mehr noch: Für viele Russen hat das Wort „Reformen“ einen negativen Klang, ebenso wie „Liberaler“ und „Demokrat“.

Heute verbreitet die Führung unter Präsident Wladimir Putin eine aggressive nationalistische und antiwestliche Propaganda. Sie hat sich mit der Krim-Annexion, der Unterstützung der Separatisten in der Ost-Ukraine und dem Krieg in Syrien in eine direkte Konfrontation mit dem Westen begeben. Die russische Wirtschaft befindet sich in einer schweren Krise, bedingt durch ihre einseitige Ausrichtung auf den Export von Rohstoffen, vor allem Öl, und das Fehlen eines breiten Sektors mittlerer und kleinerer Unternehmen, in geringerem Maße auch durch westliche Sanktionen. Wirtschaftliche Reformen scheinen den meisten russischen Ökonomen heute zwar unabdingbar, damit es wieder zu Wachstum kommt und eine dauerhafte Stagnation verhindert wird. Präsident Putin fürchtet jedoch, dass Wirtschaftsreformen zu einem lautereren Ruf nach politischen Reformen führen werden.

ZEIT DER HOFFNUNGEN

Wie kam es dazu, dass die Reformer ihre Bedeutung verloren haben? Durch das Ende des Kommunismus brach eine Zeit der Hoffnungen an, es entwickelte sich eine bisher nicht gekannte gesellschaftliche Aktivität. Nicht nur im Westen, sondern auch in Russland waren viele überzeugt, dass es nur wenige Jahre dauern würde, bis Russland durch die Kräfte der Marktwirtschaft und der Demokratie zu einem „normalen Land“ werden würde. Doch es gab keine Rezepte, wie der Übergang von der sowjetischen Diktatur und Kommandowirtschaft zu einem neuen politischen und wirtschaftlichen System gestaltet werden sollte. Federführend für die Wirtschaftsreformen wurden Wissenschaftler und Ökonomen aus dem Reformflügel der Kommunistischen Partei. Der wichtigste war zunächst Jegor Gaidar, ein Ökonom, der im Zeichen der Perestroika das Wirtschaftsressort bei der theoretischen Zeitschrift *Kommunist* und ab 1990 bei der Parteizeitung *Prawda* leitete. Nach dem Augustputsch wurde er Wirtschaftsminister und 1992 stellvertretender Ministerpräsident. In dieser Zeit verloren viele Bürger durch die rasende Inflation große Teile ihrer privaten Sparvermögen. Gaidar wurde für diese „Schocktherapie“ verantwortlich gemacht. Er verließ 1994 die Regierung.

Zusammen mit ihm gilt Anatoli Tschubais als wichtigste Figur der Reformer. Er war zunächst während der Perestroika in Leningrad für Wirtschaftsreformen zuständig, wurde 1991 einer der engsten Mitarbeiter des

Sankt Petersburger Oberbürgermeisters Anatoli Sobtschak, zu dessen Mannschaft auch der heutige Präsident Wladimir Putin gehörte. Tschubais, in den 1990er-Jahren mehrfach Vize-Ministerpräsident, gilt als Erfinder der Voucher-Privatisierung, mit der die Führung versuchte, durch Anteilsscheine die Staatsbetriebe in private Unternehmen zu überführen. Mehr als die Hälfte der Anteile ging jedoch an die Direktoren der Betriebe. Die Idee, dass die Arbeiter und Bürger selbst zu Besitzern der Betriebe werden sollten, schlug fehl. Die meisten Russen verkauften ihre Anteilsscheine auf dem Schwarzmarkt. Gewinner der Privatisierung waren neben den alten Direktoren die Schwarzmarktunternehmer und die Kriminellen. Wegen der großen Unbeliebtheit der Wirtschaftsreformen wurde Tschubais 1996 von Jelzin aus der Regierung entlassen. Er leitete 1996 aber den Wahlkampf Jelzins, der von führenden Oligarchen unterstützt, finanziert und manipuliert wurde. Tschubais kehrte bald in die Regierung zurück – erst die schwere Finanzkrise 1998 führte zu seinem endgültigen Ausscheiden. Tschubais wurde einer der meistgehassten Politiker Russlands. Er war mehrmals Ziel von Attentaten, zum letzten Mal 2005. Von 1998 bis 2008 leitete Tschubais, der als hervorragender Manager gilt, den halbstaatlichen Stromkonzern EES Rossii. Seitdem ist er Verwaltungsratsvorsitzender von Rusnano, einem Unternehmen, das sich der Kommerzialisierung der Nanotechnologie widmet.

**BORIS NEMZOW,
SERGEI KIRIJENKO,
GRIGORI JAWLINSKI**

Der dritte, der eine besondere Rolle unter den „jungen Reformern“ der Jelzin-Ära spielte, war Boris Nemzow. Er stammte aus Gorki, heute Nischni Nowgorod. Bei der ersten sowjetischen Wahl mit mehreren konkurrierenden Parteien im März 1990 wurde er in den Obersten Sowjet gewählt. Weil er sich beim Augustputsch 1991 auf die Seite von Boris Jelzin gestellt hatte, ernannte der neue russische Präsident ihn im Alter von 32 Jahren zum Gouverneur des Gebiets Nischni Nowgorod. Unter Nemzow wurden Stadt und Gebiet zum Vorzeigeprojekt für Reformen und Privatisierung. Mehr Praktiker als etwa Gaidar, gelang es Nemzow, die Reformen so zu gestalten, dass er als Gouverneur wiedergewählt und auch in ganz Russland populär wurde. Anfang 1997 holte Jelzin ihn als Vize-Ministerpräsidenten in die Regierung. Viele sahen in ihm den Nachfolger Jelzins. Die Finanzkrise 1998 setzte Nemzows Karriere in der Regierung jedoch ein jähes Ende. Er bot seinen Rücktritt an, den Jelzin annahm. Ein anderer Reformler aus Nischni Nowgorod, der damals 35 Jahre alte Sergei Kirijenko, verlor durch die Krise nach nur fünf Monaten sein Amt als Ministerpräsident. Auch Tschubais schied aus der Regierung aus. Jelzin setzte nun auf konservativere Kräfte.

Einer, der Nemzow bei den Reformen in Nischni Nowgorod beraten hatte, war Grigori Jawlinski. Der aus Lemberg, ukrainisch Lwiw, stammende Wirtschaftswissenschaftler hatte schon zu Zeiten der Perestroika Wirtschaftsreformen konzipiert. Er wurde 1989 in den Ministerrat der Sowjetunion berufen, arbeitete ein Programm der „500 Tage“ des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft aus, das jedoch im Obersten Sowjet der UdSSR scheiterte. Ähnlich erging es ihm mit einem weiteren Programm, das er 1991 für Jelzin entwarf, ohne dass jener es annahm. Jawlinski trat deshalb aus der Regierung aus. Er blieb auch in den 1990er-Jahren auf Distanz zu den Wirtschaftsliberalen wie Tschubais, denen er Korruption und eine allzu große Nähe zu den neuen Superreichen, den Oligarchen, vorwarf. Einen Zusammenschluss mit den anderen Reformern lehnte Jawlinski ab, da er eine liberale Politik mit der Betonung der sozialen Aspekte vertrete. Ihm wurde deshalb immer wieder vorgeworfen, die demokratische Opposition zu spalten. Jawlinski kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen 1996 und 2000 – er erhielt 7,4 und 5,8 Prozent der Wählerstimmen.

GESPALTEN UND MACHTLOS

Die Uneinigkeit der Reformer war von Anfang an eines ihrer herausragenden Merkmale – und ist bis heute ein Markenzeichen der demokratischen Opposition in Russland geblieben. Jawlinski führte seit 1993 die sozialliberale Partei *Jabloko* („Apfel“) an. Sie erreichte besonders in der Mittelschicht der großen Städte, unter Intellektuellen und jungen Leuten hohe Zustimmung. Bei den ersten Wahlen zur Duma, dem russischen Parlament, erhielt sie 1993 knapp acht Prozent der Stimmen, bei den folgenden 1995 sieben Prozent, 1999 noch sechs Prozent. Mit dem Amtsantritt Wladimir Putins im Jahr 2000 sank der politische Einfluss der Reformer zusehends. Der Zugang zu den Massenmedien wurde für sie immer stärker eingeschränkt, zudem wurden die Wahlen zugunsten der Kreml-Partei manipuliert. *Jabloko* verfehlte so 2003 die Fünf-Prozent-Hürde mit 4,3 Prozent, ebenso bei der Duma-Wahl 2007. Jawlinski trat als Parteivorsitzender zurück. Nur bei regionalen Wahlen, etwa in Sankt Petersburg, gelang der Partei noch der Sprung ins Parlament.

Nemzow gründete zusammen mit Tschubais und anderen Reformern wie Irina Chakamada und Sergei Kirijenko 1999 die „Union der rechten Kräfte“, wobei der Begriff „rechts“ im russischen Kontext für wirtschaftsliberal steht. Sie erreichte bei der Duma-Wahl 1999 noch 8,6 Prozent der Stimmen. Die Partei verlor jedoch zusehends an Einfluss, was auch an der inneren Zerstrittenheit lag. Während Nemzow immer deutlicher den Kurs Putins als antidemokratisch kritisierte, vertrat der Mitvorsitzende Tschubais eine Pro-Putin-Linie. Das Profil der Partei blieb damit unklar. 2003 scheiterte sie bei der Duma-Wahl mit vier Prozent an der Fünf-Prozent-Hürde.

Es ist jedoch wahrscheinlich, dass dieses Ergebnis manipuliert wurde, um die demokratischen Parteien aus der Duma herauszuhalten. Tschubais, Nemzow und Gaidar traten vom Parteivorsitz zurück. Für eine demokratische Opposition war in der Duma der Putin-Ära kein Platz mehr – die Duma ist seitdem nur noch dazu da, die Entscheidungen des Kremls abzusegnen.

PUTIN UND DER KGB

Putin trennte sich nach und nach von den Reformern der Jelzin-Zeit. Er brachte stattdessen seine eigenen Reformer aus Sankt Petersburg mit. Das waren vor allem Finanzminister Alexei Kudrin und der Wirtschafts- und Handelsminister German Gref. Zunächst stützte sich Putin auf zwei Flügel. Der eine Flügel bestand aus seinen alten Gefährten aus dem Geheimdienst KGB, der andere aus Wirtschaftsliberalen, die den ökonomischen Kurs bestimmten. Doch der Einfluss der Liberalen sank. Putin setzte immer mehr auf die Leute aus den Geheimdiensten und dem Militär. Kudrin, der liberalste Politiker unter den Vertrauten Putins, verließ im September 2011 die Regierung. Der Einfluss der Liberalen verschwand fast völlig, nachdem Putin in Reaktion auf die Straßenproteste des Winters 2011/12 gegen die Fälschungen bei der Duma-Wahl einen harten reaktionären innenpolitischen Kurs eingeschlagen hatte. Ganz verschwunden sind die Liberalen aber nicht: Kudrin, der 2011/12 auch an Demonstrationen der Opposition teilnahm, wurde 2015 zum Vizechef des Wirtschaftsrats beim Präsidenten berufen, übernahm also eine Beratertätigkeit. Im Zuge der Proteste von 2011/12 tauchten neue Gesichter der Opposition auf, die die alte Garde der Liberalen in den Schatten stellte. Der bekannteste ist der Blogger Alexei Nawalni, der vor allem durch die Aufdeckung von Korruptionsfällen unter Spitzenpolitikern und Spitzenbeamten von sich reden macht.

Die Zeit der Reformen in den 1990er-Jahren ist vielen Russen als Zeit des Überlebenskampfes in Erinnerung. Die Auflösung aller gewohnten Bindungen brachte zwar intellektuelle Freiheit – jedoch ebenso für die Mehrheit der Russen Armut, Arbeitslosigkeit und Ungewissheit, für eine Minderheit hingegen zügellose Bereicherung und ungebremsten Luxus. Putin kam in einem Moment an die Macht, als die Sehnsucht nach einem starken Staat, einem Stopp des Verfalls und nach wirtschaftlichem Aufstieg für breite Bevölkerungsschichten ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die Reformer der 1990er-Jahre wurden für die Wirren dieser Zeit verantwortlich gemacht. Ihre historische Leistung war es, den Kommunismus als politisches und wirtschaftliches System endgültig zerschlagen zu haben. Doch die Begleiterscheinungen dieses Prozesses waren mit ungeheuren Verwerfungen verbunden, zu denen auch der Aufstieg der Oligarchen gehörte. In den Augen der Mehrheit der russischen Bevölkerung haben die Reformer sich deshalb diskreditiert.

Wenn sie noch in der Regierungspolitik aktiv sind, so sind sie heute eher Technokraten denn politische Liberale. Ein ehemaliger Reformler, Sergei Kirilenko, der seit 2005 Direktor der Föderalen Agentur für Atomenergie (Rosatom) war, wurde Anfang Oktober 2016 zum neuen stellvertretenden Stabschef Putins im Kreml ernannt. Ein politischer Kurswechsel war damit aber nicht verbunden.

TOD AN DER MOSKWA

Das Engagement einiger Reformler in der Opposition gegen Putin blieb nicht ohne drastische Folgen. Jegor Gaidar, der Vater der Wirtschaftsreformen in den 1990er-Jahren, brach 2006 auf einer Konferenz in Dublin zusammen. Er äußerte später die Vermutung, vergiftet worden zu sein. Mehrere russische Oppositionelle erlebten Ähnliches; zuletzt wurde 2015 der Weggefährte von Boris Nemzow, Wladimir Kara-Mursa, vergiftet und überlebte mit Glück. Gaidar starb 2009 in Moskau im Alter von 53 Jahren an einem Herzinfarkt. Grigori Jawlinski, heute 64, kehrte 2016 überraschend auf die politische Bühne zurück – wieder als Vorsitzender seiner Partei *Jabloko*. Bei den Duma-Wahlen konnte die Partei in Moskau und Sankt Petersburg bis zu zehn Prozent der Stimmen holen – landesweit aber blieb sie nahezu bedeutungslos und kam nur auf zwei Prozent der Stimmen. Im Vorfeld der Duma-Wahl hatte es die demokratische und liberale Opposition einmal mehr nicht vermocht, eine Koalition zu bilden. Der Kreml trug seinen Teil mit bewährten Methoden dazu bei, dass es nicht dazu kam. So zeigte der Staatssender NTV ein heimlich gedrehtes Video, das den umstrittenen Oppositionspolitiker und früheren Ministerpräsidenten Michail Kasjanow zeigte, wie er mit einer Parteifreundin im Bett über die Führer der anderen Oppositionsparteien herzog.

Den politisch klarsten Weg unter den Reformern der Jelzin-Zeit ging Boris Nemzow. Er stellte sich in entschiedene Opposition zu Putin. Bei Demonstrationen gegen Putin wurde er ab 2007 mehrfach vorübergehend festgenommen. Nemzow unterstützte 2014 die Maidan-Bewegung in der Ukraine und kritisierte den von Russland unterstützten Krieg der Separatisten im Osten des Nachbarlandes. Er beriet auch die amerikanische Regierung bei der Erstellung der Sanktionslisten gegen Personen im Umfeld von Präsident Putin. Auf Moskaus Straßen wurde er dafür öffentlich auf Großplakaten als Verräter gebrandmarkt. Am späten Abend des 27. Februar 2015 wurde Nemzow an der Großen Moskwa-Brücke in unmittelbarer Nähe des Kremls erschossen. Noch heute erinnern täglich Blumen, Fotografien und Schautafeln, die von Bürgern an den Tatort gebracht werden, an den Mord. Die Ermittlungen führen in das Umfeld des Tschetschenenführers Ramsan Kadyrow, der sich auf die Loyalität zu Putin stützt. Die russischen Reformler der 1990er-Jahre sind heute entweder angepasst, diskreditiert, marginalisiert – oder aber tot.

„Die größte geopolitische Katastrophe“?

Eine ambivalente Zwischenbilanz nach 25 Jahren

ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Das Ende war unspektakulär: Was im November 1917 – nach damaligem russischen Kalender war es Oktober – mit den Schüssen des Panzerkreuzers Aurora in Petrograd (Sankt Petersburg) angefangen hatte, endete am 25. Dezember 1991 mit dem Einholen der roten Fahne über dem Moskauer Kreml. Die Sowjetunion, der erste kommunistische Staat, hatte aufgehört, zu bestehen. Erstaunlich war weniger die Tatsache des Zusammenbruchs selbst als vielmehr seine Art und Geschwindigkeit. Die Basis der Sowjetunion war schon lange erodiert. Misswirtschaft

Das Ende war unspektakulär: Was im November 1917 – nach damaligem russischen Kalender war es Oktober – mit den Schüssen des Panzerkreuzers Aurora in Petrograd (Sankt Petersburg) angefangen hatte, endete am 25. Dezember 1991 mit dem Einholen der roten Fahne über dem Moskauer Kreml. Die Sowjetunion, der erste kommunistische Staat, hatte aufgehört, zu bestehen. Erstaunlich war weniger die Tatsache des Zusammenbruchs selbst als vielmehr seine Art und Geschwindigkeit. Die Basis der Sowjetunion war schon lange erodiert. Misswirtschaft

und grassierende Korruption hatten das Land zugrunde gerichtet. Anhaltende Menschenrechtsverletzungen erregten den Unmut freiheitsliebender Dissidenten, und auch die stärker werdenden nationalen Unabhängigkeitsbewegungen ließen sich nur mit Gewalt unterdrücken. Als der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow mit seiner Reformpolitik den Druck lockerte, führte dies entgegen seinen Erwartungen nicht zu einer Renaissance des Kommunismus, sondern zu dessen endgültigem Zusammenbruch.

Mit dem Kollaps der UdSSR ging jedoch mehr zu Ende als das kommunistische Menschenexperiment. Es zerfiel zugleich ein Vielvölkerreich, das älter war als der aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Staat. Der überwiegende Teil der heute unabhängigen Staaten, wie die Ukraine, Georgien, Kasachstan oder Kirgisistan, war bereits im Laufe der vergangenen Jahrhunderte in den Herrschaftsbereich des Zarenreichs gekommen, meist infolge kriegerischer Auseinandersetzungen.

FREIHEIT UND ZERFALL

Die Zusammenbrüche multiethnischer Imperien sind in ihren Wirkungen immer ambivalent. Sie bringen nationale Selbstbestimmung und neue ethnische Minderheiten, mehr Freiheit und einen Verlust an Gewissheiten, neue Grenzen und neue Revisionsbestrebungen. Als Beispiel hierfür mag die Monarchie Österreich-Ungarn dienen: Die Tschechoslowakei wurde nach dem Untergang des Habsburger Reichs im Ersten Weltkrieg unabhängig, gleichzeitig entstand das Problem der dort lebenden deutschen Bevölkerungsgruppe, die Hitler zwei Jahrzehnte später den Vorwand für die Eroberung des Landes liefern sollte. Die Schaffung Rumäniens weckte Revanchegelüste Ungarns, und zahlreiche Minderheiten fühlten sich in den neuen Nationalstaaten verloren. Der des Revanchismus unverdächtige Joseph Roth, der aus dem nun polnischen Galizien stammte, trauerte in seinen Büchern dem untergegangenen Vielvölkerstaat nach.

Auch im Falle der Sowjetunion liegen Gewinn und Verlust nahe beieinander. Am eindeutigsten lässt sich ihr Ende für die baltischen Staaten als Freiheitsgeschichte erzählen. Estland, Lettland und Litauen hatten bereits nach dem Ersten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit erlangt. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt wurden sie 1940 von der UdSSR annektiert und Hunderttausende ihrer Bewohner nach Sibirien und Kasachstan verschleppt. Der Großteil der Bevölkerung akzeptierte den Verlust der nationalen Unabhängigkeit nie. Dementsprechend war es wenig verwunderlich, dass die Wiedererlangung der vollen Souveränität ganz oben auf der Liste der Forderungen stand, die erhoben wurden, nachdem Gorbatschows Reformen den Raum dafür geschaffen hatten: Am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts, demonstrieren rund zwei Millionen Balten mit einer 600 Kilometer langen Menschenkette

von Tallinn über Riga nach Vilnius für ihr Recht auf Selbstbestimmung, und 1990 erklärten die drei Sowjetrepubliken ihre Unabhängigkeit. Moskau reagierte mit Gewalt und schickte im Januar 1991 Panzer ins litauische Vilnius, traf dort aber auf eine Bevölkerung, die ihnen mutig die Stirn bot. Insgesamt vierzehn Zivilisten zahlten dafür mit ihrem Leben. Auch in Riga kam es zu Kämpfen, auch hier gab es Tote. Zudem versuchte Gorbatschow, durch wirtschaftliche Sanktionen den baltischen Wunsch nach Unabhängigkeit zu unterdrücken. Zu einem Blutbad großen Stils, zu einer Wiederholung der Ereignisse in Ungarn 1956 oder Prag 1968, war die Zentralmacht jedoch nicht mehr bereit. Nach dem gescheiterten Putsch kommunistischer Hardliner gegen Gorbatschow im August 1991 nahmen die meisten westlichen Länder diplomatische Beziehungen zu den neu entstandenen Staaten auf.

MEHR SOUVERÄNITÄT FÜHRT NICHT AUTOMATISCH ZU MEHR FRIEDEN

Anders sah es bezüglich der übrigen Sowjetrepubliken aus. Das begann damit, dass ihre Zugehörigkeit zur UdSSR vorher nie infrage gestellt worden war. Die Annexion des Baltikums hatten etwa die USA nie anerkannt, weshalb der politische Spielraum der US-Regierung begrenzt war, die dortige Entwicklung aus Stabilitätsabwägungen nicht zu unterstützen.

Dagegen konnten die meisten anderen Sowjetrepubliken nicht auf eine eigene Staatlichkeit zurückblicken, viele waren vor 1917 Teil des russischen Zarenreichs gewesen. Zudem war der Wunsch der dortigen Bevölkerung nach nationaler Unabhängigkeit deutlich schwächer ausgeprägt als im Baltikum. Die Furcht im Westen war groß, dass der Zerfall der UdSSR zu einem gewaltigen Chaos, zu Gewalt und Bürgerkriegen führen könnte. Da die sowjetischen Atomwaffen über das Riesenreich verteilt waren, hätte sich zudem die Zahl der nuklear bewaffneten Staaten auf einen Schlag vervierfacht. Neben Russland waren in der Ukraine, Belarus und Kasachstan Atomwaffen stationiert. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hatte bereits die baltischen Unabhängigkeitsbestrebungen mit großer Sorge gesehen und schon im Januar 1991 erklärt: „Ob dieses Riesengebilde [die Sowjetunion] zusammenbleibt, ist eine Frage, die sicher offen bleibt. Ich glaube aber nicht, dass bei einem Prozess, in dem das Baltikum ein hohes Maß an Souveränität gewinnt, das automatisch zu mehr Frieden führt. Unser Interesse in dieser Region muss jedenfalls Stabilität sein.“ Nach dem August-Putsch äußerte sich Kohl anerkennend über die nun unabhängigen baltischen Staaten, warnte aber erneut vor einem weiteren Zerfall der Sowjetunion und trat für eine Föderation ein. Damit befand er sich auf einer Linie mit US-Präsident George Bush, der bis weit in die zweite Jahreshälfte 1991 hinein Gorbatschow bei dessen Versuch unterstützte, das Imperium zusammenzuhalten.

AUCH DIE RUSSISCHSTÄMMIGE BEVÖLKERUNG IST FÜR DIE UNABHÄNGIGKEIT

Dass dies nicht gelang, war im Wesentlichen der ukrainischen Führung geschuldet. Auch dort existierte eine starke Nationalbewegung, aber erst, als sich nach dem gescheiterten August-Putsch auch die Führung der dortigen Kommunistischen Partei um Leonid Krawtschuk aus Sorge um die eigene politische Zukunft der Unabhängigkeitsbewegung anschloss, war diese de facto besiegelt. Am 1. Dezember 1991 stimmten über neunzig Prozent der ukrainischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit (bei einer Wahlbeteiligung von 84 Prozent). Entgegen Gorbatschows Erwartungen, der auf die mehrheitlich russischstämmige Bevölkerung auf der Krim und in der Ostukraine gesetzt hatte, votierte die Mehrheit in allen Landesteilen für die Loslösung von der Sowjetunion. Wenige Tage später einigten sich die Präsidenten Boris Jelzin und Krawtschuk zusammen mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Belorussischen Sowjetrepublik, Stanislaw Schuschekewitsch, auf die Auflösung der UdSSR. Bis zum Jahresende entstanden aus der Konkursmasse des sowjetischen Imperiums fünfzehn unabhängige Staaten.

In der überwiegenden Mehrzahl dieser Staaten hatte es jedoch kein starkes Bedürfnis nach Unabhängigkeit gegeben. Die Entscheidung hatten entweder führende Vertreter der sowjetischen Nomenklatur getroffen, die die Aussicht hatten, nun Oberhäupter unabhängiger Staaten zu werden. Oder sie waren einfach dem Auflösungsbeschluss der drei slawischen Sowjetrepubliken gefolgt.

NEGATIVE FOLGEN

Unübersehbar waren die negativen Folgen, die sich aus dem Ende des multinationalen Imperiums ergaben: Jahrzehntlang waren Kirgisen nach Moskau, Litauer nach Omsk, Moldawier nach Baku oder Ukrainer nach Alma Ata gezogen, sei es als Soldaten, zum Studium oder aus beruflichen Gründen. Auf einmal fanden sie sich durch Staatsgrenzen von ihren Familien getrennt oder als ethnische Minderheit in neugeschaffenen Nationalstaaten. Vor allem ethnische Russen lebten in großer Zahl in fast allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion. Insbesondere in Estland und Lettland, wo sie beinahe ein Viertel der Bevölkerung stellten, galten sie vielen als Angehörige der ehemaligen Besatzungsmacht. Nicht mehr Russisch, sondern Estnisch und Lettisch waren nun die Verwaltungssprachen, und ohne gute Kenntnis dieser Sprachen wurde die Partizipation am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben schwierig.

In zahlreichen Fällen wuchsen sich die ethnischen Spannungen zu gewaltsamen Konflikten aus, etwa immer wieder zwischen Kirgisen, Usbeken

und Tadschiken im Ferghanatal. An anderen Orten kam es sogar zu teilweise langjährigen Bürgerkriegen wie in Bergkarabach, Transnistrien oder Abchasien.

Gleichzeitig blieb der Wunsch nach Unabhängigkeit nicht auf die Sowjetrepubliken beschränkt. Noch im Spätsommer 1991 erklärten Vertreter Tschetscheniens die Absicht, sich von Russland zu lösen, was schließlich in zwei blutige Kriege mit der Zentralmacht mündete – mit weit über 100.000 Toten und der vollkommenen Zerstörung der tschetschenischen Hauptstadt Grosny.

SEHNSUCHT NACH VERGANGENER GRÖSSE

All diese Phänomene – Minderheitenproblematik, Grenzkonflikte und Bürgerkriege – waren bereits in anderen Fällen als Folgeerscheinungen des Zerfalls großer Imperien zu beobachten gewesen. Neu war auch nicht der Versuch, die nationalen Minderheiten als Schachfiguren im geopolitischen Spiel zu nutzen, wie Putin dies mit den Bewohnern der Krim und der östlichen Ukraine 2014 tat. Bereits 2005 hatte er den Zusammenbruch der Sowjetunion als „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet und dabei ausdrücklich auf die Situation der vielen Russen verwiesen, die sich nun im Ausland befanden. Darüber hinaus führte er den wirtschaftlichen Abstieg und das Chaos an, die auf das Ende der UdSSR folgten. Wenn diese Entwicklungen auch eher als Konsequenz jahrzehntelanger sozialistischer Misswirtschaft zu verstehen sind, rührte der russische Präsident damit an eine emotionale Saite des Selbstwertgefühls seiner Landsleute. Vor allem aber konnte er an eine Nostalgie appellieren, die weit über die Grenzen der Russischen Föderation verbreitet ist: die Sehnsucht nach dem Imperium, nach dem Status einer Supermacht, nach dem Sozialismus. Denn bei allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und allen Beschränkungen der politischen Freiheiten konnten sich die Bewohner der Sowjetunion an zwei Gefühlen weiden: dem Stolz, Angehöriger einer der beiden Supermächte zu sein, und der Illusion, im wirtschaftlich-moralisch überlegenen System zu leben. Das Jahr 1991 entzog diesen haltgebenden Selbstzuschreibungen den Boden. Die weißrussische Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch beschreibt die tiefen Spuren, die diese doppelte Erschütterung bei vielen Menschen hinterließ. Infolge des sowjetischen Kirchenkampfes konnte die Religion nur bei wenigen die entstandene Leerstelle füllen, und wer im Gewinn der nationalen Unabhängigkeit keinen Wert an sich sah, konnte sich damit nicht über den wirtschaftlichen Abstieg hinwegtrösten. Das betraf im besonderen Maße – wenn auch nicht ausschließlich – die Bevölkerung Russlands, die in der Abtrennung von Städten wie Kiew oder Sewastopol mehr als einen

Verlust nationaler Größe sah. Es war deshalb für Putin ein Leichtes, diese nationalen Sehnsüchte für seine imperialistische Politik zu mobilisieren.

Ein letzter Grund, aus dem sich die einseitige Freiheitserzählung über 1991 zumindest retrospektiv verbietet, liegt an der gemischten demokratischen Bilanz der sowjetischen Nachfolgestaaten. Sieben der fünfzehn sowjetischen Nachfolgestaaten sind Diktaturen mit weitreichenden Freiheitsbeschränkungen für die Bevölkerung. Mit Ausnahme von Turkmenistan gewähren sie jedoch mehr Freiheiten als die Sowjetunion; das gilt zumindest dann, wenn man von den letzten Jahren der Perestroika absieht. Die übrigen aber werden demokratisch regiert, in einigen Fällen allerdings mit deutlichen Defekten und zahlreichen Rückschlägen. Damit bleibt die Gesamtbilanz des Zusammenbruchs der UdSSR bei aller Ambivalenz positiv. Selbst wenn man annimmt, dass eine föderativ reformierte Sowjetunion die Zentrifugalkräfte der Nationalbewegungen hätte eindämmen können – was keinesfalls sicher ist –, ist es sehr unwahrscheinlich, dass dieses riesige Reich dauerhaft demokratisch geblieben wäre. Das legt zumindest die Entwicklung im größten der Nachfolgestaaten nahe: Spätestens nach Jelzins verfassungswidriger Auflösung des Parlamentes und dem Beschluss des Weißen Hauses durch Jelzin treue Streitkräfte 1993 waren die demokratischen Defizite Russlands nicht mehr zu übersehen; drei Jahre später konnte sich Boris Jelzin nur mit massiver Wahlfälschung die Wiederwahl sichern. Sein Nachfolger baute das Land zielgerichtet zu einem autoritären Staat mit imperialen Ambitionen um. Es ist nicht erkennbar, dass das gleiche Land mit der zusätzlichen Bürde deutlich ärmerer Peripherien und ethnischer Konflikte einen erfolgreicherer Weg genommen hätte.

Der nostalgische Blick auf das untergegangene Imperium ist so immerhin erklärbar. Verständnis aufbringen für diejenigen, die die Ereignisse von damals zumindest teilweise rückgängig machen wollten, sollte man jedoch keineswegs.

Der Gründungsvater

Bruno Heck zum 100. Geburtstag

(*20. Januar 1917 in Aalen/Württemberg, †16. September 1989 in Blaubeuren)

BERNHARD VOGEL

Geboren 1932 in Göttingen, 1976 bis 1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1992 bis 2003 Thüringer Ministerpräsident, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit Jahrzehnten nimmt die Konrad-Adenauer-Stiftung ganz selbstverständlich einen geachteten Platz unter den inzwischen sechs deutschen Politischen Stiftungen ein. Jeder kennt sie, viele schätzen sie. Sie ist aus unserem politischen Leben nicht mehr wegzudenken – schon

gar nicht angesichts der vielen Herausforderungen, vor denen Deutschland, vor denen Europa und insbesondere die Europäische Union und die internationale Völkergemeinschaft zur Jahreswende 2016/17 stehen. Ihr Engagement wird mehr denn je gebraucht. Grund genug, ihres Gründungsvaters Bruno Heck zu gedenken.

Am 20. Januar 1917, vor fast hundert Jahren also, ist er im württembergischen Aalen geboren. Am 16. September 1989, keine acht Wochen vor dem Fall der Mauer, ist er während einer Wanderung auf der Schwäbischen Alb in

Blaubeuren gestorben. In Rottweil, im Herzen seiner Heimat, fand er seine letzte Ruhestätte.

Er gehörte zu jener jungen Generation, die am Ende der Weimarer Republik noch Schüler waren, die den Zweiten Weltkrieg als Soldaten mit knapper Not überlebt hatten, 1945 vor dem in Trümmern liegenden Deutschland und Europa standen und sich ihren Weg in eine ungewisse Zukunft suchen mussten.

Noch vor dem Krieg hat Bruno Heck mit dem Studium von Philosophie und Katholischer Theologie begonnen, danach setzt er es mit den Fächern Klassische Philologie, Germanistik und Geschichte fort und beschließt es mit beiden Staatsexamen für das Höhere Lehramt und mit seiner Promotion über Catull.

Durch die Berufung zum Regierungsrat und persönlichen Referenten des Kultusministers von Württemberg-Hohenzollern (1949) kam er, der bereits 1946 in die CDU eingetreten war, in erste Berührung mit der Politik. Auf Empfehlung des CDU-Landesgeschäftsführers von Württemberg-Hohenzollern, Kurt Georg Kiesinger, wurde er 1952 Bundesgeschäftsführer der CDU in Bonn und 1966 als Erster in das neu geschaffene Amt eines Generalsekretärs der CDU berufen. Zu seinem größten Erfolg wurde die Bundestagswahl von 1957. Zum ersten und einzigen Mal erreichte die Union die absolute Mehrheit der Stimmen. Er kandidiert bei dieser Wahl selbst für den Wahlkreis Rottweil-Tuttlingen, den er fünfmal direkt gewann. Den Kabinetten von Adenauer, Erhard und Kiesinger gehörte er von 1962 bis 1968 als Familienminister an. Seine Wahl zum Gründungsintendanten des ZDF allerdings scheitert 1962 am Widerstand der SPD.

Unter maßgeblicher Mitwirkung von Heinrich Krone übernahm er schon 1956 den Vorsitz der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“, der Vorläuferin der Konrad-Adenauer-Stiftung, und wurde 1968 in der Nachfolge von Arnold Bergstraesser, und nach ihm die Staatssekretäre Alfred Müller-Armack und Franz Thedieck, zum Vorsitzenden der Stiftung gewählt. Für 21 Jahre war er der unbestrittene Kapitän eines von Jahr zu Jahr seetüchtigeren Schiffes.

Peter Molt kommt das Verdienst zu, jüngst „Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland“ – so der Titel eines demnächst im Droste-Verlag erscheinenden Buches – und insbesondere die Rolle Bruno Hecks und sein weltweites Engagement in den Anfangsjahren der Stiftung minutiös aufgearbeitet zu haben.

Bei allen Verdiensten als Organisator der CDU, als Abgeordneter, als Minister: In der Leitung der Konrad-Adenauer-Stiftung fand Bruno Heck seine eigentliche Lebenserfüllung. Er wurde zum Gründungsvater der Stiftung. Er hat sie geprägt und ihre Aufgaben festgeschrieben. Er sah in ihr die Impulsgeberin für eine Politische Bildung, die das Gelingen eines gefestigten demokratischen Gemeinwesens sichern sollte und die sich in der Welt,

zunächst vor allem in den Ländern der Dritten Welt – wie man damals formulierte –, für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie engagiert. Bei aller Nähe zur CDU sicherte Heck aus inhaltlichen wie aus rechtlichen Gründen stets ihre Unabhängigkeit.

Er hat daran mitgewirkt, dass die Politischen Stiftungen auch heute von unschätzbarem Nutzen sind. Er führte die Stiftung wie ein großes Familienunternehmen. Er stellte hohe Anforderungen, nicht nur an sich selbst, sondern auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er war im besten Sinne des Wortes ein Konservativer. Er war bereit, das Bewährte zu prüfen und Veränderungen und Reformen einem Härtestest zu unterziehen. Seine Überzeugungen wurzelten in der Tradition der Katholischen Soziallehre. Seine schwäbische Herkunft hat der praktizierende Katholik nie verleugnet. Nüchternheit, mitunter auch Hartnäckigkeit waren ihm eigen. Er war mutig und konsequent, aber, wenn notwendig, auch streitbar. Pflégeleicht war er nicht. Er besaß ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein, er war nicht ohne Ehrgeiz. Seine Geradlinigkeit verlieh ihm eine fast selbstverständliche Autorität. Hinter seiner harten Schale steckte ein empfindsamer, ja verletzlicher Kern. Auch sein ausgeprägter Sinn für die Sprache, für Kunst, Literatur und Musik hat ihn geprägt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wäre ohne Bruno Heck nicht vorstellbar. Er hat sie zu dem gemacht, was sie heute ist. Seine späten Nachfolger, ich selbst und nach mir Hans-Gert Pöttering, und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung haben jeden Grund, seiner dankbar zu gedenken.

Neue Anmerkungen zu Hitler

Zwei aktuelle Biographien von Wolfram Pyta und Peter Longerich

BASTIAN MATTEO SCIANNA

Geboren 1987 in Worms, Wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt der Universität Potsdam.

Wolfram Pyta: Hitler. Der Künstler als Politiker und Feldherr. Eine Herrschaftsanalyse, Siedler Verlag, München 2015, 884 Seiten, 39,99 Euro.

Peter Longerich: Hitler. Biographie, Siedler Verlag, München 2015, 1.296 Seiten, 39,99 Euro.

„Er ist wieder da“ – mehr als siebenzig Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes haben nicht nur Filme über Adolf

Hitler Hochkonjunktur. Die von dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ) herausgegebene kritische Edition von *Mein Kampf* sorgte für großen medialen Wirbel, nachdem die Hitlerforschung zuvor neue Akzente gesetzt hatte.¹ So räumte Thomas Weber² mit der Mär auf, Hitler habe bereits in Wien und während des Ersten Weltkriegs antisemitische Einstellungen verinnerlicht und nach der Niederlage sofort beschlossen, „Politiker zu werden“, um seine Weltanschauung umzusetzen – wie er es in *Mein Kampf* verklärte.

Nun haben zwei weitere Schwerpunkte der deutschen Historikerzunft im Siedler Verlag ihre „Anmerkungen zu Hitler“ (Haffner) verfasst: der in London lehrende Peter Longerich auf 1.296 Seiten

und der Stuttgarter Historiker Wolfram Pyta auf 848 Seiten. Beide sind bereits mit viel beachteten Biographien zu Himmler und Goebbels beziehungsweise Hindenburg hervorgetreten.³ Die von den Autoren gewählten Zugänge zu Hitler unterscheiden sich stark: Pyta benutzt unter anderem Konzepte und Theorien aus den Theaterwissenschaften und analysiert auf dieser Grundlage schwerpunktmäßig den Kulturmenschen Hitler bis zu dessen gescheitertem Putsch und der darauf folgenden Inhaftierung 1923 sowie seine Rolle als Feldherr im Zweiten Weltkrieg. Longerich hingegen legt eine eher klassische Biographie vor, die die Aspekte von Hitlers Aufstieg und seiner Herrschaft im Dritten Reich umfassend abhandelt.

Pyta teilt seine sprachlich geschliffene *tour de force* dem Titel entsprechend in zwei Teile, in denen er jeweils untersucht, *wie* der „Künstler als Politiker und Feldherr“ – so der Titel – auftrat und führte. Der erste Teil widmet sich der Kulturwelt Hitlers, seiner Jugend und den prägenden Wiener Jahren – prägend nicht im Hinblick auf Antisemitismus oder Radikalität, sondern für sein Selbstverständnis als Künstler (S. 118) und die Ausbildung seiner Kulturtechniken als „politische Ermöglichungspraktiken“ (S. 13). Denn, so Pyta, „der Politiker Hitler ist ohne den Künstler Hitler nicht denkbar“ (S. 16). Folgerichtig beschreibt er Hitler als lernfähigen Politiker, der früh auf Authentizität und die Wirkungskraft seines gesprochenen Wortes setzte (S. 182). Durch den interdisziplinären Ansatz und vertiefte Kontextualisierung gelingt es dem Autor, die Chancen des Künstlers im Politikbetrieb der frühen 1920er-Jahre aufzuzeigen (S. 156) und zugleich Hitlers Aufstieg nachzuzeichnen, der nicht zuletzt auf der

Wahrnehmung Hitlers als genialer Künstler in der Politik beruhe (S. 253).

VOM GENIE- ZUM MIRAKELDISKURS

Im Anschluss an die Darstellung der Eroberung der politischen Arena stellt Pyta Hitlers Schwierigkeiten mit den rational geschulten Militärs dar, bei denen seine Reden oftmals nicht den gewünschten Effekt erzielten (S. 210–213). Daher bedurfte es eines anderen Mechanismus. Die Anfangserfolge in den Polen- und Frankreichfeldzügen des Zweiten Weltkriegs hätten Chancen, aber auch Gefahren eröffnet: Den „Sichelschnitt“ im Westfeldzug ließ Hitler seinem Genie zuschreiben und als gegen alle militärische Regeln errungenen Vabanque-Sieg feiern. Der erfolgreiche „gezielte Regelbruch“ (S. 16) diente der Untermauerung seines Genieanspruches. Pyta analysiert dezidiert, *wie* Hitler die „Präsenzkultur“ der Rede und des Charismas durch den „sinnkulturellen“ Geniediskurs ersetzen konnte (S. 216–217): „Die militärische Karte stellte demnach kein Hindernis für Hitlers absoluten militärischen Führungsanspruch dar, sondern im Gegenteil das Einfallstor für eine künstlerisch abgeleitete visuelle Manipulation uneindeutiger Striche, Punkte, Pfeile und Kreise. [...] Die kartographische Darstellung des Krieges entfaltete eine suggestive Eindeutigkeit, indem sie den Raum imaginativ ordnete und damit der Visualisierungsanstrengung eines bildenden Künstlers unterwarf“ (S. 185).

Allerdings bargen die Erfolge der Panzerwaffe aus Hitlers Sicht die Gefahr, neue „Feldherrenstars“, man denke an Heinz

Guderian, entstehen zu lassen. Eine solche Heroisierung habe Hitler daher nur auf Nebenkriegsschauplätzen zugelassen, etwa in Gestalt von Eduard Dietl im hohen Norden und Erwin Rommel in Afrika. Auf dem russischen Kriegsschauplatz versuchte Hitler, durch kartographische Inszenierungen den Raum zu beherrschen, anstatt durch die gewohnte Blitzkriegführung den Feind zu vernichten. Pyta leitet hieraus die im Winter 1941 beginnenden Haltebefehle und den sich verschärfenden Konflikt mit der Generalstabselite, allen voran mit Erich von Manstein, dem Genius des beweglichen Krieges und der elastischen Verteidigung, ab. Die Folge sei ein immer starrer werdendes Defensivdenken gewesen, in dem Hitler glaubte, durch seine architektonischen Fähigkeiten als größter Festungsbauer aller Zeiten reüssieren zu können. Damit ging nach Pyta die Einführung von „festen Plätzen“ einher, die fanatisch und unbeweglich – wie ein sinkendes Kampfschiff – bis zum Letzten verteidigt werden sollten und die Abwendung von der Panzerwaffe und dem Generalstab manifestierten (S. 416–417, 519).

Nur durch den Geniediskurs habe sich Hitler weiterhin den desaströsen Folgen des Kriegsverlaufs entziehen und einen zweiten Ludendorff oder Hindenburg neben sich verhindern können (S. 476). Zeitgleich wurde der Geniediskurs allmählich durch einen Mirakeldiskurs – Wunderwaffen und Hitlers unversehrtes Überstehen des Attentats am 20. Juli 1944 – mit dem historischen Vorbild Friedrichs des Großen ersetzt (S. 584). Pyta zeigt hier durchaus neue Facetten auf, etwa zur Rolle der kriegsgeschichtlichen Abteilung im Oberkommando der Wehrmacht (S. 313).

WEG ZUR „MACHTERGREIFUNG“

Auch wenn der Autor den frühen Hitler weitreichend und geistreich durchleuchtet, so klafft aufgrund des selbst gesetzten Schwerpunkts eine Lücke in der Darstellung der 1920er- und 1930er-Jahre. Hier lohnt es sich, Peter Longerichs klassische und umfangreichere Biographie zur Hand zu nehmen. Als Grundlage fungieren auch hier die Forschungsergebnisse von Brigitte Hamann⁴ und Thomas Weber, jedoch geht Longerich im Gegensatz zu Pyta weiter und führt Hitler als einen „Niemand“ ein, der durch die Reichswehr ausgebildet und in die Politik gehievt wurde. Nach dem gescheiterten Putsch und abgessener Haft habe sein Redetalent eine Schlüsselfunktion eingenommen, um den Führungsanspruch innerhalb der jungen Partei zu untermauern (S. 177). Durch die ausschließlich vor ihm wohlgesonnenen Anhängern gehaltenen Reden sei Hitler nun nicht mehr, wie bis 1923, als Bekehrer von Zweifelnden und Trommler einer bevorstehenden Revolution aufgetreten, sondern habe sich als Visionär mit oft vagen Konzepten und diffusen Prophezeiungen profilieren können. Antisemitismus, auch mit exterminatorischer Prägung, tauchte dabei schon 1926 in einer Rede vor dem Hamburger Nationalklub auf, wie Longerich mit einem neuen Quellenfund nachweisen kann (S. 180).

Nach Longerichs Auffassung zeigte der Weg zur „Machtergreifung“ Hitler als flexiblen Machtpolitiker par excellence. Seine Ernennung zum Reichskanzler sei dann letztlich nicht aufgrund seiner charismatischen Führungsstärke unvermeidbar gewesen, sondern weil die Wähler

gegen das System votierten und keiner anderen Partei eine Besserung der sozio-ökonomischen Lage zutrauten (S. 1001). Hierzu passe auch, dass die Veranstaltungen Hitlers bei Weitem nicht überbesucht waren (S. 182) und sich bei Wahlkämpfen, in denen seine Person im Mittelpunkt stand, Misserfolge einstellten. Innerparteilich erreichte Hitler in dieser Zeit durch geschicktes Lavieren und direkte persönliche Führung, dass seine Gegner sich gegenseitig aufrieben und zu keinem Zeitpunkt ein Parteikontrollgremium im Stile eines Parteisekretariats oder Exekutivkomitees entstehen konnte – weshalb, wie Longerich dezidiert ausführt, alle wesentlichen Entscheidungen auf ihn selbst zurückzuführen seien (S. 133).

EROBERUNG, UNTERWERFUNG, ELIMINIERUNG

Auch für die Zeit nach der „Machtergreifung“ müsse man konstatieren, dass der „Führer“ in dem stufenmäßig erfolgenden Prozess der Machtaneignung „entscheidend eingriff und den gesamten Vorgang in erheblichem Umfang kontrollierte und steuerte“ (S. 194). Er sei daher bei Weitem kein schwacher „strukturalistischer“ Diktator (S. 12), sondern auch in Krisenzeiten ein sich Handlungsoptionen offenhaltender, gewiefter Taktierer gewesen, der trotz einer gewissen Ambivalenz auch auf dem Weg in den europäischen Großkonflikt die Marschroute und dann im Krieg die Gewaltentgrenzungen vorgab (S. 679, 697, 771). Sowohl bei der Euthanasie als auch bei der Shoa konstatiert Longerich – als einer der profiliertesten Holocaustforscher – ebenfalls die „zentrale Verant-

wortung“ und direkte Entscheidung Hitlers auf jeder einzelnen Eskalationsstufe (S. 705, 813–814). Nur Hitler habe alle Fäden in der Hand gehalten, um die diversen Verwaltungsstellen im „Reich“ und in den besetzten Gebieten zur Kooperation mit der SS anzuhalten (S. 818), was sich auch in seiner zentralen Rolle bei den Plänen zur „Neuordnung“ Europas gezeigt habe (S. 875). Diese seien Hitlers verbrecherischer Logik der Eroberung, Unterwerfung und Eliminierung gefolgt. „Im Mittelpunkt des Dritten Reichs stand ein entschlossener Diktator“ (S. 997), resümiert Longerich somit scheinbar banal, wendet sich damit jedoch dezidiert gegen die Interpretationen Ian Kershaws⁵ und Hans Mommsens⁶, die stets von einer „Entgegenarbeit“ durch willfährige Helfer und der Dominanzstruktur des Systems sprachen. Longerich skizziert einen proaktiv herrschenden Hitler, der direkt und persönlich in unzählige Politikbereiche intervenierte und den man daher als zentrale Entscheidungsstelle des ganzen NS-Systems ansehen müsse. Dies bedeutet im Gegenzug nicht, dass Longerich Hitler als Alleinschuldigen sieht und keine willfähigen Unterstützer wahrnimmt oder der damaligen deutschen Gesellschaft einen allgemeinen Persilschein ausstellt. Doch er zeigt auch an anderen Beispielen, dass das heutige Hitlerbild oft noch immer der NS-Propaganda entspringt. So habe keine absolute Übereinstimmung zwischen Führer und „seinem“ Volk bestanden, das angeblich blind und einmütig hinter ihm herlief. Die Begeisterung über außenpolitische Revisionen sei immer von Ängsten vor einem neuen Krieg begleitet gewesen, daher müsse man die Konsensfindung für einen Expansionskrieg – „das zentrale Ziel der Innenpolitik Hitlers seit 1933“

(S. 680) – als gescheitert ansehen. Longe-
rich führt aus, in welcher Form während
des Krieges die Unterstützung „ambiva-
lent“ (S. 805) blieb und warnt erneut vor
der langanhaltenden Wirkkraft national-
sozialistischer Propaganda bezüglich ei-
ner angeblichen Volksgemeinschaft.

DESILLUSIONIERT HEIMATFRONT

Diese Entmystifizierung Hitlers überträgt
Longerich auf den „Charismamythos“ –
was wiederum eine Gegenposition zu
Kershaw darstellt. Der Führermythos sei
als eine im Vagen gehaltene Konstruktion
und Legitimationsgrundlage zu begreifen,
die allerdings mit den tatsächlichen Ge-
gebenheiten nicht im gleichen Umfang
korrespondierten (S. 541). Die Wirkung-
macht seines Charismas sei dann im Krieg
nach Rückschlägen „zeitweise suspen-
diert“ worden, und Hitlers Verstummen
während der Winterkrise 1941/42 habe die
„charismatische“ Grundlage seiner Herr-
schaft ernsthaft beschädigt“ (S. 885–886).
Der zunehmend vernichtungswütige Bom-
benkrieg habe die Heimatfront desillu-
siert und die Realität zu einer „Karikatur
der nationalsozialistischen ‚Volksgemein-
schaft‘“ werden lassen (S. 938). Longerich
erteilt auch, was die Zähigkeit des Regimes
angeht, charismatischen oder struktura-
listischen Erklärungsmustern eine Ab-
sage: „Hitler war nicht das Werkzeug von
Strukturen und Umständen, die unauf-
haltsam zu Selbstzerstörung und totaler
Niederlage führen mussten, sondern das
Aushalten und Weiterkämpfen bis zum
Untergang waren ganz wesentlich das Er-
gebnis seines politischen Willens“ (S. 962).

HITLERS MYTHOS

Peter Longerichs nüchterne Darstellung
folgt seiner Intention, Hitler nicht als cha-
rismatischen Volksverführer zu beschrei-
ben. Das Charisma verschwindet stets
hinter der politischen Gestaltungsmacht
qua Amt, während mystifizierende Dämo-
nisierungen oder Hitler-Kitsch gar nicht
erst auftauchen. Vielmehr plädiert er da-
für, Hitlers Durchsetzungsfähigkeit „nicht
in überwältigender, charismatisch erwirk-
ter Zustimmung zu suchen, sondern in
seiner Fähigkeit, außerordentlich komplexe
Situationen durch geschicktes, flexi-
bles und (nach längerem Zögern dann
doch) entschlossenes politisches Handeln
neu zu ordnen [...] mithilfe eines Herr-
schaftsinstrumentariums, das auf die
Durchführung *seiner* Politik hin gestaltet
und abgestimmt war“ (S. 549).

Diesem Argument, dass Hitler primär
durch Rückgriff auf Macht- und Kontroll-
mittel der Diktatur an der Macht geblie-
ben sei (S. 1008), stehen Pytas oben be-
schriebene Ausführungen gegenüber.
Beide Autoren zeichnen nach, wie stark
Hitler danach strebte, seinen Machtan-
spruch zu untermauern, und somit aus
Furcht vor Kontrollverlust kontinuierlich
seine exponierte Machtfülle rechtfertigte.
Hier ergänzen sich beide Biographien:
Während Longerich nachzeichnet, wie
Hitler stets als Hauptakteur Entschei-
dungsfindungsprozesse, die ihm (auch)
zugetragen wurden, abschloss und kon-
trollierte – und etwa bei dem Putschver-
such der österreichischen Nationalso-
zialisten 1934 eine die Marschrichtung
vorgebende Rolle spielte –, legt Pyta dar,
wieso der das Schriftliche so verachtende
Hitler *ex post facto* so schwierig zu fassen

ist: Mündliche Befehle erschweren die Arbeit des Historikers erheblich, und die zahlreichen, von den Nationalsozialisten konstruierten Mythen halten sich hartnäckig.

So zeigt Longerich die Frühphase des Politikers Hitler, als dieser versuchte, die Kontrolle über sein gesprochenes Wort zu behalten und daher meist mit zwei Stenographen und sechs Würdenträgern auf die Rednerbühne ging, die zur Not den Inhalt seiner Ausführungen bezeugen sollten (S. 185). Hier beschreibt er auch, wie Hitlers Autorität gegenüber den skeptischen Militärs nach dem Frankreichfeldzug „unanfechtbar“ (S. 727) wurde, was zusammen mit seinem „Haltebefehl“ vor Moskau 1941/42 einen Mythos begründete, den Hitler geschickt nutzte, um sich danach auch bei Offensivoperationen in die Detailplanung einzumischen (S. 840). Während Longerich darlegt, wie Hitler versuchte, sich der „Sachlogik der Berufsmilitärs“ eines Bewegungskrieges mit seiner Stellungskrieg-Rhetorik, politisch-strategischen und weltanschaulichen Argumenten zu entziehen (S. 933–934, 945), findet Pyta durch seinen innovativen und interdisziplinären Ansatz neue Hebel, um zu erläutern, *wie* Hitler diesen Mythos stilisierte. Hitler konnte in den kommenden Jahren trotz der sich manifestierenden militärischen Niederlage nur durch diese Stilisierung (fast) unangefochten bleiben. Das starre Festhalten an Territorien, gegen jede militärische Logik, interpretiert Longerich als Folge der Unfähigkeit Hitlers, sich Niederlagen einzugestehen, sowie als Doppelstrategie zwischen einer politisch-strategischen (illusorischen) Option der Kriegsfortsetzung und einer inszenierten Götterdämmerung (S. 945, 984–986). Während Longerich ein Blitz-

kriegskonzept Hitlers zu erkennen glaubt (S. 791), verneint Pyta dessen Existenz, da der Mythos der Panzerwaffe Hitlers Geniediskurs im Wege gestanden habe.

BAHNBRECHENDE STUDIE

Insgesamt bleiben beide Werke in gewisser Weise doch sehr deutsch: Die Einbettung in die internationale Geschichtsschreibung, etwa ein Vergleich mit der neuen Stalin-Biographie Stephen Kotkins, unterbleibt.⁷ Gerade bei Pytas Ansatz läge ein Vergleich mit Benito Mussolini als dem die Mimik und das Präsenzkulturelle ins Groteske ziehenden Redner und dem geschriebenen Wort anhaftenden Journalisten nahe. Longerich beschreibt zwar immer wieder die Beziehung zum Achsenpartner, liefert jedoch keinen Vergleich der beiden Diktatoren als Individuen oder Politiker. Angesichts Mussolinis „subalterner“ Position als schweigendes Opfer bei Hitlers Dauermonologen – von denen er wenig verstand und bei denen er zum Leidwesen der italienischen Militärs und Diplomaten immer wieder in die gleiche diskursive und situative Falle tappte⁸ – funktionierten Hitlers Techniken, wie Pyta sie skizziert, also auch bei ausländischen Politikern und Militärs. Ebenso wäre ein Seitenblick auf Franco und sein Feldherrntum während des Spanischen Bürgerkriegs lohnend gewesen.

Rätselhaft bleibt, wie ein Werk über den „Künstler als Politiker und Feldherr[n]“ komplett ohne Bild- oder Kartenmaterial erschienen ist, was die geschliffenen Formulierungen Pytas gewinnbringend hätte veranschaulichen können. Kartenmaterial wäre zudem in beiden Fällen hilfreich

gewesen, da die Autoren keine ausgewiesenen Militärgeschichtler sind und daher zuweilen kleinere Ungenauigkeiten vorkommen. So setzt Longerich den Kriegsbeginn mit dem Beschuss der Westerplatte fest, anstatt die neueste Forschung zur Bombardierung Wieluńs mit einzu beziehen.⁹ Standardwerke zum Ostkrieg, etwa von Christian Hartmann¹⁰, sucht man vergebens. Pytas Abschnitt zu Hitlers Feldherrntum wirkt teilweise schwebend, da die ausgewählten Beispiele zur Untermauerung der Thesen nicht immer überzeugen. So kritisiert Pyta den Rückzug des „Instinktmilitärs“ Rommel nach El Alamein als „wilde Flucht“, wohingegen die militärhistorische Forschung ebendiesen als „one of the most brilliant retreats in the history of warfare“¹¹ beschrieben hat.

Dennoch schmälern diese Einwände nicht die Verdienste beider Autoren: Longerich hat einen Gegenentwurf zu Ian Kershaw präsentiert und gleichzeitig eine Geschichte des „Dritten Reichs“ und des Zweiten Weltkriegs aus der Sicht Hitlers vorgelegt, während Pyta mit seiner bahnbrechenden Studie, innovativen theoretischen Ansätzen sowie einer ausgeprägten Thesenfreudigkeit für viele – hoffentlich fruchtbare – Diskussionen sorgen wird. Longerich bewegt sich auf der Höhe des aktuellen Forschungsstandes und legt eine für ein breites Publikum sehr lesbare Biographie vor, die umfassender als Pytas bewusst einschränkende Darstellung bleibt.

Es wird sich zeigen, wie sich die beiden Werke in die Reihe der weiteren, bereits angekündigten Hitler-Biographien einfügen werden. Neben Volker Ullrichs zweitem Band werden sowohl Thomas Weber, dessen wegweisende Studie zu Hitlers „erstem Krieg“ vor einigen Jahren Aufsehen erregt hat, als auch der in Cam-

bridge lehrende Brendan Simms neue Studien zu Hitler vorlegen.¹² Dies zeigt nicht zuletzt, dass der Abgesang auf die Wirkmächtigkeit der „großen Männer“ und die anhaltende Pertinenz der biographischen Dimension in der Geschichtswissenschaft ein weiteres Mal zu früh angestimmt wurde.

¹ Hartmann, Christian, u. a.: *Mein Kampf: Eine kritische Edition*, Institut für Zeitgeschichte, München 2016; Ullrich, Volker: *Adolf Hitler: Biographie. Die Jahre des Aufstiegs 1889–1939*, Fischer Verlage, Frankfurt 2013.

² Weber, Thomas: *Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit*, Propyläen Verlag, Berlin 2011.

³ Longerich, Peter: *Heinrich Himmler: Biographie*, Siedler Verlag, München 2008; Longerich, Peter: *Goebbels: Biographie*, Siedler Verlag, München 2010; Pyta, Wolfram: *Hindenburg: Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, Siedler Verlag, München 2007.

⁴ Hamann, Brigitte: *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, Piper Verlag, München 1998.

⁵ Kershaw, Ian: *Hitler. 1889–1945*, Pantheon Verlag, München 2009 (Erstauflage in zwei Bänden 1998 bzw. 2000).

⁶ Mommsen, Hans: *Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche*, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1999.

⁷ Kotkin, Stephen: *Stalin. Volume I: Paradoxes of Power, 1878–1928*, Penguin Verlag, London 2014.

⁸ Falanga, Gianluca: *Mussolinis Vorposten in Hitlers Reich. Italiens Politik in Berlin 1933–1945*, Christoph Links Verlag, Berlin 2008, S. 205 f.

⁹ Volkmann, Hans-Erich: „Wolfram von Richthofen. Die Zerstörung Wieluńs und das Kriegsvölkerrecht“, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift*, 70 (2011), S. 287–328.

¹⁰ Hartmann, Christian: *Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42*, Oldenbourg Verlag, München 2009.

¹¹ Kitchen, Martin: *Rommel's Desert War*, Cambridge University Press, Cambridge 2009, S. 420.

¹² Weber, Thomas: *Wie Adolf Hitler zum Nazi wurde. Vom unpolitischen Soldaten zum Autor von „Mein Kampf“*, Propyläen Verlag, Berlin 2016.

Meisterdenker der Demokratie

Zum Tod von Karl Dietrich Bracher
(*13. März 1922, †19. September 2016)

Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beginnen die Deutschen zu ahnen, dass die Demokratie, der sie nach der Katastrophe des 20. Jahrhunderts ihr Ansehen in der Welt und auch ihren Wohlstand verdanken, keine Selbstverständlichkeit ist. Vielmehr ist diese politische Ordnung heute unterschiedlichen Gefährdungen ausgesetzt. Sie hat sich den Herausforderungen des Populismus ebenso zu stellen wie totalitären Versuchungen oder postfaktischen Manipulationsbestrebungen. Zur Abwehr dieser Gefährdungen und zur Ertüchtigung der Demokratie kann die Politikwissenschaft einen wesentlichen Beitrag leisten, falls sie sich als Demokratiewissenschaft begreift. Am Anfang einer so verstandenen Politikwissenschaft steht Karl Dietrich Bracher, der im September 2016 im Alter von 94 Jahren in Bonn starb. Er gehörte zu den Gründern der zeithistorischen Politikwissenschaft und übernahm 1959 die Gründungsprofessur für Politikwissenschaften und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Dort hat er das Seminar für Politische Wissenschaft aufgebaut, das sich bald zum Magneten für politisch und politikwissenschaftlich interessierte Studierende entwickelte. Auch Lehrbeauftragte aus dem politischen Bonn, der damaligen Bundeshauptstadt, zog das Seminar in großer Zahl an.

Bracher, 1922 in Stuttgart geboren, hatte nach seinem Kriegsdienst in Nordafrika und der Kriegsgefangenenlager-Universität in Kansas (USA) Alte Geschichte in Tübingen studiert und dort schon 1948 mit einer Arbeit über das politische Denken in

der frühen römischen Kaiserzeit promoviert. 1955 legte er sein erstes Meisterwerk vor: *Die Auflösung der Weimarer Republik*, eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie. Mit dieser Habilitationsschrift erwarb er die Lehrbefähigung für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Die strukturelle Analyse der Politikwissenschaft verband er mit den Methoden der historischen Forschung und konnte so zeigen, wie sich der demokratische Minimalkonsens schrittweise verflüchtigte und zu einem Machtvakuum führte, in das die Nationalsozialisten hatten eindringen können. Schon für dieses Werk, das jede monokausale Entstehungserzählung des „Dritten Reiches“ zurückwies, erntete er großen Beifall. Golo Mann charakterisierte diese Meisterleistung mit der Bemerkung: Aus dem Stand habe ein junger Historiker nicht nur eine in jeder Hinsicht überzeugende Verendensgeschichte von Weimar vorgelegt, sondern zugleich eine Fallstudie zu der Frage, wie und woran Demokratien krank werden und zugrunde gehen können.

Bracher hatte fünf Jahre zuvor seine groß angelegte Geschichte über *Die nationalsozialistische Machtergreifung* (1950) veröffentlicht, in der er die Stufen der Machtusurpation der Nationalsozialisten erläutert. Es folgte ein ebenfalls bis heute unerreichtes *opus magnum*: *Die deutsche Diktatur* (1959). Alle diese Meisterwerke wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt und immer wieder aufgelegt. Daneben publizierte Bracher regelmäßig Essays zur Zeitgeschichte, in denen er sich mit den aktuellen Bedrohungen von Freiheit und Demokratie auseinandersetzte. Dort entwickelte er auch seine Totalitarismustheorie, die auf die Gemeinsamkeiten totalitärer Systeme abzielt, ohne deren Unterschiede auszublenden. Brachers Totalitarismuskonzept ist das Widerlager seines Verständnisses von der „schwierigen Freiheit“, die sich immer wieder totalitärer Versuchungen perfektionistischer und simplizistischer Art erwehren muss.

Das bis 2001 mit zahlreichen Büchern in die Tiefe und Breite vorangetriebene Œuvre Brachers förderte das Ansehen des Faches Politikwissenschaften. In zahlreichen wissenschaftlichen Gremien und Vereinigungen brachte er seine Erkenntnisse und Erfahrungen ein. Er wurde Herausgeber politikwissenschaftlicher und zeithistorischer Zeitschriften und Publikationsreihen. Er war an der Gründung des Institutes für Zeitgeschichte in München beteiligt wie beim Aufbau des Hauses der Geschichte in Bonn.

Brachers internationale Geltung dokumentiert sich durch zahlreiche Gastvorlesungen, zum Beispiel in Stanford, Princeton, Oxford, Tel Aviv, Washington D. C., Seattle sowie in Schweden und Japan, durch viele Ehrendoktorate und Mitgliedschaften in wissenschaftlichen Akademien und durch die Verleihung des Ordens Pour le Mérite. Trotz mehrerer ehrenvoller Rufe, zum Beispiel nach Harvard, blieb Bracher seinem Bonner Lehrstuhl treu. Entscheidend war dabei für ihn die günstige Arbeitsatmosphäre in der damaligen Bundeshauptstadt mit ihrem Netzwerk zwischen Wissenschaft und politischer Praxis. Bracher wurde ein oft gebetener Gesprächspartner Bonner Spitzenpolitiker und -publizisten, darunter der Bundeskanzler Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl, die über Parteigrenzen hinweg seine intellektuelle Souveränität und unabhängige Urteilskraft schätzten. Dass Brachers Bücher weit über sein Fach hinaus eine starke Resonanz erfuhren, verdanken sie keineswegs allein der großen Spannweite ihrer Themen, sondern auch der komplexen, gleichwohl transparenten Darstellung. Bracher

war ein Verächter jeder monokausalen Betrachtungsweise; die Mehrdimensionalität seines thematischen Zugriffs sicherte ihm eine Wirklichkeitsnähe, wie sie in wissenschaftlichen Schriften selten ist.

Karl Dietrich Bracher beherrschte die große wie die kleine Form. Es gelang ihm immer, seine Leserschaft durch neue und überraschende Gedanken, Verbindungen und Tatsachenverknüpfungen zu fesseln. Dabei entwickelte er einen unverwechselbaren Stil, mit dem er die Komplexität seiner Erörterungen in ein ungewöhnlich hohes Maß an Verständlichkeit umsetzte. Diese sprachliche Brillanz hat dafür gesorgt, dass er sowohl dem PEN als auch der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung zugewählt wurde.

In zahlreichen Nachrufen wurde zu Recht auf den Anteil seiner Frau Dorothee am Gesamtwerk Karl Dietrich Brachers hingewiesen. Sie hat nicht nur dessen Zustandekommen gefördert, sondern auch die antitotalitäre Grundausrichtung mitbestimmt. Auch das für Bracher wichtige Thema des Widerstandes gegen das totalitäre NS-Regime erklärt sich aus der Herkunftsfamilie seiner Frau. Die Familie Schleicher gehörte zum innersten Kern des Widerstandes gegen Hitler. Der Vater wurde von den Nazis ermordet, ihr Onkel Dietrich Bonhoeffer wurde zum Märtyrer des christlichen Widerstands gegen die Diktatur. Mit großer Zivilcourage hat Dorothee Schleicher ihren, vom Regime bedrohten und eingekerkerten Angehörigen beigestanden.

Karl Dietrich Bracher gehörte zu den herausragenden Intellektuellen unseres Landes. Sein Œuvre hat die vielfältigen Ursachen für die katastrophalen Entwicklungen der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schonungslos offengelegt und so die Politik dazu bewogen, Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt. Wenn unser Land in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts weltweit über ein hohes Ansehen verfügt und sich den aktuellen Herausforderungen mit gelassenem Selbstbewusstsein stellen kann, so ist das auch Gelehrten wie Karl Dietrich Bracher zu verdanken, die eine kritische Vernunft als Voraussetzung dazu verstehen, die demokratische Substanz auch für die Zukunft zu bewahren.

Der Tod von Karl Dietrich Bracher hat der *Politischen Meinung*, ihren Herausgebern und ihrer Redaktion einen wichtigen Ratgeber genommen. Er hat in unserer Zeitschrift viele Beiträge publiziert. Der erste erschien im Jahre 1957 und beschäftigte sich mit dem Zerfall der Weimarer Republik. Er hat jahrzehntelang als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der *Politischen Meinung* immer hochwillkommene Hinweise auf Autoren und Themen gegeben. Wir werden ihn und seinen Rat schmerzlich vermissen.

Wolfgang Bergsdorf

2000 bis 2007 Präsident der Universität Erfurt,

2008 bis 2015 Präsident der Görres-Gesellschaft zur Pflege
der Wissenschaften, Mitherausgeber dieser Zeitschrift.

DAS POLITISCHE BILDUNGSFORUM NORDRHEIN-WESTFALEN

STRUKTUREN – AUFGABEN – PROJEKTE

Das Politische Bildungsforum der Konrad-Adenauer-Stiftung ist in Nordrhein-Westfalen mit drei Regionalbüros – in Düsseldorf, Dortmund und Bonn – vertreten. Derzeit betreuen dreizehn hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich über 400 Veranstaltungen zu den verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Themen.

Der gemeinsame Auftrag der Regionalbüros lautet, bundesweit relevante Themen, wie sie in der Arbeitsplanung der Stiftung verankert sind, regional umzusetzen. Dabei schaffen wir als Repräsentanten der Stiftung vor Ort öffentlich wirksame Diskussionsräume, in die wir nicht zuletzt die Ergebnisse der internationalen, politikberatenden sowie historisch-wissenschaftlichen Stiftungsarbeit einspeisen. Didaktisch-methodisch ermitteln wir die lebensweltlichen Voraussetzungen unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Unsere Angebote sind handlungs- und aktualitätsorientiert gestaltet und setzen sich – variabel – aus Informations-, Reflexions-, Aktivierungs- oder Vernetzungsmodulen zusammen.

Das **Landesbüro NRW und Regionalbüro Rheinland** in Düsseldorf hält die Verbindung zur Landespolitik. Seine Arbeit zielt darauf ab, Politik und Gesellschaft in unmittelbarem Kontakt miteinander zu bringen. Eine landesweite Koordinationsfunktion übt das Büro bei der Entwicklung von Konzepten für die Ansprache junger Menschen aus. Zu diesen speziellen Projekten zählen unter anderem Planspiele zu den Themen Europa, Migration, DDR und Bundesrepublik Deutschland. Ein Leuchtturmangebot sind die jährlich stattfindenden JugendpolitikTage zu aktuellen Themenfeldern.

Das Angebot des **Regionalbüros Westfalen** mit Sitz in Dortmund richtet sich auf das Ruhrgebiet mit seiner postindustriellen Dauertransformation, aber auch ländliche, agrarisch strukturierte Regionen in dessen Nachbarschaft gehören in seinen Wirkungskreis. Fragen der Europa- und Außenpolitik, nicht zuletzt im Kontext von Migration und Integration, werden derzeit in vielen Städten mit lokalen Akteuren diskutiert. Ein besonderes Profil hat sich das Regionalbüro Westfalen im Bereich der Gedenkstättenfahrten und politikrelevanter Exkursionen insbesondere für junge Menschen erarbeitet. Ein weiterer Markenkern des Regionalbüros Westfalen ist das „Frauenkolleg West“, das Frauen in ihrem politischen und sozialen Engagement stärkt und professionalisiert.

Das 2015 neu installierte **Büro Bundesstadt Bonn** ist aus dem ehemaligen Bildungszentrum Schloss Eichholz hervorgegangen. Aktuell wird der Hauptteil des mehrtägigen Seminarangebotes in Nordrhein-Westfalen von dort aus konzipiert, geplant und umgesetzt. Zu den herausgehobenen Veranstaltungsformaten gehören die jährliche „Bonner Rede“ zum Tag des Grundgesetzes, das „Wasserwerkgespräch“ zum Tag der Deutschen Einheit sowie unsere Konferenzen auf dem Petersberg aus Anlass des Geburtstags von Konrad Adenauer.

Ludger Gruber, Leiter des Politischen Bildungsforums NRW
www.kas.de/rheinland/; www.kas.de/westfalen/; www.kas.de/bundesstadt-bonn/

PERSONALIA

Dominik Grobien hat zum 1. September 2016 die Leitung der Hauptabteilung Zentrale Kommunikation und Medien übernommen. Neue Pressesprecherin der Stiftung ist ab demselben Datum Dr. Steffi Augter. Im Januar wird Nico Lange, derzeit stellvertretender Hauptabteilungsleiter Politik und

Beratung, die Leitung des Auslandsbüros Washington übernehmen. Dr. Stefan Friedrich wurde im Sommer 2016 als Auslandsmitarbeiter nach New York versetzt. Die Eröffnung des im Aufbau befindlichen Auslandsbüros Vereinte Nationen steht kurz bevor.

NEUERSCHEINUNGEN (AUSWAHL)

EINZELTITEL UND VERLAGSPUBLIKATIONEN

Abmeier, Karlies (Hrsg.): Geld, Gott und Glaubwürdigkeit. Religion – Staat – Gesellschaft, Band 3, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, Mai 2016

Anger, Christina/Orth, Anja Katrin: Bildungsgerechtigkeit in Deutschland. Eine Analyse der Entwicklung seit dem Jahr 2000, Sankt Augustin/Berlin, April 2016

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Hrsg.): 40 Jahre Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin/Berlin, Juni 2016

Böhr, Christoph/Schmitz, Christian (Hrsg.): Europa und die Anthropologie

seiner Politik. Der Mensch als Weg der Geschichte – Zur Philosophie Karol Wojtyła, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin, Juli 2016

Feld, Lars P./Doerr, Annabelle/Nientiedt, Daniel/Köhler, Ekkehard A.: Ordnungspolitische Herausforderungen der Digitalisierung, Sankt Augustin/Berlin, April 2016

Höhne, Benjamin: Die Linke. Entwicklungsperspektiven zwischen Extremismus, Populismus und Regierungspragmatismus, Sankt Augustin/Berlin, Juli 2016

Konrad-Adenauer-Stiftung/Stiftung Zukunft Berlin/Robert Bosch Stiftung (Hrsg.): „Wir müssen bereit sein, die liberale Demokratie als das Wesen

Europas zu verteidigen.“ Dokumentation der Europa-Rede 2015, Sankt Augustin/ Berlin, Mai 2016

Küsters, Hanns Jürgen (Hrsg.): „Ein neues Deutschland soll geschaffen werden ...“. Die Gründung der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Sankt Augustin/ Berlin, Juli 2016

Lange, Josef: Die Wissenschaftspolitik der CDU, Sankt Augustin/ Berlin, November 2016

Morsey, Rudolf: Georg Schreiber (1882–1963). Ein Leben für Wissenschaft, Politik und Kirche vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer, Sankt Augustin/ Berlin, Oktober 2016

Nassehi, Armin: Die Wiedergewinnung des Politischen. Eine Auseinandersetzung mit Wahlverweigerung und kompromisslosem Protest, Sankt Augustin/ Berlin, Mai 2016

Pöttering, Hans-Gert: Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Böhlau Verlag, Wien/Köln/Weimar, Oktober 2016

Wangermann, Tobias (Hrsg.): Open Data aus internationaler Perspektive. Länderberichte aus Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Japan, Österreich, den Philippinen, Polen

und den USA zum Stand von Open Data, Sankt Augustin/ Berlin, Juni 2016

Zick, Rolf: Ein starkes Land im Herzen Europas. Die CDU in Niedersachsen 1945 bis 2015, Sankt Augustin/ Berlin, April 2016

FORUM EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

Pokorny, Sabine: Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern, Sankt Augustin/ Berlin, Oktober 2016

HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Kronenberg, Volker: Europa vor Ort. Kommunen – Bürgerschaft – Förderprojekte (Band 21), Sankt Augustin/ Berlin, Mai 2016

Eib, Maja (Hrsg.)/ Duryea, Sarah/ Meißgeier, Sina: Heimat bilden in Thüringen. Herausforderungen Migration und Integration (Band 22), Sankt Augustin/ Berlin, Oktober 2016

Ausführliche Informationen zu Publikationen
abrufbar unter www.kas.de/publikationen

Druckfassungen können per E-Mail bestellt
werden unter bestellung@kas.de

Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2017
zum Thema

Frankreich

Vor der Wahl

Hierzu schreiben unter anderen Claire Demesmay,
Gilles Kepel und Günter Müchler.

IMPRESSUM

Nr. 541, November/Dezember 2016, 61. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,
Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm
Studentischer Mitarbeiter: Nils Busekros

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
rita.tuepper-fotiadis@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

*Einem Teil dieser Auflage liegt ein Informationsflyer
zum Freundeskreis der Konrad-Adenauer-Stiftung bei.*

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Fotowettbewerb Vertrauen in die Zukunft

Deutschland ist ein starkes Land in der Mitte Europas. Deutschland hält an dem europäischen Gedanken fest und übernimmt Verantwortung. Deutschland kann mit Vertrauen in die Zukunft sehen. Gleichzeitig stellen sich erhebliche wirtschaftliche, soziale, kulturelle Herausforderungen, in denen Deutschland mit Weltoffenheit, Dynamik und neuen Ideen bestehen kann.

Was?

Bringt Eure Ideen zum Fotowettbewerb „Vertrauen in die Zukunft“ ins Bild!

Als Portrait, Inszenierung, Collage, Schnappschuss oder Dokumentation: Jeder fotografische Beitrag ist bei unserem Wettbewerb willkommen.

Wir danken der Civitas-Bernhard-Vogel-Stiftung für die großzügige finanzielle Unterstützung.

Wer?

Alle von 14 bis 29 Jahre

Warum?

- 1. Preis: 1.500 EUR*
- 2. Preis: 1.000 EUR*
- 3. Preis: 500 EUR*
sowie zahlreiche Sachpreise

Wie?

*Weitere Infos unter:
www.kas.de/fotowettbewerb*

Einsendeschluss: 30. April 2017



**Konrad
Adenauer
Stiftung**



Mittelstandsbank

Weil wir die beste Bank für den Mittelstand bleiben wollen.

Die Mittelstandsbank der Commerzbank arbeitet auch weiterhin hart daran, Unternehmen erfolgreich zu begleiten: mit individuellen Finanzierungslösungen, kompetenter Beratung anhand der Wertschöpfungskette, detaillierter Markt- und Branchenkenntnis im In- und Ausland – alles aus einer Hand. Überzeugen Sie sich selbst von unserem Angebot.

www.commerzbank.de/mittelstandsbank

COMMERZBANK

Die Bank an Ihrer Seite

